

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Interlions-Gebühr

Beträgt für die sechsgebundene Kolonelle für den Raum 60 Bg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 30 Bg. „Kleine Anzeigen“, das feilgegebene Wort 20 Bg. (zuzüglich 2 feilgegebene Worte), jedes weitere Wort 10 Bg. Stellengeluche und Schaffensanzeigen das erste Wort 10 Bg., jedes weitere Wort 5 Bg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 28 Bg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Bg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Bg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 4 Angaran 2 Mark, für das übrige Ausland 5 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 21. August 1912.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Konservative Frechheit.

Die Konservativen haben aus den Wahlergebnissen nichts gelernt. Die Prügel, die sie bezogen haben, sind offenbar nicht ausreichend gewesen. Herr v. Seydebrand hatte mit der ihm eigenen Offenheit die konservative Politik auf einen kurzen und klaren Ausdruck gebracht. Jeder Wähler wußte, was die Konservativen wollen: Festhalten an der Auslieferungspolitik, Steuerfreiheit für Großgrundbesitz und Großkapital, Anhebung der ländlichen und industriellen Arbeiter. Bei den Wahlen haben die Konservativen die Quittung bekommen. Aber diese fälligen Gesellen sind unbelehrbar, und wenn man ihre Zeitungen liest, könnte man glauben, es habe nie so etwas wie den 12. Januar gegeben.

Seit einiger Zeit fordern die Herren mit verstärktem Nachdruck ein neues Buchstausgesetz. Der Reichstag hat am 22. Mai diesen „Schutz der Arbeitswilligen“, wie die Konservativen das neue Ausnahmengesetz bezeichnen wollen, in namentlicher Abstimmung mit 273 gegen 63 Stimmen abgelehnt. Mit den Konservativen und ihren Anhängseln stimmten nur drei Merkale und 9 Nationalliberale für diesen Anschlag gegen die Gewerkschaften. Man sollte also meinen, daß die Konservativen sich von der Ausichtslosigkeit ihrer Forderung genügend überzeugt hätten. Aber die Junker geben die Hoffnung nicht auf, und sie rechnen dabei vor allem auf einen Teil der Nationalliberalen.

Es ist charakteristisch, daß in diesem Sommer eine ganze Anzahl von Handelskammern plötzlich das Bedürfnis gefühlt haben, Klagen über den angeblichen Terrorismus der Gewerkschaften anzustimmen, und den Schutz der Arbeitswilligen zu fordern. Die ganze Aktion macht den Eindruck, als ob sie von einer Stelle aus künstlich arrangiert worden sei, und man wird kaum fehlgehen in der Annahme, daß die Macher nicht weit vom Zentralverband der deutschen Industriellen zu suchen sind. Das würde auch zugleich den Eifer der Konservativen erklären. Sie möchten gar zu gern die Nationalliberalen zwingen, bei dem neuen Ausnahmengesetz mitzutun, das ja auch die Großindustriellen Rheinland-Westfalens, die einflussreichen Geldgeber der national-liberalen Partei, so dringend verlangen. Am Tage seines Stichtagsbeschlusses, den sozialdemokratische Stimmen entschieden hatten, hat Herr Bassermann erklärt, es müsse liberale und soziale Politik getrieben werden. Die Konservativen denken, daß der Einfluß des Großkapitals auf die nationalliberale Partei bedeutend stärker ist, als die guten Vorsätze des Parteiführers. Neun Nationalliberale haben sich ja bereits für das Ausnahmengesetz zu stimmen bereit gefunden. Eine kräftige Agitation könnte die Partei noch mehr spalten oder vielleicht sie völlig wieder ins Lager der Scharfmacherei zurückführen. Die Nationalliberalen, die die Versprechungen bei der Wahl schmählich gebrochen und sich auf neue als schärfste Arbeiterfeinde entlarvt hätten, müßten dann endgültig jede Verbindung nach links aufgeben und waren auf Gnade und Ungnade den Schwarzblauen ausgeliefert. Die konservative Herrschaft wäre aufs neue befestigt.

Soweit die konservative Spekulation, und wer wollte sagen, daß sie die nationalliberale Psychologie verkenne? Sind doch die Nationalliberalen auch in der Besitzfrage schon mehr als halb umgefallen und auf den Zentrumstein getreten. Fraglich bleibt also nur noch die Haltung des Zentrums.

Daß das Zentrum zu jeder Schandtat gegen das organisierte Proletariat heute zu haben ist, unterliegt wohl keinem Zweifel. Man braucht sich ja nur seiner Haltung in der preussischen Wahlrechtsfrage zu erinnern oder der Hege, die das bayerische Zentrum gegen die Organisationen der Staatsarbeiter und die politische Gleichberechtigung der Sozialdemokratie entfacht hat oder des Dutaubruches, mit dem ein Heppaffe auf dem Katholikentag den Kampf gegen den Umsturz als die heiligste Aufgabe proklamiert hat, um zu wissen, wessen man sich von dieser Seite zu versehen hat. Das Zentrum ist zudem auf konservative Hilfe angewiesen, wenn es einen Erfolg in der Jesuitenfrage erzielen will. Und diesen braucht es dringend — nicht der Jesuiten wegen, denn diese sind ohnehin in Deutschland in größerer Zahl als es dem katholischen Klerus lieb ist. Aber das Zentrum muß Rom seine Nacht beweisen, um den gegen die christlichen Gewerkschaften erzürnten Vatikan zu versöhnen. Und auch Herr v. Bethmann-Sollweg wird in der Jesuitenfrage leichter mit sich reden lassen, wenn Rom dafür den christlichen Gewerkschaften, seinem geliebten „Vollwerk gegen die Sozialdemokratie“, dafür noch länger Duldung gewährt. So können die Konservativen hoffen, daß auch das Zentrum sich, wenn zum Klappen kommen sollte, nicht allzu sehr sperren würde, die Arbeiterinteressen verraten und einem Ausnahmengesetz gegen die Gewerkschaften schließlich zustimmen könnte, zu der gleichen Zeit, wo es die Forderung auf Aufhebung des Jesuitengesetzes mit seiner prinzipiellen Gegnerschaft gegen Ausnahmengesetze begründet.

Am wenigsten Sorge macht den Konservativen natürlich die Haltung der Regierung. Zwar hat unser braver Reichskanzler sich ja gegen Ausnahmengesetze erklärt. Aber selbst wenn solche Erklärungen irgend eine Bedeutung hätten, ist der Unterschied zwischen der Regierungsauffassung und der

der Scharfmacher wirklich mehr als minimal. Herr v. Bethmann-Sollweg hält es für praktisch, die Einschränkung der Koalitionsfreiheit in das allgemeine Strafbuch hineinzuarbeiten, statt ein besonderes Gesetz daraus zu machen. Und die Konservativen denken mit Recht, daß an diesem Unterschied ihr Vorhaben nicht scheitern würde.

Doch selbst wenn alle diese konservativen Erwägungen und Erwartungen vergebens wären, leistet den Junkern diese neueste Scharfmacherhege einen nicht zu unterschätzenden Dienst. Sie wissen, im deutschen Volke ist eine jeden Tag stärker werdende Unzufriedenheit angesammelt. Die Leuerung ist ein Agitator, den man nicht einsperren und dessen aufreizende Sprache man nicht verbieten kann. Die Besitzenden in Deutschland halten reiche Ernte. Die Konjunktur ist glänzend. Riesig sind die Profite, riesig ist die Grundrente gestiegen. Aber noch nie wohl hat es eine Hochkonjunktur gegeben, von deren Früchten die Arbeiterklasse so völlig ausgeschlossen war wie dieses Mal. Denn stärker als das Steigen des Lohnes ist das unausgesetzte Steigen aller Lebensbedürfnisse und weit über die Kreise der Arbeiter hinaus in allen Schichten der Beamten und Angestellten empfindet man den Druck der Teuerung, der durch die Bucherzölle, die Verhinderung der Fleischzufuhr, durch das indirekte Steuersystem bis zur Unerträglichkeit gesteigert wird. Und überall hört man Stimmen der Erbitterung über eine Regierung, die der Hunger des Volkes völlig gleichgültig läßt, die nur auf die Interessen der Profitmacher und Grundrentner bedacht ist. Und die Frage wird immer lauter, was soll erst werden, wenn die Konjunktur nachläßt, wenn die Arbeitslosigkeit zunimmt und die Preise der Lebensmittel so hoch bleiben wie bisher, vielleicht sogar noch weiter steigen?

Da denken die Junker, der Hieb ist die beste Parade. So haben die Gesellen es ja auch 1878 gemacht. Da kam auch zuerst das Sozialistengesetz, die Anhebung der Arbeiterklasse und dann ging man ungestört an die Fabrikation der Schutzzölle. So möchten die Junker auch jetzt der Offensive, zu der sich das deutsche Volk rüstet, um seine Lebenshaltung gegen die Raubritterchaft zu verteidigen, damit begegnen, daß sie es in die Defensive drängen, daß sie seine Wirtschaftskämpfe noch mehr erschweren und mit dem Geschrei über den angeblichen Terrorismus der Arbeiter den Ruf zur Sammlung gegen die wirkliche Schreckensherrschaft übertönen, die das deutsche Volk immer mehr mit Hungersnot bedroht.

Aber 1912 ist nicht 1878. Und wenn heute die Herren ein Tänelin wagen wollen, dann wird ihnen anders aufgepielt werden als damals. Vorläufig wird die konservative Agitation nur dazu führen, daß die Arbeiter mit verdoppelter Intensität an die Stärkung ihrer Organisation gehen. Bis der Reichstag zusammentritt, muß die erste Million in der politischen Organisation überausen tausend unseren Gewerkschaften eingereicht sein.

Der Panamakanal.

Im Jahre 1827 äußerte Goethe zu Eckermann, daß er „drei große Dinge zu erleben wünschte und es wohl der Mühe wert hielte, ihnen zuliebe es noch einige fünfzig Jahre auszuhalten“: die Durchstichung der Landenge von Panama, die Verbindung der Donau mit dem Rhein, und die Engländer im Besitz eines Suezkanals. Goethes Interesse war durch die Letztüre von Humboldts Ansichten über das Projekt des Panamadurchstiches angeregt worden:

„Gelingte die Fertigstellung eines Kanals zwischen dem Stillen Ozean und dem Mexikanischen Golf, der Schiffe aller Größe die Durchfahrt erlaubt, so würde er eine unberechenbare Wirkung auf alle zivilisierten Länder haben. Wundersollt mich aber, wenn die Amerikaner fremden Händen die Arbeit überlassen würden. Es ist vorauszuversetzen, daß in dreißig bis vierzig Jahren das junge amerikanische Staatenwesen sich nach Westen zu ausdehnen wird. Es werden große Städte an der Küste des Stillen Ozeans entstehen, wo die Natur weite Häfen ausgebuchtet hat, die als Zwischenhäfen zwischen den Vereinigten Staaten, China und Indien dienen werden. Es ist deshalb nicht nur wünschenswert, sondern notwendig, daß Kriegs- und Handelsschiffe schnell von der Ost- an die Westküste gehen können unter Vermeidung des langwierigen und kostspieligen Umweges um das Kap Horn. Ich wiederhole, daß die Vereinigten Staaten diese schnelle Verbindung notwendig haben und daß sie sie sicher herstellen werden.“

Als in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts die kalifornischen Goldgruben entdeckt wurden, die eben erst durch die Erwerbung von Kalifornien nebst Neu-Mexiko und Texas in den Besitz der Vereinigten Staaten gekommen waren, äußerten sich Marx und Engels in ähnlicher Weise über die Bedeutung des Panamadurchstiches. Sie erwarteten, daß sich in Panama der Handel des Stillen Ozeans konzentrieren werde und zum zweiten Male der Welthandel eine neue Richtung bekommen werde.

Aber erst wieder 30 Jahre später wurden die ersten Schritte zur Verwirklichung des Planes getan. Im Jahre 1880 gründete der Erbauer des Suezkanals Lesseps eine französische Panamakanalgesellschaft. Das ursprüngliche Aktienkapital von 600 Millionen Francs wurde nach und nach bis auf 2000 Millionen erhöht. Es ging bei dem Zusammenbruch der Gesellschaft, die im Jahre 1893 mit der gerichtlichen Verurteilung von Lesseps endete, völlig verloren. Die

„Neuen Leute“, die im Zaumel der Begeisterung für das große Werk und im Vertrauen auf ihren Landsmann ihre Ersparnisse geopfert hatten, waren schmählich enttäuscht. In unglaublicher Weise war mit dem Kapital gewirtschaftet worden. Die Sterblichkeit unter den Arbeitern hatte 80 Proz. betragen! Bald darauf nahmen die Amerikaner den Plan auf. 1899 entstand eine neue Gesellschaft in Jersey-City, die alle Rechte der alten übernahm. Damit trat der Plan des Kanalbaus vollkommen in den Dienst der Interessen der Vereinigten Staaten. Die Erfüllung der Monroe-Doktrin, die jede Einmischung europäischer Staaten in amerikanische Verhältnisse verbietet, wurde auch für den Kanal erstrebt. Im Clayton-Bulwer-Vertrag vom April 1850 hatten sich die Vereinigten Staaten noch gebunden, nicht ohne Zustimmung Englands einen Kanal durch Panama zu graben oder zu verwalten. Während des Burenkrieges gelang es den Amerikanern im Hay-Pauncefote-Vertrag (November 1901) die Engländer zu bewegen, auf jede Mitwirkung beim Kanalbau zu verzichten. Nur die gleiche Behandlung und Neutralität, auch in der Passierfreiheit von Kriegsschiffen, gegenüber allen Nationen wurde den Engländern zugesichert: „Der Kanal soll frei und offen sein für Handels- und Kriegsschiffe aller Nationen, und zwar auf vollkommen gleicher Grundlage, so daß bezüglich der Verkehrsabgaben oder sonstwie kein Unterschied gemacht wird zugunsten irgendeiner dieser Nationen oder ihrer Bürger oder Untertanen.“

Die Vereinigten Staaten haben in Verfolgung ihrer Expansionspolitik es von vornherein darauf angelegt, auch diesen Vertrag zu umgehen und sich uneingeschränkt in den Besitz des Kanals zu setzen. Schon während des Krieges mit Spanien 1898 hatten sie sich die Mittelamerika vorgelagerten westindischen Inseln gesichert: Puerto Rico wurde annektiert, die spanische Kolonie Kuba in eine Republik umgewandelt, die ebenso wie die Republiken des mittelamerikanischen Fest- und Insellandes völlig unter nordamerikanischem Einfluß steht. Die Erwerbung der Hinterindien vorgelagerten (östlichen) Philippinen brachte den Amerikanern im gleichen Kriege noch den äußerst wertvollen Stützpunkt für die Kanaldurchfahrt nach Westen. Zu Anfang des 19. Jahrhunderts sorgte dann amerikanisches Geld für die Loslösung des Departements Panama von Columbia. Die Vereinigten Staaten erwarben eine 16 Kilometer breite Zone von der neuen Republik Panama. Das Ziel war erreicht. Der Kanalbau wurde flott gefördert. Im Herbst 1913 erwartet man die Eröffnung des Kanals, dessen Kosten auf 600 Millionen Dollar = 2000 Millionen Mark berechnet werden. In 10 bis 12 Stunden Fahrt wird man unter Ueberschneidung von 80 Meter Höhenunterschied durch mehrere Schleusen, vom Atlantischen Ozean bis zum Stillen Ozean gelangen.

Die weltwirtschaftliche Bedeutung dieses Wunderwerks der Technik läßt sich noch gar nicht abschätzen. Die Wandlungen im Welthandel werden wesentlich von der Höhe der Kanalzölle abhängen. Zwar hat man berechnet, daß Nordamerikas vermehrte Einnahmen infolge des durch den Kanal belebten Handels in wenigen Jahren Zinsen und Kapitalamortisation ohne jegliche Kanalzölle aufbringen würden. Aber daran ist natürlich in der Welt des Privateigentums nicht zu denken. Senat und Repräsentantenhaus haben am 14. August die Einführung von Zöllen endgültig beschlossen.

Für die Verbindung Europas mit den übrigen Weltteilen wird die Fertigstellung des Kanals unmittelbar nicht von so großer Bedeutung sein. Indien, China, Japan, Australien sind durch den Suezkanal schneller zu erreichen als durch den Panamakanal. Für Deutschland würden höchstens Neuseeland und Samoa auf dem Wege über Panama etwas näher gerückt werden. Inzwischen hat der Suezkanal aber bereits mehrfach seine Kanalgebühren ermäßigt und es ist zu erwarten, daß er das bei und nach der Eröffnung des Panamakanals weiter tun wird. Die Fahrt von Europa nach der Westküste von Nord- und Südamerika wird dagegen erheblich verkürzt; man wird weniger als die Hälfte Zeit brauchen, um von Hamburg nach San Francisco per Schiff zu gelangen (Wolfrung etwa 10 000 Seemeilen).

Ganz erheblich wird dadurch der Suezkanal betroffen werden. Er verliert die Schiffe, die aus Rücksicht auf die Gefährlichkeit des Kap Horns an der Spitze Südamerikas den längeren Weg über Suez vorzogen. Er wird weiter völlig gemieden werden von den Schiffen, die von der Ostküste Nord- und Südamerikas nach Ostasien gelangen wollen. In erster Linie werden dabei die bei den früheren Routen berührten Häfen und Staaten betroffen.

Amerika selbst dagegen tritt in den Mittelpunkt des Welt Handels. Sein Osten und Westen, Norden und Süden treten untereinander in viel engere Beziehungen. Das Uebergewicht der Vereinigten Staaten über die übrigen Staaten wird noch wachsen, so weit ihm nicht ein in Südamerika auf dem wirtschaftlichen Aufschwung zu größerer politischer Bedeutung gelangender Staat oder Staatenkomplex ein Gegengewicht bieten wird. Die Krisen innerhalb Südamerikas werden durch die Eröffnung des Kanals in eine neue Phase treten, bei denen der nordamerikanische Dollar eine erhöhte Rolle spielen wird. Auch Kanadas Entwicklung wird weiter beschleunigt werden, seine Selbständigkeit gegenüber England wachsen und die Gemeinsamkeit seiner Interessen mit den Vereinigten Staaten stärker als bisher hervortreten.

Die großen Pacificbahnen, die den Osten Amerikas mit dem Westen verbinden, werden nicht etwa lahmgelegt werden. Ein neuer wirtschaftlicher Weg muß ja nicht die anderen notwendig totmachen. Die Eisenbahngesellschaften werden nur gezwungen, ihre Tarife zu ermäßigen. In weiser Voraussicht hatten die amerikanischen Gesellschaften zwar selbst Dampferlinien eröffnet, damit beide Transportmittel sich nicht gegenseitig Konkurrenz zu machen brauchten. Um dem in etwas zu steuern, hat der amerikanische Kongreß beschlossen, daß Schiffe der amerikanischen Eisenbahngesellschaften den

Kanal nicht passieren dürfen. Durch Tochterinstitute kann man in-
dessen Eigentumsbeziehungen verschleiern und so wird diese Befehes-
bestimmung sicher umgangen werden.

Damit die Vereinigten Staaten auch allein den Vorteil des
Kanals voll genießen, hat der Kongreß weiter beschlossen, daß der
amerikanische Küstenschutz freie Benutzung des Kanals
gewährt wird. Da dieser Paragraph dem oben angegebenen Wort-
laut der Klausel im Hay-Pauncefote-Vertrag von 1901 widerspricht,
beruft man sich darauf, daß seit 1903 der Kanal durch die Erwerbung
des 16 Kilometer breiten Landstreifens überhaupt ausschließlich
amerikanisches Eigentum geworden sei. Auch der Protest Englands,
dem gegenüber allein das Versprechen der gleichen Behandlung aller
Nationen gegeben wurde, hat den Kongreß nicht vom Beschluß zurück-
gehalten. Die Neutralität des Kanals ist übrigens auch sonst nicht
gewahrt worden, da Amerika dort Befestigungen angelegt hat.

Die Bedeutung des Kanals für Amerika ist aber nicht mit der
Verbindung der amerikanischen Gebiete untereinander erschöpft.
Amerika tritt durch den Kanal in viel nähere Beziehungen zu
Ostafrika, dem Zukunftslande für den Absatz modern kapitalistischer
Produkte. Indien rückt New York über Panama um 8000, und
China und Japan um 2000 bis 4000 Seemeilen näher als über
Suez. Europa liegt dann später für China und Japan 2000 bis
2500 Seemeilen weiter als New York. Der gefährlichste wirt-
schaftliche und politische Gegner Japans wird dann nicht mehr
Rusland, sondern Nordamerika sein. Die politischen Ver-
wicklungen zwischen den asiatischen Staaten und Amerika
und europäischen Staaten einerseits, und zwischen den
europäischen Staaten untereinander um den Abschluß in Ostafrika
andererseits werden wachsen. So wird das Meisterwerk des Kanal-
baues im Zeitalter kapitalistischer Expansionspolitik nicht Frieden
und Kultur für die Völker bringen, sondern neue Konflikte.

Wenn auch die Bedeutung Amerikas für den Weltmarkt und
die Weltindustrie durch seine zentrale Lage und unerschöpflichen
Produktionsgebiete an vegetabilischen, tierischen und mineralischen
Rohprodukten durch den Kanalbau in erster Linie wachsen, die euro-
päischen Staaten werden von dem allgemeinen Aufschwung ebenfalls
profitieren. Noch sind die wichtigsten Dampferlinien an den Küsten
Amerikas in den Händen europäischer Gesellschaften. Allerdings be-
mühen sich die Vereinigten Staaten, deren Einfluß zurückzudämmen.
So hat man beschlossen, die Einfuhr von fremdem Schiffsbaumaterial
zollfrei zu gestatten, um den amerikanischen Schiffsbau noch ver-
größern zu können. So sucht man dem englisch-deutschen Schiffs-
fahrtspool den Prozeß zu machen, weil er gegen das Antitrust-
gesetz verstöße.

Man hat weiter daran erinnert, daß die Dampfer nie mit
gleicher Ladung bis zum letzten Bestimmungsorte fahren. Während
einer Reise werde die Ladung in den angekauften Häfen mehrfach
gewechselt. Diesen Vorteil behielten die Seewege über Afrika, Klein-
asien und Indien weiter, während auf dem Wege über Panama un-
geheure Strecken ohne jegliche Zwischenstationen zurückgelegt werden
müßten. Die Rotwendigkeit, Gütern zur Rohlenaufnahme anzulassen,
würde allerdings nicht mehr vorliegen, da man immer mehr Öl
zum Antrieb für Schiffsmaschinen zu benutzen beginnt.

Schließlich wird der Kanal neue Erdgebiete dem Absatz er-
schließen, die bisher von kapitalistischer Kultur noch wenig oder
gar nicht berührt waren. Die gesteigerte Nachfrage nach Waren wird
zum Teil den europäischen Staaten zugute kommen, wenn auch von
der allgemeinen Belebung Amerika in erster Linie profitieren muß.

Eine Volkshaft Last.

Washington, 20. August. In einer Sonderbotschaft an
den Kongreß gibt Präsident Taft seinem Wünsche Ausdruck, die
Panama-Kanalbahn zu unterzeichnen, erklärt aber, es sei von
größter Wichtigkeit, daß der gute Glaube der Vereinigten
Staaten von den fremden Regierungen anerkannt werde. Die Bot-
schaft des Präsidenten wurde gestern im Kongreß verlesen und
kommt heute vor die Kommission beider Häuser, die sich bemühen
werden, eine Entscheidung im Sinne Tafts herbeizuführen. Die
Resolution, die der Präsident vorschlägt, beginnt mit der Er-
klärung, daß nichts in der Kanalbill so aufgeföhrt werden dürfe, als
ob sie eine Bestimmung des Hay-Pauncefote-Vertrages
aufhebe oder die juristische Auslegung des Vertrages berühre oder
Rechte und Privilegien beeinträchtige, die fremde Nationen durch
Verträge mit den Vereinigten Staaten mit Bezug auf die Gebühren
oder andere Abgaben für die Durchfahrt durch den Panamakanal
erworben hätten oder erwerben würden.

Die türkischen Wirren.

In einem außerordentlichen Ministerrat
wurde beschlossen, den ehemaligen Kriegsminister Salih
Pascha zum Minister für öffentliche Arbeiten zu ernennen.
Der Plan, Reschid Bey zum Minister des Innern zu er-
nennen, ist aufgegeben worden. Nunmehr gilt die Ernennung
des ehemaligen Wali von Janina, des Albanesen Ali
Riza Bey, zum Minister des Innern als sicher. Ferner be-
schloß der Ministerrat, in Cetinje energische
Schritte zu unternehmen und die Aufmerksamkeit der
Mächte auf das Vorgehen Montenegros zu lenken,
das eine kriegerische Haltung eingenommen, Uebergriffe
auf türkisches Gebiet begangen und unter den Christen von
Verane Waffen verteilt habe. Der Ministerrat beschloß ferner,
dem Wali von Soutari und den Grenzkommandanten
Weisungen zu erteilen, sich jeder Invasion mit aller Kraft zu
widerlegen. Die Meldungen der Zeitungen über die Lage in
Verane lauten übrigens vollständig widersprechend.
Während „Jeni Gazetta“ meldet, die Angelegenheit werde
binnen kurzem geregelt werden und die Nachricht dementiert,
nach der die Montenegriner Verane eingeschlossen haben sollen,
berichten andere Blätter, daß die Montenegriner be-
reits in Verane eingezogen seien. — Der Ministerrat
beriet außerdem über die Frage des Waffentragens
der Albanesen. „Jeni Gazetta“ schreibt, daß die Albanesen
die Gerichte, nach denen sie die Wiedereinkerbung Abdül
Samids verlangen, zurückweisen.

Salbamlich wird gemeldet, daß zwischen Ibrahim Pascha
und den Albanesen ein Einvernehmen erzielt
worden sei und die Albanesen sich zerstreuten. Bezüglich der
Reubesetzung des Ministeriums des Innern ist noch keine end-
gültige Entscheidung getroffen.

Unterdessen scheinen die Friedensverhand-
lungen mit Italien mit größerem Eifer betrieben zu
werden. Aus Rom ist der Wali von Rhodos, Subhi Bey,
der in italienischer Kriegsgefangenschaft war, in Konstanti-
nopol eingetroffen. Er soll demnächst, mit offiziellen
Weisungen versehen, nach Rom zurückkehren.

Die Haltung der Albaner.

Saloniki, 20. August. Im Laufe des gestrigen Tages sind
weitere Truppentransporte von hier nach Köprülü ab-
gegangen, wo Vorbereitungen gegen etwaige Umgehungs-
manöver der Kravaten getroffen worden sind. Said

Pascha, der Kommandant des Salonikier Korps, ist mit der
Vertagung der bei Köprülü konzentrierten Truppen betraut worden.
Der Markt von Köprülü ist infolge der dort herrschenden Auf-
regung gesperrt.

Wien, 20. August. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Ska-
tari: Albanische Aufständische drangen in Durazzo und in
mehrere andere kleine Orte an der Küste ein. Den dort befindlichen
türkischen Truppen gelang es jedoch, unterstützt von der Bevölke-
rung, die Albanesen zurückzuwerfen.

Die Kämpfe um Verane.

Saloniki, 20. August. Die Montenegriner setzen die
Feindseligkeiten gegen Verane fort, das wiederholt drin-
gend Verstärkungen verlangt hat. Ibrahim Pascha ver-
anlaßt von Nestlis aus die Einberufung der Redifs in Ipeh und
Djatoba. Falls diese dem Kufe Folge leisten, sollen sie nach Verane
geschickt werden.

Die Führer des jungtürkischen Komitees haben
27 Provinzkomitees zu dem am 15. Ramadan in Konstantinopel
stattfindenden jungtürkischen Kongreß einberufen.

Enver Bey und die Friedensverhandlungen.

Rom, 20. August. Meldungen aus Konstantinopel berichten,
daß man dort nicht ohne Sorge ist über die Haltung Enver
Bey, der die türkischen Streitkräfte in Tripolis befehligt. Enver
Bey soll die türkische Regierung benachrichtigt haben, daß er auf
keinen Fall die Besprechungen über den Abschluß eines Friedens
mit Italien in Betracht ziehen werde, sondern daß er an der Spitze
seiner arabischen Truppen fortfähre, die Italiener zu be-
kämpfen. Ferner verlautet, daß Enver Bey die Absicht habe,
einen Vorschlag der arabischen Führer anzunehmen, die ihn zum
Fürsten eines autonomen Gebietes proklamieren
wollen.

Der sächsische Landesparteitag.

Am Dienstag referierte Landtagsabgeordneter Genosse
Schulze-Koschbaude über die vom letzten Landtage beschlossene
Landgemeindevorordnung. Redner kennzeichnete nach einem historischen
Rückblick die Dringlichkeit und Nützlichkeit derselben. Er schildert
die gewaltige industrielle Entwicklung Sachsens, die von dem Ge-
setz gar nicht berücksichtigt worden sei. Das Schuldenwesen und
die Wohnungsnot würden auch unter ihm weiterbestehen. Gerade
auf den Gebieten des Bauwesens und der Finanzverwaltung ver-
setze die Landgemeindevorordnung vollständig. Im weiteren kritisiert
er das rückständige Wahlsystem, das von den reaktionären Parteien
gegen die Sozialdemokratie aufrechterhalten worden sei. Der Referent
gab der Meinung Ausdruck, daß dieses Gesetz die Kämpfe um
die Gemeindeverwaltung verschärfen und die Klassengegensätze ver-
größern werde. Es sei die Aufgabe der Partei, trotz alledem dafür
zu sorgen, daß durch erhöhte Tätigkeit und den schärfsten Kampf
gegen die Gegner die Absicht der Gesetzesmacher zustande würde.

Ueber den weiteren Punkt der Tagesordnung: Jugendfürsorge
in Sachsen, referierte Landtagsabgeordneter Genosse Keimling-
Leipzig. Er kennzeichnete die Bestrebungen der Gegner der Ar-
beiterklasse um die Gewinnung der Arbeiterjugend. Die sächsische
bürgerliche Jugendbewegung sei nur ein Abklatsch der preussischen,
wenn auch die sächsische Regierung die Wünsche der konservativen
Politiker im Landtage, die Jugendorganisationen in Sachsen auf-
zulösen, noch nicht berücksichtigt habe. Redner betonte auch ins-
besondere die Pflicht der Eltern, die Kinder in unserer Anschauung
zu erziehen. Wenn das gefehle, dann würden alle Bestrebungen
der Gegner vergeblich sein.

In der Debatte sprach Genosse Lipinski-Leipzig im Sinne
des Referenten. Es wurde dann schließlich eine Resolution ange-
nommen, die, unter Anerkennung der Wichtigkeit der Jugend-
bewegung, es der organisierten Arbeiterschaft zur Ehrenpflicht
mache, mit aller Energie für die Förderung dieser Bewegung und
für die Verbreitung der „Arbeiter-Jugend“ einzutreten. Die Re-
solutionsmacht es weiter den proletarischen Vätern und Müttern
zur Pflicht, ihre Kinder im Geiste der sozialistischen Weltan-
schauung zu erziehen.

Die bisherigen Mitglieder des Landesvorstandes, die Genossen
Sindermann, Schulze und Braune, wurden einstimmig wieder-
gewählt. Die nächste Landesversammlung soll in Plauen i. V.
stattfinden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. August 1912.

Die Ignorierung des Nacher Katholikentages durch die deutschen Bischöfe.

Auf dem marianischen Kongreß in Trier führten die
„Berliner“ das große Wort, auf dem Katholikentag in Aachen
die „Kölner“. Zwar verkündete der Vorsitzende Schmitt in
Aachen, daß bei Meinungsverschiedenheiten in den Reihen der
Katholiken die Entscheidung des Papstes ausschlaggebend sei,
aber die ganzen Verhandlungen liefen keinen Zweifel darüber,
daß „Berlin“ in Aachen „nichts zu sagen“ hatte. Vor
den katholischen Arbeitern durfte am Sonntag Dr. Müller
in der schärfsten Weise den Standpunkt der christlichen Gewerk-
schaften vertreten, der bekanntlich nicht die Billigung des
Papstes findet.

Aus der Zahl der Ablehnungen, die das Aachener Lokal-
komitee des Katholikentages auf seine an deutsche und fremde
Bischöfe gerichtete Einladungen erhalten hat, ist eine Antwort
des schweizerischen Bischofs von Chur bekannt geworden, in
der er für die Einladung dankt und bedauert, ihr wegen
andertweittiger Verpflichtungen nicht folgen zu können, aber
verspricht, er wolle zum lieben Gott beten für einen guten
Verlauf der Verhandlungen. „damit sie in den Herzen der
Katholiken Deutschlands klar und wahr die Ueberzeugung
festigen mögen, daß es für einen wahren Katho-
liken kein ethisches Wirken gibt, weder in der
Politik, noch in der Sozialpolitik, noch in
der Kunst und Literatur, welches nicht dem
von Gott gesetzten kirchlichen Lehramte
unterworfen wäre. Diese Ueberzeugung ist
unseres Erachtens, was den Katholiken
Deutschlands zurzeit am meisten not tut.“

Und wie dieser schweizerische Bischof scheinen auch manche
deutschen Bischöfe zu denken; denn es ist eine höchst auf-
fällige Tatsache, daß mit Ausnahme des Bischofs Keppeler
alle deutschen Erzbischöfe und Bischöfe auf
dem Aachener Katholikentag fehlten, während
der belgische Episkopat überreichlich vertreten war. Das
„Neue Jahrhundert“ liefert zu dieser Ignorierung
des Katholikentages durch die deutschen Bischöfe folgenden zu-
treffenden Kommentar:

„Jedes Jahr ist die gewohnte Komödie: trübende Frömmig-
keit und Salbung, pompöse Aufmachung, das Zurücktragen von
eitel Eitelkeit und Brüderlichkeit, trotz aller offen-
kundigen Uneinigkeit. Nach dem, was man bis jetzt vom

gegenwärtigen Katholikentag in Aachen sagen kann, sind an ihm
zwei charakteristische Erscheinungen zu konstatieren: die vollständige
Zurückhaltung der Leute von der Richtung Berlin-Breslau und
das auffallende Fernbleiben des deutschen
Episkopates, während eine ausnehmend große Schar von
ausländischen Bischöfen in Aachen paradiert. . . . Dagegen ist es
eine Feststellung von höchster kirchenpolitischer Bedeutung, daß
außer dem schlechterdings unabhörmlichen Weibschopf von Köln,
Dr. Müller, und dem merkwürdigerweise heuer zum ersten Male an
einem deutschen Katholikentag teilnehmenden Bischof von Rottenburg,
kein einziger deutscher Bischof sich bereit findet
ihre, nach Aachen zu gehen. Am auffallensten ist dies
ohne Zweifel vom Bischof der nächstgelegenen Diözese, dem Bischof
Korum von Trier. Diese Tatsache ist ebenso durchsichtig, als die
andere, die nicht übersehen werden darf, nämlich das Nicht-
erscheinen des Bischofs von Trier bei der Besetzung seines Metro-
politens, des Erzbischofs von Köln, und das, obwohl er nicht weiter
nach Köln hatte, als der kaum von schwerer Krankheit genesene
Kardinal Kopp von Breslau. Bischof Korum, der seine
Begrenzung nicht einmal am Grabe des so rasch
dahingegangenen Erzbischofs von Köln ver-
gessen konnte, war natürlich noch viel weniger gewillt, im
nahen Aachen einer Tagung beizuwohnen, die von Anhängern
der Kölner Richtung vorbereitet, organisiert und geleitet ist. . . .

Aber die übrigen Bischöfe? Aachen liegt nicht so aus der
Welt, daß es einer Anzahl von Bischöfen unmöglich gewesen
wäre, bei einigermaßen gutem Willen dorthin zu kommen. Auch
ist der Sommer nicht so heiß, daß die erholungsbedürftigen
Herren Bischöfe ihre Sommeraufenthalte unmöglich hätten unter-
brechen können.

Wie ist nun die merkwürdige Erscheinung zu deuten? Sehr
einfach. Korum mochte nicht, und die anderen — trauten
sich nicht! Man weiß nicht, wie das Wetter wird
bezüglich der Kölner Richtung, und deshalb ist es
geratener, zu Hause zu bleiben, wenn die Kölner tagen. Doch
Bischof Keppeler in Aachen jetzt zum ersten Male auf einem
Katholikentag auftritt, ist sehr verwunderlich. Wenn nicht anzu-
nehmen wäre, daß er sich schon vor mehreren Wochen in die
Rednerliste hätte aufnehmen lassen müssen, so läge die Vermutung
nicht fern, daß er eine Kandidatensprache für den erledigten Stuhl
von Köln halten wollte!“

Die Jesuiteneingabe der bayerischen Bischöfe.

Die Eingabe, welche der bayerische Episkopat in Sachen
des Jesuitengesetzes an den Bundesrat gerichtet hat,
wird im „Wahr. Kur.“ wörtlich mitgeteilt. Dattert ist sie vom
16. Juli und trägt die acht Unterschriften der Erzbischöfe und Bischöfe
Bayerns. Eine direkte Bitte um Aufhebung des Jesuitengesetzes
enthält die Eingabe nicht; es wird nur darauf hingewiesen, daß
es das einzige im Deutschen Reich zurzeit noch bestehende Aus-
nahmengesetz sei, das von den deutschen Katholiken von jeher als
Unrechtigkeit und unerbittliche Bedrückung empfunden werde. Es
bestehe wohl kein Zweifel — heißt es weiter —, daß der Deutsche
Reichstag bei erneuter Antragstellung auch neuerdings sich mit
großer Mehrheit für die Aufhebung dieses Ausnahmengesetzes beschluß-
mäßig aussprechen werde.

„Sollten nichtdestoweniger die Verbündeten Regierungen dieses
Gesetz aufrechterhalten und den Jesuiten jede Ordensheimat auf
deutschem Boden verlagern wollen, so bietet der Appell
Bayerns an den Bundesrat geeigneten Anlaß, nach
einigen Richtungen wenigstens die Schranken zu be-
seitigen, in die der Bestand des Jesuitengesetzes die freie Ent-
faltung unseres katholischen innerkirchlichen Lebens einengt. Die
Verbündeten Regierungen sind nunmehr in der Lage,
auf dem Wege der von ihnen zu erlassenden authentischen
Interpretation des Begriffs der Ordensstätigkeit
für den künftigen Vollzug alles auszuscheiden, was
katholischerseits als kleinlich, gehässig und ungerecht
empfunden werden müßte.“

Die Bischöfe erklären ferner, daß die von der bayerischen Staats-
regierung im Erlaß vom 11. März gegebene Interpretation des
Begriffes „Ordensstätigkeit“ „der Hauptsache nach der kirch-
lichen Auffassung nahe kommt“. Ein Abgehen von der tatsäch-
lich seit vielen Jahren geübten milderen Praxis würde „von dem katho-
lischen Volke als eine neue Kulturkampfaktion angesehen
werden und somit neue aufregende Kämpfe zur Folge
haben“.

Kußer der „authentischen Interpretation“ verlangen die Bischöfe,
daß die in der ersten Bundesratsbekanntmachung eigens verbotene
Abhaltung von Missionen seitens der Mitglieder der Ge-
sellschaft Jesu künftighin gestattet werde. Die Abhaltung von Missionen
sei eine rein seelsorgerische und könne daher nicht als Ordensstätig-
keit bezeichnet werden.

Die sächsischen Saalinhaber und der „sogenannte“ Landesherr.

Der sächsische König hat ein Begrüßungstelegramm des ver-
sammelten Landesverbandes sächsischer Saalinhaber nicht beant-
wortet, weil er sich über einen Artikel des Verbandsorgans der
Königsstreuen Saalbesitzer geäußert hat. Dieser Artikel, der sich gegen
die behördliche Schilantierung derjenigen Wirte richtet, die allen
Parteien, auch den Sozialdemokraten, ihre Säle zur Verfügung
stellen, enthält folgende durchaus zutreffende Stellen:

„Das deutsche Volk mag politisch im höchsten Grade rück-
ständig sein, einen so hohen Grad der politischen Ver-
stümmelung und Verrottung hat es denn doch noch nicht
erreicht, um solchen Kindermärchen, wie sie
bezüglich des angeblichen Terrorismus der
Sozialdemokraten verbreitet werden, Glauben zu schenken.
Im Gegenteil, es kommt ihm immer mehr zum Bewußtsein und
zwar in recht fühlbarer Weise, daß es vielmehr von den
herrschenden Klassen, die sich auf seine Kosten bereichern
und die Taschen füllen, terrorisiert wird. Gibt es jemand
im Volke, der nicht zu den Bevorrechtigten gehört, der nicht schon
eigene Erfahrungen in bezug auf die Willkür von Einzel-
beamten und Behörden gemacht hat? Mit Recht kann
man hier von einer Schreckensherrschaft sprechen.“

Die deutschen — besonders aber die preussischen Beamten —
sind in ihrer Mehrzahl noch felsenfest davon überzeugt, daß das
Volk in einer Art Untertanenverhältnis zu ihnen stehe,
während sie doch in Wirklichkeit nichts weiter sind als Diener der
Allgemeinheit und nicht etwa Diener des Oberhauptes — des so-
genannten Landesherren — als die sie sich betrachten. Diese
Staatsdiener, die auch von dem Volke bezahlt werden, also von
diesem leben müssen, schilantieren und drangsaliieren oder sehr
häufig ihre eigenen Dienstherren — „das Volk“ — auf unver-
schämte Art und schauen hochmütig und geringschätzend auf das
selbe herab, während man sonst von dem Untergebenen seinem
Dienstherren gegenüber „Bescheidenheit“ und „Höflichkeit“ er-
wartet. Der Diensther „Volk“ ist aber selbst daran schuld, daß
sich sein Untergebener soviel herausnimmt, weil er ein wenig „be-
schränkt“ und — es mag uns dieser harte Ausdruck von ihm
verziehen werden — auch etwas „feige“ ist. . . .“

Die konservative Presse meint, sofern die Saalbesitzer mit
diesen Ausführungen einverstanden gewesen, sei es unerfunden,
dem König ein Grußtelegramm zu senden. Wir
wollen und die Würdigkeit der konservativen Reaktionen nicht zu

eigen mochten, aber zugunsten ist, daß die Haltung der Saalbesitzer nicht konsequent ist. Der König, der sogenannte Landesherz, steht zum Volke in einem ähnlichen Verhältnis, wie andere Staatsbeamte, und Beamten hätten die Saalbesitzer doch sicherlich nicht telegraphisch gebühligt.

Eine seltsame Vergnügung.

Dem „Berl. Börsen-Courier“ wird aus Marienburg gemeldet:

Dem Oberleutnant Kunkel vom Deutschordens-Regiment, der in einem nächtlichen Zusammenstoß mit Zivilpersonen den Zigarrenhändler Wiens mit 20 Säbelhieben an Kopf, Schulter und Armen schwer verletzte, dafür vom Kriegesgericht zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt ist, welche Strafe vom Oberkriegsgericht auf 43 Tage Gefängnis ermäßigt wurde, ist jetzt im Gnadenwege auch diese Strafe noch in vierzehn Tage Stubenarrest umgewandelt worden.

Das Blatt meint, da die Strafe des Offiziers ohnehin eine so bescheidenlich niedrige gewesen sei, erscheine die jetzige Vergnügung doppelt unbegreiflich. Was würde wohl ein Zivilist bekommen haben, der einen Offizier so zugerichtet hätte! Und, fügen wir hinzu, zu welcher Strafe würde wohl ein streikender Arbeiter verdonnert worden sein, der nicht einmal einen Offizier, sondern nur eines jener nützlichen Elemente, die man nicht mehr beim rechten Namen nennen darf, mit einem gefährlichen Werkzeug derartig traktiert hätte. Die Streikjustiz im Ruhrrevier gibt uns ja einige Maßstäbe! Kein Wunder, daß das Blatt von diesem Vergnügungsakt die Erregung größter Erbitterung befürchtet.

Zur Erhebung der Kirchensteuern in Mischehen.

Bisher wurden die Kirchensteuern bei Mischehen so erhoben, daß das steuerpflichtige Einkommen des Ehemannes halbiert und jede Hälfte von den beiden Kirchen nach ihren Prozentsätzen besteuert wurde. Nachdem das Oberverwaltungsgericht diesen Modus für rechtswidrig erklärt hat, wird vom nächsten Steuerjahre eine andere Regelung erfolgen. Die Erhebung der Kirchensteuern erfolgt nur vom Ehemann im vollen Betrage von der Kirche, zu der er sich bekennt. Die Ehefrau zahlt keine Kirchensteuer. Frauen, die ein selbständiges Einkommen haben, werden auch zur Kirchensteuer veranlagt. Der bisherige Modus wurde seit Jahren schon bekämpft, der Ehemann zahlt Steuern für seine Person kraft seines Einkommens, der Frau, für seine selbständige Frau noch Kirchensteuern zu zahlen, war deshalb unbillig.

Die Werbekraft des konservativen Gedankens.

Kürzlich hielt in Köslin die Provinzialabteilung Pommeren des Bundes der Landwirte ihre Jahresversammlung statt. Das Herrenhausmitglied v. Blankenburg-Schönow erstattete den Jahresbericht. Danach fanden 622 Wähler und 322 Werbeversammlungen statt. In diesen 844 Versammlungen wurden 1108 Mitglieder aufgenommen. Also noch zwei Mitglieder auf jede Versammlung. Und das in der Hochburg Pommeren. Trotzdem redet man von der unüberwindlichen Werbekraft des konservativen Gedankens!

Ueber die Unzulänglichkeit der südwestafrikanischen Schutztruppe

Klagt eine Zeitungskorrespondenz. Durch die Herabsetzung der Schutztruppe auf „nur“ 2000 Mann drohe der Kolonie Gefahr durch die Aufstandsgelüste der Herero und Hottentotten. Zu den 2000 Mann der Schutztruppen kämen nur noch 450 Mann Reserve aus den Reihen des Verurlaubtenstandes, die insgesamt 880 Mann zählen, aber zum Dienst in der Front nur zur Hälfte tauglich sein sollen. Es seien also für den Kriegslauf nur 2400 Mann disponibel. 1000 Mann davon seien zum Stations- und Etappenendienst erforderlich, indes für den Felddienst nur 1400 Mann verfügbar seien.

Das alles ist einfach aus der Denkschrift zum südwestafrikanischen Kolonialetat zusammengeschrieben. Die Korrespondenz vergißt übrigens auch ganz, daß doch noch eine 600 Mann starke Polizeitruppe existiert. Das macht schon 3000 Mann, wozu dann noch (nach der erwähnten Denkschrift) die 400 Mann des Verurlaubtenstandes, die als nicht selbständig betrachtet werden können, sowie 800 Farmer. Nimmt man noch andere Waffenfähige (Beamte, Kaufleute usw.) hinzu, so sind das immerhin reichlich 1000 Mann, so daß die Zahl der waffenfähigen und bewaffneten Weißen circa 4500 Köpfe beträgt. Und demgegenüber sollten die arg dezimierten, völlig zerstreuten und ebendrin unbewaffneten Herero und Hottentotten an einen Aufstand denken können? Lächerlich!

Und das ist richtig und für unsere koloniale Eingeborenenbeglückung charakteristisch, daß die amtliche Denkschrift zugibt, daß die Herero und Hottentotten, die ehemals freien Viehzüchter und Jäger, die jetzt zu recht- und beschloßenen Arbeiterscharen degradiert und jedes Freiheitsrechts beraubt sind, sich mit ihrem Los höchst unglücklich fühlen!

Der wirkliche Grund über die Klage ist vielmehr der, daß man auch den Dvambos das Schicksal der Herero und Hottentotten bereiten möchte und sich dazu einstweilen nicht stark genug fühlt. Gerade deshalb wäre es aber höchst wünschenswert, daß die Schutztruppe noch weiterhin verringert würde!

Kameruner Sittlichkeit vor dem Kriegesgericht.

Vor dem Kriegesgericht der 2. Garde-Division in Berlin fand heute eine Verhandlung gegen den Oberarzt Collin aus Kamerun statt. Der Oberarzt steht bei der Schutztruppe. Als Zeugen waren eine ganze Reihe von Offizieren und Ärzten der afrikanischen Schutztruppe geladen. Noch bevor die Anklage zur Verlesung kam, stellte der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Dr. Bernhold, den Antrag, die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der militärischen Interessen und wegen Gefährdung der Sittlichkeit auszuschließen. Das Kriegesgericht gab diesem Antrage auch statt. Es müssen also recht böse Dinge sein, die da aus der Kameruner Welt zur Sprache kommen! Die Verhandlung wurde nach kurzer Zeit vertagt, um weitere Beweiserhebungen vorzunehmen.

Nervöser Militarismus.

14 Tage strengen Arrest wegen einer Gesichtserkrankung.

Der Kadavergehorsam des Militarismus und die absonderlichen Begriffe mancher Vorgesetzten von dem Wesen der Disziplin erführen eine große Beleuchtung durch einen Prozeß vor dem Dresdener Kriegesgericht. Wegen Verharmlosens im Ungehorsam und Achtungsverletzung vor verfallener Mannschaft hatte sich der Soldat Beck vom 102. Infanterie-Regiment zu verantworten. Bei einem Kameradzieren soll sich der Angeklagte auffallend vernachlässigt haben. Nach Ansicht des Offiziers soll er die Handbewegungen schlapp, nachlässig und unwillkürlich gemacht, das Gesicht verzogen und das Gewehr in ostentativer Weise heruntergerissen haben. Da trotz mehrfacher Aufforderungen die Uebungen nicht anders ausfielen, wurde der Soldat vom Offizier weg arretiert! Vor dem Standgericht wendete Beck ein, er habe die Uebungen so gut wie möglich gemacht; am fraglichen Tage habe er sich wegen Durstfall geholt und dieserhalb sowie wegen der vorangegangenen Anstrengungen sei er völlig erschöpft und schwach gewesen. Das Gesicht habe er nur verzogen, weil ihm vor Hitze und Schwäche der Schweiß im

Gesicht gestanden habe. Befragt wurde, daß Beck am fraglichen Tage hart an Diarrhoe litt, daß der Dienst sehr aufregend war und dem Angeklagten der Schweiß im Gesicht gestanden habe. Zeugen bezeugten, daß Beck einen kranken Eindruck gemacht habe, wie zum Umsinken schwach. Das Standgericht kam zu einer Freisprechung, weil es der Meinung war, daß der Angeklagte die Uebungen nicht absichtlich schlecht ausgeführt habe, es liege vielmehr eine durch körperliche Schwäche hervorgerufene Nachlässigkeit vor.

Wegen des Urteils legte der Gerichtsherr Verurteilung ein. Der Angeklagte versicherte auch hier, daß er sich damals in einem schauerhaften Zustande befunden und ihm ferngelegen habe, ungehorsam und achtungsverlegend zu sein. Der ärztliche Sachverständige gab zu, daß Diarrhoe und Anstrengung einen Zustand wie angeführt herbeiführen können. Das Berufungsgericht verurteilte den Soldaten wegen Achtungsverletzung vor verfallener Mannschaft zu — 14 Tagen strengen Arrest. Bezüglich der Handbewegungen hat das Gericht die Einwendungen des Angeklagten Glauben geschenkt und deshalb die Beharrung im Ungehorsam ausschaltete, aber in dem Vergehen des Gesichtes sah es einen Ausdruck des Unwillens. Dafür die erwähnte Strafe!

Militärgerichtsurteile.

Zwei Militärmusiker vom Infanterie-Regiment Nr. 8, ein Unteroffizier und ein Gemeiner, hatten eines Tages in einem Gasthof im angetrunkenen Zustande einen Zusammenstoß, bei dem der Unteroffizier dem Untergebenen zuerst einen Hieb mit dem Säbel, dann eine Ohrfeige verabreichte. Nun faßte der Untergebene seinen Vorgesetzten an die Brust und suchte ihn niederzuwerfen. Bei diesem Ringen fielen beide zu Boden. Bald darauf erteilte der Unteroffizier dem Mithandelten einen Befehl, dem der Mann nicht nachkam.

Beide hatten sich dieser Tage vor dem Justizbürgerkriegsgericht zu verantworten, das den Untergebenen wegen sätzlichen Vergreifens an einem Vorgesetzten und Beharrens im Ungehorsam zu sechs Monaten Gefängnis verurteilte, während der Unteroffizier wegen Mithandlung eines Untergebenen in zwei Fällen, davon in einem Falle unter Mißbrauch der Waffe, zu drei Wochen Mittelarrest verurteilt wurde. Der Herr Unteroffizier, der der Angreifer war und sogar mit seinem Säbel auf den Untergebenen einschlug, ist demnach viel billiger weggegangen, als der Gemeine, der sich nur wehrte und dann allerdings dem nicht gehorchte, der ihn vorher mit dem Säbel bearbeitet hatte.

England.

Mindestlöhne für Landarbeiter.

In der demokratischen „Contemporary Review“ erörtert E. R. Dugton die Einbeziehung der Landwirtschaft in das bis jetzt nur auf einige Schwimmbüsten und seit kurzem auf den Vergbau ausgedehnte System öffentlicher Lohnfestsetzung. Er weist nach, daß auch die Landwirtschaft den Charakter des Schwimmbüsten trägt, da die gezahlten Löhne nicht zum Leben ausreichen. Nach den Berechnungen von Seeborn Rowntree ist für den nackten physischen Unterhalt in England ein Betrag von mindestens 18 Schilling 4 Pence (18,75 M.) in der Woche erforderlich. Dagegen beträgt nach den amtlichen Erhebungen von 1910 der Durchschnittslohn des Landarbeiters, einschließl. aller Naturalleistungen, wie Wohnung, Kost, Fuhrwerk, nur 17 Schilling 6 Pence (17,80 M.). Dabei sind im Norden infolge der Konkurrenz von Industrie und Hafen etwas über 20 M. Sie sinken im Süden bis auf 14 Schilling 11 Pence (15,20 M.), in Oxfordshire 8,50 M. unter jenem Mindestfordernis. Seit 1895 waren die Löhne um nur 12,4 Proz. gestiegen gegenüber einer Verteuerung der Lebensmittel um 19,4 Proz., die noch ständig weitergeht. Also eine erhebliche Verminderung des Reallohnes. So sinkt bald nach seiner Verheiratung ein Mann zum Armenpflegling herab, und die Entlohnung des Landes geht weiter.

Dugton betont, daß nicht etwa eine besondere Not der Landwirtschaft solche elenden Löhne begründe. Vielmehr haben sich die Erträge des Bodens und mit der Steigerung der Preise auch die Renten beträchtlich erhöht. Der wirkliche Grund ist die Abhängigkeit des Landarbeiters, namentlich des Eigentums des Arbeitgebers an den vorhandenen Arbeitswohnungen. Daher sind die Sätze dort höher, wo andere Arbeitsmöglichkeiten, im Steinbruch oder Verfehr, vorhanden ist. Dugton schlägt daher vor, den Mindestlohn durch Lohnämter, bestehend aus Vertretern der Arbeiter, der Arbeitgeber und einem Unparteiischen, festsetzen zu lassen: am besten für jede Grafschaft, unter Zugrundelegung des Rowntreeschen Sayes für ein Ehepaar mit drei Kindern und mit Berücksichtigung der verschiedenen Lebensmittelpreise. Auf die Naturalien soll der Schutz des Landgesetzes ausgedehnt werden.

In der linksliberalen Presse wird der Gedanke begrüßt. Man weist darauf hin, daß heute allen Verbesserungsvorschlägen, namentlich der von Lloyd George geforderten Wohnungsreform auf dem Lande entgegengehalten wird, der Landarbeiter sei zu arm, eine anständige Wohnung zu bezahlen. Neben den sachlichen Erwägungen mag hierbei der Gedanke mitspielen, ein neues Agitationsmittel gegen die Konservativen zu gewinnen, namentlich auch die Macht der Grundbesitzer durch ein Aufgebot der Landarbeiter zu brechen. Zusammen mit der Ausdehnung des Wahlrechts und der Abschaffung des Pluralvotums möchte das dann ein genügendes Gegengewicht gegen die zunehmende Abschwenkung bürgerlicher Kreise zur Rechten bilden. Jedenfalls zeigt der Vorschlag, daß man in radikalen Kreisen nicht vor einer weiteren Einschränkung der Heiligkeit des Eigentums und der Ausbeutung zurückschreckt. Man versteht so die Anhänglichkeit weiter Arbeiterkreise an diese bürgerliche Partei. Und der Vergleich zeigt auch die Schwäche und Aussichtslosigkeit einer liberalen Arbeiterpartei in Deutschland, des Anhängels einer geradezu ängstlich kapitalistischen Partei, das durch schon im Entstehen ersichtliche sozialpolitische Forderungen durch schwankende und schwächende Redensarten ersehen muß.

Marokko.

Die Proklamierung des Gegenstands.

Paris, 20. August. Aus Fes wird unter dem 17. August gemeldet: Nachrichten aus Marrakech zufolge soll bei Giba am 16. August in Marrakech zum Sultan proklamiert worden sein.

Ein Dementi der Spanier.

Madriz, 20. August. Der Kriegsminister hat aus Tanger Nachrichten über die Gerüchte von einer Besetzung Argilas durch die Spanier erhalten. Es habe sich demnach einzig darum gehandelt, einen benachbarten spanischen Posten mit Lebensmitteln zu versorgen. Die Verprobantierung, die in Uebereinstimmung mit Aisuli vorgenommen worden wäre, sei diesmal mit einer härteren Bedeckungsmannschaft durchgeführt worden, die nach Argila marschiert sei. Oberst Silvestre habe, da er der Sache keine Wichtigkeit beilegte, nichts darüber gemeldet.

China.

Der Konflikt mit der Regierung.

Peking, 20. August. Die Nationalversammlung erörterte die weiteren Erklärungen der Regierung über das

Beweismaterial, auf Grund dessen die Generale Tchang-schentou und Tsangwei summarisch hingerichtet worden sind, daß diese Erklärungen als ungenügend an und verlangte in einer dringenden Depesche für morgen die Anwesenheit des Premierministers und des Kriegsministers. Die Regierung zeigt angeichts der heftigen Feindseligkeit gegen sie eine bemerkenswerte Gleichgültigkeit; sie hat für strenge Maßregeln Vorkehrungen getroffen, falls sie ihr aufgezwungen werden sollten. Die Anhänger der Regierung behaupten, die Regierung besitze Beweise von der Schuld der hingerichteten Generale und von ihrer und mehrerer hohen Beamten Teilnahme an einer geheimen Gesellschaft, deren Ziel es gewesen sei, die Regierung zu stürzen.

Ermordung Sunjatsens?

Aus San Francisco kommen Nachrichten, denen zufolge Dr. Sunjatsen, „Vater der chinesischen Revolution“ in Peking von Soldaten ermordet worden sein soll. Die Nachricht ist bis jetzt unbefätigt und durchaus nicht wahrscheinlich.

Räubereien.

Hongkong, 20. August. Vierzig bewaffnete Räuber bemächtigten sich einer Dampfbarkasse und fuhren nach der Insel Tschungtschu bei Hongkong. Dort griffen sie eine Polizeistation an, töteten einen indischen Unteroffizier und zwei Polizeibeamte, erbrachen einen Geldschrank und erbeuteten 1000 Dollar und eine Anzahl Gewehre und Bajonette. Ein chinesischer Bankier wird vermißt; es wird angenommen, daß er von den Räubern totgeschlagen worden ist. Die Räuber lehrten an Bord der Barkasse zurück und entliefen.

Amerika.

Eine Kennzeichnung der demokratischen Partei.

In einer glänzenden Rede hat Genosse Berger im Repräsentantenhaus die großen Parteien und die Stellung der Sozialdemokratie gekennzeichnet. Von besonderem Interesse ist dabei seine Charakterisierung der Demokraten, die mitunter im Vergleich mit der republikanischen Partei den unverbundenen Ruf einer Volkspartei genießen, namentlich auch die Beleuchtung der Illusionen, die man sich vielfach auch bei uns über eine Reformpolitik dieser Partei macht. Die Kapitalistenklasse, führte er aus, ist ebenso bereit, sich mit den Demokraten abzufinden, als mit den Republikanern. Während die letzteren konservativ sind, ist die demokratische Partei sogar völlig reaktionär. Die Republikaner sind die bezorgte Partei des Großkapitals. Sie vertrat die Geschäftsinteressen während des Bürgerkriegs. Durch ihren Hochschulzoll und ihre Bankgesetze gab sie den Profitten der Fabrikanten und Bankiers einen gewaltigen Anstoß. Für ein Menschenalter galten sie als die konservative Partei der Geschäftsleute. Die Demokraten vertraten in ihrer großen Mehrheit die Interessen der Sklavenbesitzer vor dem Bürgerkrieg (1861—64). Nach dem Kriege blieben sie die herrschende Partei des Südens, wo der frühere Sklavenherr allmählich ein Industrieller oder Bankkapitalist wird. Da die Partei im Norden keine wirtschaftlichen Interessen zu vertreten hat, fiel sie bald in die Hände korrupter „Machinen“, wenigstens in den Großstädten. Natürlich wurde sie auch die bevorzugte Organisation der Alkoholinteressen in den Nordstaaten. Da sie in den meisten Dingen hinter der Zeit zurück ist, ist sie besonders unwissend und brutal in der Arbeiterfrage, wie die Gesetze vieler Südstaaten beweisen.

Aber die Arbeiter haben Stimmrecht. Darum haben die Demokraten in den letzten Jahren ihre warme Liebe für den Arbeitsmann entdeckt. Darum haben wir ein paar Arbeitergesetze in diesem Hause angenommen. Natürlich haben sie weder den Senat noch die Prüfung des Höchstgerichts passiert — aber als Agitationsmaterial vor einer Präsidentenwahl tun sie ihre Schuldigkeit. Natürlich wird auch keines davon dem Unterhalt des Arbeiters nur ein Butterbrot zufügen. Keines sorgt für die Invaliden der Industrie. Jedes zivilisierte Land hat in dieser Hinsicht viel getan. Wir nicht. Man kann nicht erwarten, daß ein Haus, das von der Demokratie des Südens und Tanmany (der korrupten Partemachinerie von New York) beherrscht wird, irgend etwas von wahrhaft sozialem Charakter tun werde. Solange man mit sogenannten Arbeiterführern billige Wahlgeschäfte machen kann, indem man absolut nichts gibt und für nächstes Jahr doppelt so viel verspricht, hält sich die Partei für sicher. Die einzige Schwierigkeit ist jetzt, die Arbeiter glauben zu machen, daß die Demokraten im Wesen von den Republikanern verschieden seien. Aber die beiden alten Parteien sind so gleich, daß sich da schwer eine Wahlparole finden läßt. Gott sei Dank ist da noch die alte Volksfrage. Und Woodrow Wilson (der demokratische Kandidat) erklärte daher den Poltarif als den Gegenstand des Wahlkampfes.

Wenn das irgend etwas bedeutet, heißt es, daß die Demokraten nicht daran denken, irgendwelche Industrien zu beeinträchtigen. Denn der Süden hängt an, industriell zu erwachen. Er hat zahllose werdende Industrien, die schutzbedürftig sind. Die demokratische Partei muß diese Kinder warten. Während heute Carnegie und andere Trustmagnaten des Nordens bereit sind, den Schutz Zoll aufzugeben, weil ihre Kinder in Pittsburg und Chicago groß geworden sind und sie wohl in Stande sind, ihre Interessen auch in England und Deutschland wahrzunehmen, beginnen die südlichen Fabrikanten, Schutz Zoll, zunächst natürlich auf Baumwollwaren, zu fordern. Ganz natürlich — der Süden ist gerade 50 Jahre hinter dem übrigen Lande zurück. So konnte bei dem Versuch, den Tarif zur Wahlfrage zu machen, nichts herauskommen als nichtsagende Wendungen. Verkaufte man die Namen in den Wahlprogrammen beider Parteien, niemand würde es merken. Nichts ist geblieben von dem antikapitalistischen Schlagruf des Bryan von 1896. Der Bryan von heute ist selbst Kapitalist.

Noch bemerkenswerter für ein „fortschrittliches“ Programm: Wir finden kein Wort von direkter Volksgesetzgebung. Initiative, Referendum und Imperativmandat wurden als „Einzelstaatsfragen“ beiseite geschoben. Sogar das Recht der Nichtabberufung ist vergessen, für das die Demokraten wie Helben stritten, als es galt, bei Aufnahme der Staaten Arizona und Neumexiko Last ins Unrecht zu setzen.

Berger zeigte dann, wie alle drei bürgerlichen Kandidaten die Unterfütterung von „Parteiöffen“, den Chiffes der Wahlkorruption, haben: wohl am meisten aber Wilson. „Seine Wahl wird nicht nur die Macht der Bosse und ihrer „Machinen“ erhalten, sondern eine neue Ära der „Prosperität“, wie wir sie unter Cleveland hatten, für die Großkapitalisten herbeiführen.“

Gewerkschaftliches.

Zentrale Regelung der Arbeitszeit in der Holzindustrie.

Unternehmer- und Arbeiterorganisation im Holzgewerbe hatten schon im Jahre 1907 den Plan erworfen, die wichtigste Frage des gegenseitigen Tarifvertragsverhältnisses, nämlich die Arbeitszeit, auf zentraler Grundlage zu regeln, d. h. diese Frage den örtlichen Tarifkämpfen zu entziehen und vom Standpunkt der Allgemeininteressen aus zu behandeln. Bei dem bisherigen Zustande kommt es vor, daß innerhalb desselben Wirtschaftsgebietes ganz verschiedene Arbeitszeiten für dieselben Branchen festgesetzt oder mindestens doch des öfteren von der einen oder anderen Partei angefordert werden, je nachdem die Situation dazu angetan war. Dieser Zustand hat mancherlei Mißstände gezeitigt. Besonders die Unternehmer waren es, die aus Konkurrenzrücksichten eine Vervielfachung dieser Zerplitterung wünschten und einheitlich geregelte Verhältnisse forderten. Auch die Arbeiter haben letzten Endes kein Interesse daran, an dem bisherigen ungleichen und regellosen Zustande festzuhalten, obwohl für sie in erster Linie der Gesichtspunkt der weiteren Verkürzung der Arbeitszeit maßgebend sein muß. Das ist auch der Standpunkt des Holzarbeiterverbandes, der an der generellen Regelung der Arbeitszeit den hauptsächlichsten Anteil nehmen muß.

Bei den erstmaligen Beratungen dieser Frage im Jahre 1907 einigten sich die beiden Zentren zunächst auf folgende Grundsätze:

Von den Fragen, welche durch allgemeine Vereinbarungen in erster Linie lösbar sind, bietet die Regelung der Arbeitszeit im deutschen Holzgewerbe im Verhältnis zur Lohnfrage und anderen die geringeren Schwierigkeiten. Nachdem in den meisten größten Industrieorten bereits der Neunstundentag eingeführt ist, in den Großstädten eine noch kürzere als die 54stündige wöchentliche Arbeitszeit, und in den namhaftesten mittleren Orten fast allgemein eine Maximalarbeitszeit von 59 und weniger Stunden pro Woche schon besteht, kann als nächstes Ziel der geplanten Städteinteilung aufgestellt werden, die Höchstdauer der Arbeitszeit im deutschen Holzgewerbe baldigst auf 9 1/2 Stunden pro Tag zu beschränken und eine Klassifizierung in dem Sinne in Aussicht zu nehmen, daß die normale vertragliche Arbeitszeit im deutschen Holzgewerbe in absehbarer Zeit auf neun Stunden pro Tag festgesetzt wird, wie dieselbe zum Beispiel im Buchdruckgewerbe bereits seit Jahren vertraglich vereinbart ist.

Dah in den Großstädten mit ihrer großen räumlichen Ausdehnung und den weiten Entfernungen von den Arbeiterwohnstätten auch in Zukunft eine kürzere, als die normale Arbeitszeit besteht, muß nach wie vor als berechtigt anerkannt werden.

So lange eine völlige Gleichmäßigkeit in der Dauer der Arbeitszeit allgemein nicht möglich ist, muß bei der Klassifizierung der Städte von der Rücksichtnahme auf folgende Bedingungen ausgegangen werden: a) die Größe der Stadt; b) die Nähe einer Großstadt; c) die Bedeutung der Industrie am Orte; d) die Betriebsart; e) Rücksichten auf Nachbarstädte und verwandte Betriebe; f) die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter.

Die von den Arbeitern in einzelnen Städten vermöglicher Organisation erlangten günstigeren Positionen werden neben der allgemeinen Vereinbarung uneingeschränkt anerkannt. Ebenso dürfen selbstverständlich etwaige in einzelnen Betrieben bereits eingeführte bessere Bedingungen nicht zugunsten einer Egalisierung wieder verschlechtert werden.

Trotzdem also schon vor Jahren diese Uebereinstimmung erzielt war, ist doch inzwischen aus der Realisierung des ganzen Planes nichts geworden, weil die Unternehmer der einzelnen Orte entgegen dieser von ihrem Zentralverband anerkannten Grundsätze sich gegen jede Verkürzung der Arbeitszeit wehrten. In jedem Jahre wiederholten sich die Kämpfe um die Arbeitszeit, Stunde um Stunde Verkürzung mußten sich die Arbeiter erkämpfen.

Aus diesen Kämpfen heraus erwuchs der Unternehmerorganisation immer wieder die zwingende Notwendigkeit, schließlich doch der generellen Regelung der Arbeitszeit nicht länger mehr auszuweichen. Es kam zu einer Vereinbarung, nach der im Laufe dieses Sommer abermals an die praktische Lösung der Frage herangetreten werden sollte. Demzufolge fand in der Zeit vom 14. bis 18. August d. J. eine Konferenz der Zentralvorstände unter Hinzuziehung der zentralen Schiedskommission statt. Die Aussprache über diese Materie, deren Lösung auch jetzt wieder auf gewaltige Schwierigkeiten stößt, beschränkte sich wiederum auf die Erledigung der zunächst zu überwindenden Vorfällen. Ueber die Grundzüge und die Art der weiteren Verhandlungen wurde zwischen den Parteien ein Einverständnis erzielt, jedoch konnten positive Beschlüsse noch nicht gefaßt werden. Die Zentralvorstände wurden beauftragt, das von den einzelnen Organisationen vorgelegte statistische Material einer eingehenden Durchsicht zu unterziehen und es zu vergleichen.

Die Weiterberatung wurde bis nach Erledigung dieser Vorarbeiten vertagt.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Tapezierer (Aber)! Die Firma Knauer, Jaschmunder Straße 12, ist wegen Tarifbruch gesperrt. Die Bauten befinden sich: Schönberg, Hochkirchstr. 8 und Hochkirchstr. 14; Charlottenburg, Dandelmannstr. 4 und Berlin, Neue Hochstr. 8. Desgleichen die Firma Götze, Bau Neulöh, Richardstraße Ecke Richardplatz. Die Schlichtungskommission.

Deutsches Reich.

Streik der Klempner und Installateure in Bochum.

Am 20. August stellten die Klempner und Installateure die Arbeit ein. Die Zwangsinnung hatte den Gehilfen in diesem Frühjahr den Tarif gekündigt. Die Innungsmeister lehnten es ab, jetzt wieder in ein neues Vertragsverhältnis mit den Arbeitern einzutreten, sie wollen erst am 1. April 1913 wieder über einen Tarif verhandeln. Darin offenbart sich die Absicht, die Tarifbewegung der Klempner in die Zeit der Bauarbeiterbewegung hineinzudrängen. Die Klempner und Installateure waren aber mit diesem Vorschlag der Zwangsinnung nicht einverstanden, zumal die Unternehmer in der kurzen tariflosen Zeit schon Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse vorgenommen haben. Zugang von Klempnern und Installateuren nach Bochum ist fernzuhalten.

Zur Lohnbewegung der Metallarbeiter des Kölner Industriegebietes. Die eine Verkürzung der Arbeitszeit fordernde Bewegung wird voraussichtlich zur friedlichen Austragung kommen, da von den 73 in Betracht kommenden Firmen etwa 50, darunter viele Großbetriebe, sich zu Verhandlungen bereit erklärten. Nächste Woche dürften die Verhandlungen stattfinden.

Streik in der Maschinenfabrik Hiesch in Herford i. W. Die Former, Dreher und Schloßer dieser Firma haben am 19. August die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter fordern höhere Löhne, da der Verdienst ein sehr niedriger war. Die Firma hat die Forderungen der Arbeiter nicht berücksichtigt. Zugang von Metallarbeitern ist fernzuhalten.

Lohnbewegungen in der Brauindustrie.

Mehrere größere Lohnbewegungen der Brauereiarbeiter sind mit Erfolg beendet. Mit dem Verein der Brauereien von Chemnitz und Umgegend wurde ein neuer Tarif auf vier Jahre abgeschlossen. Die wichtigsten Erfolge sind: Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden, in den Kleinbetrieben im Sommerhalbjahre auf 9 1/2 Stunden, Regelung der Arbeitszeit des Fahrpersonals, Lohnzulagen von 1 M. bis 2,50 M. pro Woche; teilweise sind noch weitere Lohnsteigerungen vorgezogen.

Weiter wurde die Lohnbewegung in Halle und Umgegend beendet. Durch den abgeschlossenen Tarifvertrag wurde eine Arbeitszeitverkürzung um eine halbe Stunde pro Tag erreicht, Lohnsteigerungen von 1-3 M. pro Woche, bessere Bezahlung der Lieberstunden und der Sonntagsarbeit, volle Bezahlung für Bierausfahrten an Sonntagen, Verbesserung des Urlaubs usw.

In Freiberg i. S. war die Organisation der Brauereiarbeiter nach einem erfolglosen verlaufenen Kampfe mehrere Jahre zur Untätigkeit beruht. In diesem Frühjahr war die Organisation wieder so weit vorgeschritten, daß ein Vorstoß gewagt werden konnte. Die eingeleitete Lohnbewegung endete mit einem Tarifabschluss mit den beiden Brauereien. Erreicht wurden Lohnsteigerungen von 1,75 bis 4 M. pro Woche, Arbeitszeitverkürzung von einer Viertel-, einer halben und einer ganzen Stunde pro Tag, Urlaub bis zu sechs Arbeitstagen ohne Lohnabzug, Entschädigung des nicht getrunkenen Freibieres und noch mehrere Verbesserungen.

Einem erfolgreichen Streik hatten nach dreitägiger Dauer die Mühlenarbeiter bei der Großfirma Bremme in Lina gefolgt. Der auf drei Jahre abgeschlossene Vertrag bringt u. a. Lohnsteigerungen von 1,20 bis 3 M. pro Woche. Sämtliche Streikenden wurden sofort wieder eingestellt.

Ein großes Gewerkschaftsfest mit Umzug fand am Sonntag in Königsberg i. Pr. statt. An dem öffentlichen Umzuge durch die Stadt nahmen nach einer genauen Zählung gut 7000 Personen teil. Es waren alle Verbände vertreten. Ein uniformiertes Arbeiter-Trommler- und Pfeiferkorps (1) sowie fünf Musikkapellen spielten im Zuge. Außer den Gewerkschaften marschierten im Zuge die Arbeiter-Gesangsvereine, die Freie Turnerschaft, die Radfahrer und die Arbeiterjugend. Eine Reihe Fahnen, sowie viele mit Kränzen und Blumen geschmückte Transparente wurden mitgeführt.

Das war gewiß eine stattliche Demonstration. Aber warum denn mit uniformierten Trommlern und Pfeifern? Auf solchen militärischen Klängen sollte man doch bei Arbeiterfesten nicht zurückgreifen.

Ausland.

Der gewerkschaftliche Landeszentrale Englands (B. F. o. L. II.) gehörten am 1. Juli 190 Gewerkschaften mit 884 291 Mitgliedern gegen 135 Gewerkschaften und 711 994 Mitglieder vor einem Jahre an. Der Reservefonds, der Ende 1904 fast 8 1/2 Millionen Mark betrug (er dient als Streik-Rückversicherungsfonds), war Anfang 1911 auf 1 1/2 Millionen und Anfang 1912 auf 700 000 Mark gesunken, trotzdem für 1911 der doppelte Beitrag erhoben wurde. Im letzten Jahre waren 21 Proz. aller Mitglieder an Streiks und Ausperrungen beteiligt. Diese Zahl stieg Anfang 1912 noch weiter, so daß in diesem Frühjahr die Kasse leer war und die Zentrale Zwangszuweisungen war, Darlehen aufzunehmen. Der Transportarbeiterstreik zwang sie schließlich, die Hilfe der Internationale anzusuchen. Bei dieser Gelegenheit erhielt sie von den europäischen Gewerkschaften über 100 000 M. — Der letzte Gewerkschaftskongress ernannte ein Komitee, das die Zusammenfassung der Kräfte im Baugewerbe vorbereiten sollte. Nach dem Bericht des Komitees haben zwanzig der größeren Gewerkschaften mit über 200 000 Mitgliedern dem Vorschlage auf Verschmelzung zu einem „Vereinigten Verbande der Bauarbeiter“ zugestimmt. — Im Juni waren 135 929 Personen an Streiks und Ausperrungen beteiligt gegen 99 156 im Vormonat.

Der Streik der Straßenbahner in Lausanne war — wie uns von dort geschrieben wird — nur von kurzer Dauer. Am Sonnabendvormittag brach er aus und schon am Nachmittag wurde die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem sich die Direktion bereit erklärt hatte, die Forderungen der Angestellten zu berücksichtigen. Die Mahnung der Vertrauensmänner, welche den unmittelbaren Anlaß zur Arbeitsniederlegung bildete, blieb für drei Tage aufrechterhalten. Die Straßenbahner in Lausanne standen bisher unter dem Einfluß der Syndikalistik, die in der romanischen Schweiz auch ihr Wesen treiben. Jetzt, nach dem Streik, haben sich die Straßenbahner ihrem Zentralverband angeschlossen.

Dokarbeiterstreik.

London, 20. August. (B. L.) Zweitausend Arbeiter sind gestern abend in den Dock in den Ausstand getreten, da die verlangte Lohnsteigerung nicht bewilligt wurde.

Die Streiks in Spanien.

Madrid, 20. August. (B. L.) Der Streik in Saragossa ist dadurch beendet worden, daß die Arbeitgeber den Vertrag unterzeichnet haben, wonach sie den Neunstundentag zugestanden. In Malaga dagegen dauert der Streik noch immer fort. Trotzdem haben die Arbeiter beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen, bis alle Korporationen in einen Generalstreik eintreten.

Die Ausperrung der Diamantschleifer beendet.

Amsterdam, 20. August. (B. L. W.) Zwischen dem Verband der Diamantschleifer und der Firma Ascher ist ein Abkommen getroffen worden, auf Grund dessen die Ausperrung am Donnerstag früh aufgehoben werden wird.

Soziales.

Die Ärztesozialität.

Die Kämpfe, welche die Ärzte gegen die Krankenkassen führen, haben in der letzten Zeit eine Abnahme erfahren. Das vom Verband der Ärzte Deutschlands herausgegebene Verzeichnis „Cavete collegae“, das die Namen der Orte enthält, gegen die der „Zugang“ vermieiden werden soll, führt nur noch 96 Orte auf. Vor einigen Jahren waren es 300 bis 400. Es finden sich zwar noch eine Reihe großer Städte verzeichnet, wie Aachen, Bremen, Breslau, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Halle a. S., Köln a. Rh., Wiesbaden, in der übrigen Mehrzahl aber sind kleine Orte und Dörfer angegeben. Bei diesen handelt es sich meist darum, dem oder den eingeschickten Ärzten unangenehme Konkurrenz fernzuhalten. Es scheint sich auch nicht mehr vorwiegend um Ortskrankenkassen zu handeln, gegen die sich der Kampf richtet. Zum großen Teil sind, soweit zu ersehen, Gemeindekrankenkassen und Betriebskrankenkassen angegeben. Ist doch der ganze Verband zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen mit dem Sitz in Essen a. d. Rh. gegründet.

Man darf aus den angeführten ziffermäßigen Angaben aber noch nicht auf verminderte Kampfeslust der Ärzte schließen. Der gegenwärtige Zustand dürfte die Ruhe vor dem Sturm sein, der losbrechen soll, wenn der Teil der Reichsversicherungsordnung, welcher die Krankenversicherung betrifft, in Kraft tritt. In ganzen deutschen Reich ist man jetzt eifrig dabei, entsprechende Direktiven des Geschäftsausschusses des deutschen Ärztevereinsbundes die Gründung reichsweiter ärztlicher Vereine zu betreiben. Dieser Zusammenschluß aller an der Krankenkassenpraxis beteiligten Ärzte ohne Rücksicht auf die gerade jetzt geltenden tarifmäßigen Systeme soll zwar, wie verneuert wird, keine Feindseligkeit gegenüber den Krankenkassen bedeuten, vielmehr den Frieden zwischen den Ärzten und den Kassen fördern, aber nur unter der Voraussetzung, daß den Ärzten eine würdige Stellung gewährt bleibt wird.

Es sei daran erinnert, daß die Ärzte mit dem Generalstreik gedroht haben, um die allgemeine freie Arztwahl einzuführen, die ihnen das Gesetz nicht brachte.

Doppelte Moral.

In den letzten Wochen waren in der Reichshauptstadt einige besonders auffällende Zusammenbrüche von Spielereinstellungen zu verzeichnen. Das hat vielfach die Vermutung aufkommen lassen, daß im „Sündenpuls Berlin“ das Spiel mehr Opfer fordere und größeren Schaden anrichte als anderwärts. Es mag sein, daß die Spielsucht in Berlin neuerdings in einer Weise wuchert, daß man wohl von einer Spielsucht sprechen kann. Man glaube aber nicht etwa, daß es anderwärts in deutschen Landen besser sei. Es wird allenthalben fleißig gejagt und im Kontrastentstehen manches Kleinstadthotels sind die Umsätze am Spieltisch nicht geringer als in den vornehmen Klubs des Westens. Wenn infolge des Spiels Leute ins Unglück geraten, so ist das ihre eigene Schuld und auch ihr persönliches Schicksal. Die Öffentlichkeit wird darüber bald beruhigt sein, denn schließlich sind es ja immer Brüder mit gleichen Kappen und Leute aus bestimmten Gesellschaftskreisen, die sich gegenseitig das Geld abnehmen. Von allgemeiner Bedeutung wird der Unfug aber dann, wenn durch die Zusammenbrüche von Spielern weitere, am Spiel völlig unbeteiligte Kreise in Mitleidenschaft gezogen werden. Es zeigt sich hierbei vielfach, daß die Herren Kavaliere wohl ihre Spielschulden fast reißlos beglichen haben, denn das sind Ehrenschulden. Andere Gläubiger aber, Lieferanten, Handwerker, ja sogar Angestellte, gehen mit ihren Forderungen leer aus. Zur Illustration sei auf einen Fall verwiesen, der sich kürzlich in Ostelben ereignete. Ein junger Majoratsbesitzer, ehemaliger Kavallerieoffizier, hat nach und nach Hunderttausende im Spiel verloren. Die sogenannten Ehrenschulden sind eingelöst worden. Als aber die Lieferanten von Saatgetreide, Düngemittel- und Futtermitteln, die Handwerker und viele andere kleine und mittlere Geschäftleute zu ihrem Gelde kommen wollten, ergab sich, daß nichts mehr vorhanden war. Das Majorat, das überdies schon unter Zwangsverwaltung steht, bietet kein Anknüpfungspunkt für die Gläubiger. Der Schuldner bezieht — um standesgemäß leben zu können — eine Rente aus dem Majorat, von der natürlich auch nichts übrig bleiben wird. Einem Verwandten des Spielers, einem pensionierten sehr hohen Offizier, der sich verbürgt hatte, wurde ein Teil der Pension gepfändet. Der größte Teil der Gläubiger hat vorläufig aber keine Aussicht, sein Geld zu erhalten. Die Folge hiervon ist der finanzielle Zusammenbruch mehrerer Geschäftleute in der nahen Stadt, die teilweise mit sehr hohen Beträgen hereingefallen waren. Solche Vorgänge sind durchaus keine vereinzelt Erscheinungen. Immer wieder zeigt sich, daß die Spielschulden gewissermaßen als bevorrechtigte Forderungen behandelt und bezahlt worden sind, während die Geschäftleute leer ausgehen. Wohin soll das führen! Wer die Verhältnisse auf dem platten Lande kennt, weiß, daß die Großgrundbesitzer bei ihren Lieferanten oft recht hohe und langfristige Kredite in Anspruch nehmen. Die Geschäftleute hingegen müssen Kredit gewähren, wenn sie überhaupt Geschäfte machen wollen. Solange die Bewirtschaftung der Güter rationell betrieben wird, ist es ja heutzutage der Landwirtschaft auch leicht möglich, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Sie ist also normalerweise immer kreditwürdig. Wenn jedoch im einzelnen Falle besonders noble und verschwenderische Passionen des Schuldners, von denen die Gläubiger natürlich nicht immer Kenntnis haben können, eine Verschlechterung der Vermögensverhältnisse binnen kurzer Zeit herbeiführen, so muß ganz von selbst der Glaube an die vielgepriesene Solvenz der Landwirtschaft erschüttert werden. Der oben erwähnte Fall ist auch infolge von Interesse, als er ein Licht auf die Spielsucht in bestimmten Berufskreisen wirft. Es ist kein Wunder, wenn die Lebenshaltung der Kavallerieoffiziere ganz ungeheuerliche Summen kostet. Wenn Spiel und Wette mit zur Verminderung des Rufschusses beitragen, dann ist es nicht weiter auffallend, daß die Herren Väter über die teuren Zeiten klagen und daß auch der Großgrundbesitzer bis über die Ohren in den Schulden steht. Dauerlich bleibt es aber, daß es den Spielern noch immer gelingt, den Verlust schließlich auf völlig Unbeteiligte abzumalen. Die soliden Geschäftleute und die Angestellten der Feudalherren müssen so die verderblichen Wirkungen einer doppelten Moral auskosten, die streng scheidet zwischen der Kavalierehre und den Grundsätzen von Treu und Glauben im Geschäftsverkehr.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Letzte Nachrichten.

Ein schwerer Straßenbahnunfall.

verursachte gestern abend in der Reichenberger Straße große Aufregung. Vor dem Hause Nr. 77 war die achtjährige Elise Kulowitz von einem Straßenbahnwagen überfahren worden. Da sie nicht befreit werden konnte, alarmierten Passanten die Feuerweh r. Diese holte das Mädchen hervor und brachte es nach der Unfallstation am Gärtnicher Bahnhof, wo man dem Kinde, das unter anderem einen Oberschenkelbruch erlitten hatte, Verbände anlegte.

Abmarsch der Arnauten aus Uesküb.

Uesküb, 20. August. (B. L. W.) Die Spezialzüge mit Arnauten sind bereits abgegangen. Unter den zahlreichen Führern, die mit ihren Leuten abgereist sind, befinden sich auch Riza Bey, Djemal Bey und Bairam Bey. Die Regierung hatte die Züge unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Die Stadt Uesküb hat sich vollkommen beruhigt, die Geschäfte sind wieder geöffnet. Die Stadt nimmt wieder ihr gewöhnliches Bild an.

Unwetter in Mecklenburg-Strelitz.

Reustrelitz, 20. August. (B. L. W.) Ein schweres Gewitter entlud sich in der letzten Nacht über Mecklenburg-Strelitz. Der Mißwandel an verschiedenen Stellen. Unter anderem wurden auf dem Gute Brohm des Rittergutsbesitzers v. Dörpen bei Friedland mehrere Scheunen mit sämtlichen Entenbarracken und landwirtschaftlichen Wagen ein Raub der Flammen. Ebenso wurde in Ribnitz eine Scheune eingeebnet, wobei zahlreiches Vieh und große Mengen von Getreide und landwirtschaftlichen Maschinen verbrannten.

Bier Arbeiter verschüttet.

Brann, 20. August. (B. L.) Beim Abbruch eines Hauses in der Ferdinandstraße stürzte heute ein Gewölbe ein. Vier Arbeiter wurden verschüttet.

Durchstichereien bei der Krakauer Eisenbahn.

Krakau, 20. August. (B. L. W.) Auf der Station Krakau wurden große Verwüstungen aufgedeckt, die von einer Anzahl Eisenbahnfunktionären im Verein mit mehreren Kaufleuten ausgeführt wurden. Die Verwüstungen kamen dadurch ans Tageslicht, daß fortgesetzt Reklamationen über Gewichtsmängel einliefen. Mehrere Bahnbeamte und Kaufleute wurden bereits verhaftet.

Militärluftballon aufs Meer getrieben.

Sébastopol, 20. August. (B. L. W.) Ein Militärluftballon mit drei Offizieren wurde vom Wind auf das Meer abgetrieben. Als der Ballon, dem ein Torpedoboot zur Hilfe nachgeschickt worden war, niederging, fiel einer der Luftschiffer, Leutnant Kuslow, ins Meer und ertrank. Ein Matrose, der ihn retten wollte, ertrank ebenfalls. Die übrigen Balloninsassen wurden durch das Torpedoboot gerettet.

19. Deutscher Ortskrankenkassentag.

Köln, den 20. August.

(Telegraphischer Bericht.)

In der heutigen zweiten Sitzung

sprach Hermann Eichstädt, Weimar, Vorsitzender des Ausschusses der Thüringischen Landesversicherungsanstalt, über die Erhebung der Beiträge für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung durch die Krankenkassen.

Der Referent wandte sich gegen die heute bestehende Zweipflichtigkeit des Einzugsverfahrens. Die Arbeitgeber haben heute mit der Einziehung der Beiträge viele Schwierigkeiten und große Unannehmlichkeiten. Der Redner legt dem Krankentag eine Resolution vor, in der ausgesprochen wird, daß der Krankentag unter Berücksichtigung aller bisher gemachten Erfahrungen das Einzugsverfahren für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung durch die Ortskrankenkassen für das Beste hält. (Weisfall.)

In der Debatte bezweifelt Ferloß-Kemisch, daß die Landesversicherungsanstalten die Einziehung der Beiträge durch die Kassen zulassen werden. — Edermann-Dremerhaben meint, daß der Referent zu sehr vom Standpunkt der Arbeitgeber gesprochen und die Interessen der Arbeitnehmer zu wenig berücksichtigt hätte. Man müsse bedenken, daß die Einziehung durch die Krankenkassen etwa 10 Millionen Mark Kosten verursachen würde, und diese 10 Millionen wären dem eigentlichen Zweck der Invalidenversicherung dann verloren. Ferner müsse hervorgehoben werden, daß der Versicherte bei einem Wechsel seiner Arbeitsstelle heute sein Kassenbuch und seine Invalidentarte vom Arbeitgeber ohne weiteres ausgehändigt bekommt, während er in Zukunft bei Einziehung seiner Beiträge durch die Kasse erst zur Kasse gehen und sich seine Papiere abholen müsse. Dadurch ginge Zeit verloren und die besten Arbeitsstellen könnten infolgedessen von anderen weggenommen sein. (Widerspruch.) — Frähdorf-Dresden: Es kann kein Zweifel bestehen, daß das Einzugsverfahren durch die Krankenkassen sowohl für die Arbeitgeber wie für die Arbeitnehmer von großem Vorteil wäre. Wenn ich auch Arbeitnehmervertreter bin, so trete ich da, wo die Interessen der Arbeitnehmer dadurch nicht verletzt werden, auch für die Interessen der Arbeitgeber ein. Es kann nicht bezweifelt werden, daß die Arbeitgeber mit dem heutigen Einzugsverfahren ungenügende Schwierigkeiten und eine große Arbeitslast haben. Diese kann ihnen von den Krankenkassen abgenommen werden; dann haben die Arbeitnehmer auch ein Interesse daran, daß die Beiträge richtig eingezogen werden. Heute kümmern sich 75 Proz. der Arbeiter nicht darum, daß auch richtig für sie Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherungsmarken vom Arbeitgeber geliefert werden. Die Krankenkassen aber werden, wenn sie diese Arbeit übernehmen, dafür sorgen, daß alles richtig und vorchriftsmäßig belorgt wird. Heute kann es vorkommen, daß einem armen Invalidentrentner die Rente nicht gewährt werden kann, nur weil irgend einmal vom Arbeitgeber nicht richtig geliefert worden ist.

Kaufmann Lübbe-Wilmersdorf: Im Prinzip bin ich dafür, daß die Einziehung der Beiträge der Arbeitgebern abgenommen wird. Die Arbeitgeber haben ein großes Interesse an der sozialen Versicherung und es ist bedauerlich, daß sie heute an den Einrichtungen und der Verwaltung der Sozialversicherung persönlich ein so geringes Interesse nehmen. (Sehr richtig.) Ein großer Teil der Arbeitgeber sieht in den Krankenkassen weniger eine soziale als eine sozialdemokratische Einrichtung. (Sehr richtig.) Ich bin seit Jahren Arbeitgebervertreter in einer großen Kasse und ich habe noch niemals das Empfinden gehabt, mich in einer sozialdemokratischen Institution zu befinden. (Lebhafte allseitige Zustimmung.) Ich kann das ausprechen, da ich selbst nicht Sozialdemokrat bin. Als Arbeitgeber erkläre ich hier vor diesem Kongress offen und ehrlich, daß mir die Teilnahme an der sozialen Arbeit in der Krankenkasse, je länger ich drin gewesen bin, ein desto größeres Vergnügen gemacht hat. (Lebhafte Weisfall.) In der Ausdehnung der sozialen Versicherung, die die Reichsversicherungsordnung mit sich gebracht hat, wird den Arbeitgebern ein neues und weites Tätigkeitsfeld eröffnet, und es liegt in ihrem eigenen Interesse, sich auf ihm wirksam zu betätigen. (Lebhafte Weisfall.) Die Arbeitgeber sollten niemals vergessen, daß wir durch die Sozialversicherung und einen gefunden Arbeiterstand geschaffen haben, der mindestens ebenso viel wert ist, als wenn man fortgesetzt die Abgabegüter des Handels betont. Selbst als die Gefahr hin beschuldigt zu werden, zum Fenster hinauszusprechen, richte ich an alle deutschen Arbeitgeber die dringende Bitte, ihren Einfluß innerhalb der Krankenkassen auszubieten

und sich speziell der Kassenverwaltung mehr zuzuwenden. Bei den Berufsvereinigungen sind wir alle da, weil es uns etwas mehr kostet wenn ein Arbeiter einen Unfall erleidet. Aber bei den Krankenkassen handelt es sich ja nur um die Erkrankung von Arbeitern. Leider ist die Erkenntnis der Arbeitgeber in den Angelegenheiten der sozialen Versicherung erschreckend gering, und die Arbeitnehmer beschämen uns Arbeitgeber fortgesetzt dadurch, daß sie von der Krankenversicherung mehr verstehen als wir. (Hört! hört!) Ein Antrag im Sinne der Ausführungen des Referenten wird gegen wenige Stimmen angenommen. — Der nächste Verhandlungsgegenstand ist Das Dienstverhältnis und die Dienstanordnung der Kassenangestellten.

Referent Gräf, Vorsitzender der Ortskrankenkasse Frankfurt am Main, führt aus, daß die Regelung der Beamtenfrage in der Reichsversicherungsordnung ein Ausnahmegesetz gegen die Ortskrankenkassen darstellt. (Zustimmung.) Wenn man im Reichstag die Reden der Regierungsvertreter gehört hat, möchte man annehmen, daß die Ortskrankenkassen wahre Dorabos für die Beamten sind: Glänzend bezahlt und noch glänzender behandelt. Die Kassenbeamten aber sind wesentlich anderer Meinung. Von fetten Pfändern ist bei den Krankenkassen keine Rede. Kompliziert wird die ganze Geschichte noch durch das Hineintragen politischer Momente. Wir haben jedoch erstklassigsten einen Arbeitgeber gehört, der uns gesagt hat, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen. Das weiß natürlich die Regierung auch. Aber wenn man Ausnahmegeetze schaffen will, ändert man „Sozialpolitik“ um in „sozialdemokratische Politik“ und die Bauern draußen glauben es. (Heiterkeit.) Wer jahrelang in den Ortskrankenkassen gearbeitet hat, muß zugeben, daß wir nie unfähige Kassenbeamten an die Stelle von fähigen gestellt haben. Hohe Gehälter werden bei den Ortskrankenkassen überhaupt nicht gezahlt. Im Gegenteil, ich habe andere Stellen gefunden, wo Beamte sehr hohe Gehälter beziehen, aber sehr wenig leisten. (Zustimmung.) Aber wenn man für politische Ausnahmegeetze das Attentat eines Bahnführers begünstigen kann, so wird man um Gründe nicht verlegen, wenn man Ausnahmegeetze gegen die Angestellten der Ortskrankenkassen schaffen will. Es soll nicht bestritten werden, daß die Arbeitsverhältnisse der Angestellten besser geworden sind. Die Hungerlöhne von früher werden heute nicht mehr bezahlt. Es hat tatsächlich eine Zeit gegeben, wo die Arbeiter gesagt haben, daß die Beamten in der Kasse es nicht besser haben sollen als sie selbst, und es gibt heute noch Kassen, bei denen die Arbeitnehmer vielmehr den Arbeitgeber herausbeissen als die Arbeitgebervertreter in den Vorständen. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist uns gelungen, in einem Tarifvertrag zwischen den Vorständen und den Angestellten, eine große Reihe von Fragen allgemein für ganz Deutschland zu regeln. Wenn der Kassenvorstand allein entscheidet, besteht die Gefahr, daß ein Schmarotzertum unter den Beamten groß wird. (Sehr richtig.) Wir haben uns vor allem der Unterbeamten angenommen, weil gerade für diese etwas geschehen muß, die vielfach den ganzen Tag schufteten, während andere den ganzen Tag nichts tun als Zeitung lesen und Bleistift spizen. (Heiterkeit und Unruhe.)

Vorsitzender Witt: Der Vorredner hat eine Reihe von Verbindungen gedrückt, die ich beanstanden hätte, wenn ich sie als positive Behauptungen aufgefah hätte. Im übrigen habe ich auf das Temperament des Vorredners Rücksicht genommen. Ich glaube, daß diese Konstatierung genügen wird. (Einige Arbeitgebervertreter rufen: Nein, nein!) Nun, übertrieben streng soll man auch nicht sein. (Unruhe und Zustimmung.) — Frähdorf-Dresden: Gräf ist gewiß ein eleganter Tänzer, aber er tanzt manchmal aus der Reihe. (Heiterkeit.) Wir werden ihn in Zukunft etwas strenger behandeln und ihn immer ein paar Tanzmeister an die Seite stellen. (Heiterkeit und Weisfall.) Es ist nun der Zustand beiseite, der bisher bestand, daß einzelne Beamte die Vorstände der Ortskrankenkassen mit Forderungen zur Verzweiflung bringen konnten. Wir schaffen keine Sinecuren für träge Leute und wir wollen andererseits keine Hungerlöhne bezahlen. In der neuen Prebitangestelltenversicherung und bei den Berufsvereinigungen werden die Beamten viel besser bezahlt als bei uns. Wir haben aber nicht den Ehrgeiz, über alle Maßen zu bezahlen, und andererseits wollen wir die Beamten vor ungerechtfertigter Behandlung schützen.

Justizrat Mayer-Frankenthal: Mit der Erklärung des Vorsitzenden Witt bin ich nicht zufrieden, einzelne Ausführungen Gräfs empfand ich als direkt ungebührig. Ich rüge beim Vorsitzenden, daß er den Redner nicht sofort zur Ordnung gerufen hat. — Vorsitzender Witt: Eine derartige Rüge steht Ihnen nicht zu. Ich kann mich nicht nach einem einzelnen Kongressmitgliede richten. (Sehr richtig.) Ich richte mich nach der Gesamtmeinung des Kongresses.

Herr Vahr ist im Irrtum. Die Berliner Arbeiter haben allerdings „Fidelio“, die „Faubergs“, den „Don Juan“, den „Freischütz“ gehört; die freie Volksbühne hat diese Opern für sie aufgeführt! Und die Opernveranstaltungen der freien Volksbühne sollen von Jahr zu Jahr auf immer breiterer Basis stehen; die Anteilnahme der Arbeiter wird immer größer und intensiver. Freilich, Wagner'sche Musikdramen hat die freie Volksbühne den Arbeitern noch nicht bringen können; aber einfach aus dem Grunde, weil diese Werke nicht frei, sondern Monopol der Igl. Oper sind. Das wird nach 1913 anders werden. Herr Vahr wird sich dann davon überzeugen können, daß sein Gegenargument in den Tatsachen keine Stütze findet.

Wie sollte wohl eine Gefahr für den „Parfissal“ vorliegen, wenn alle Welt ihn hören kann, und nicht nur Begüterte oder Stipendiaten? Man mag über dieses letzte Werk Wagners denken, wie man will; man mag es mit Nietzsche als den eigentlichen „Fall“ des Künstlers Wagner, oder man mag ihn mit Hermann Vahr als „die größte Tat neben dem Faust“ (als ob es keinen Vahr, keinen Beethoven gegeben hätte!) ansehen: es ist weder religiös noch künstlerisch, zu glauben, daß ein Werk der Religion oder der Kunst durch irgendein äußeres Ereignis (wie es eine schlechte Aufführung ist) profaniert werden könnte. Profan kann nur die Seele des Hörers sein; aber ebensogut in Vahr'scher wie in irgendeinem Berliner Vorort.

Die Hohe Messe des Joh. Seb. Bach, das Deutsche Requiem des Johannes Brahms und der Hundertste Psalm des Max Reger bedürfen keines besonderen Schutzes. Wenn der „Parfissal“ von deren Art ist, wird er ihn auch entbehren können.

Im Prinzip behält Vahr doch recht. Er befürchtet nämlich aus guten Gründen, daß der „Parfissal“ gleich den anderen Musikdramen Wagners wohl deshalb der Arbeiterklasse verschlossen bleiben könnte, weil sich die Theaterdirektoren schwerlich zu einer erheblichen Verbilligung der Eintrittspreise verstehen würden. Wagner wird nach wie vor als „Kassenmagnet“ die Defizite decken müssen, wie das auch schon bisher war. Dennoch aber muß es heißen: kein Ausnahmegesetz! Das ganze Wagner'sche Kunstschaffen, mit Einschluß des „Parfissal“, gehöre fortan dem Volke!

Ein Riesenerlebnis. Der schön gelegene Ort Hellbrunn, fünf Kilometer südlich von Salzburg, hat seit kurzem eine Sehenswürdigkeit besonderer Art aufzuweisen: ein riesiges Landesrelief aus Zement; es stellt das Land Salzburg (820 Quadratmeter) mit den angrenzenden Teilen von Oberösterreich, Steiermark, Kärnten, Tirol und Bayern dar und umfaßt zusammen nahezu 3000 Quadratmeter. Der weisse Teil vom Brenner ist noch unvollendet. Das Ganze breitet sich auf einem Wiesengrund aus, den sein Verfertiger, Bildhauer Josef Pörsbacher, angekauft hat. Auf zwei Seiten kann man von Terrassen mit Aussichtswarten einen erhöhten Ueberblick gewinnen. Ein Meter im Relief entspricht 3000 Meter in der Natur; in der Höhe sind 40 Zentimeter gleich 1000 Meter. Die Bergpartien bestehen aus dem betreffenden Gestein; Landesgrenzen und Eisenbahnen sind genau ersichtlich, die Ortschaften aus Porzellan, die Schutthütten aus gläsernen Knöpfen, Pörsbacher hat an diesem

(Weisfall und Unruhe.) Ich frage den Kongress, ob er über diesen Zwischenfall eine weitere Diskussion zulassen will oder nicht. — Justizrat Mayer-Frankenthal: Ich habe das Recht, mich an den Kongress zu wenden. (Zustimmung.) Ich habe nicht nur meiner Auffassung Ausdruck gegeben, sondern der einer großen Zahl von Personen, mit denen ich gesprochen habe, insbesondere aus den Kreisen der Vorstandschaft. (Unruhe.) — Joller-Köln: Auch ich muß sehr bedauern, wie sich Gräf ausdrückt hat. Von dem ersten Teil seiner Ausführungen war der hier anwesende Vertreter des Reichsversicherungsamts recht wenig entzückt. Auch die Ausdrücke über das Einzugsverfahren und Bleistiftspizen waren unglücklich gewählt. — Vorsitzender Witt: Nun frage ich doch, ob eine weitere Diskussion hierüber stattfinden soll. Der Kongress beschließt gegen ganz vereinzelte Stimmen, daß über Gräfs Ausdrucksweise nicht weiter diskutiert werden soll. (Gräf: Das sind nun die entliefteten Herren, Herr Justizrat! Heiterkeit!) — Vorsitzender Witt: Es besteht wirklich kein Grund, sich besonders aufzuregen. (Allseitige Zustimmung.)

In der Diskussion wendet sich Schölem-Berlin gegen den Abschluß eines Tarifvertrages und zwar auf Grund schlechter Erfahrungen, die der Hauptverband mit dem letzten Tarifvertrag gemacht habe. Es sei durchaus nicht notwendig, über die Bestimmungen des Gesetzes hinauszugehen. Vielmehr wäre es notwendig, Paragraffen zum Schutze der Kassenvorstände zu schaffen. Daß wechselnde Vorstände die Beamten aus politischen Gründen entlassen könnten, sind nur Schreckgespenster an die Wand gemalt, um dem vorgeschlagenen Anstellungsvertrag zur Annahme zu verhelfen. — Justizrat Mayer-Frankenthal: Wir haben die Erfahrung gemacht, daß Arbeitnehmer in den Krankenkassen sich vielfach in schärferer Weise auf den Arbeitgeberstandpunkt gestellt haben als die Arbeitgebervertreter selbst. (Hört! hört! und Zustimmung.) Dieses Problem ist sehr ernst und schwierig und deshalb habe ich mich gegen Gräf gewandt. Es muß von dem höheren Standpunkt behandelt werden. Es muß an der Wurzel angefaßt werden und insbesondere von den Herren, die auch sonst im öffentlichen Leben die Interessen der Arbeitnehmer vertreten. (Sehr richtig.) Weil das Problem so schwierig, ist es angezeigt, es durch einen Tarifvertrag zu lösen. Weil wir aber eine sozialpolitische Körperschaft sind, müssen wir diesem Tarifvertrag einen möglichst weitgehenden sozialen Inhalt geben. (Weisfall.) Es ist nicht wahr, was Gräf gesagt hat, daß das Angestelltenrecht in der Reichsversicherungsordnung nur Fallstricke für die Ortskrankenkassen enthalte. Das Gesetz enthält eine große Reihe von Schutzbestimmungen, insbesondere die, daß die Beamten nach 20-jähriger Dienstzeit unabsehbar sind. Das Angestelltenrecht in der Reichsversicherungsordnung ist zweifellos vor allem ein Fortschritt gegenüber der Angestellten. Nachdem der Redner noch eine Reihe juristischer Einwände gegen das zwischen dem Vorstand des Hauptverbandes und den Angestellten abgeschlossene Abkommen gemacht hat, werden die weiteren Verhandlungen auf Mittwoch vertagt.

Aus der Partei.

Die Partei in Elb-Lothringen.

Der Jahresbericht des Landesverbandes in Elb-Lothringen an den am 31. August und 1. September in Straßburg tagenden Landesparteitag ist soeben erschienen. Der Bericht feiert die Erfolge bei den Landtagswahlen im Oktober 1911, wo die Partei elf Mandate der Zweiten Kammer auf insgesamt 80 errang, und bei den Reichstagswahlen im Januar 1912, wo sie zu den beiden bisherigen Mandaten Rülhausen und Straßburg in der Stadtwahl die drei Mandate von Colmar, Straßburg-Land und Metz hinzugewann. Bei den Landtagswahlen vom 22. Oktober 1911 erzielte die Partei 71476 Stimmen oder 23,8 Proz., bei den Reichstagswahlen vom 12. Januar 1912 erhielt sie 110676 Stimmen oder 31,7 Proz. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeinderatsmitglieder im Lande stieg in dem Berichtsjahre von 78 auf 98. (Elb-Lothringen hat Einminderheiten in den Gemeinden, und kein Gemeinderat zählt mehr als 86 Mitglieder. Zur Wahlberechtigung ist für Arbeiter die dreijährige Anwesenheit in der Gemeinde erforderlich, für Hausbesitzer und dergl. nur einjährige Anwesenheit.) In den drei Bezirken, für welche dasselbe ungünstige Wahlrecht gilt wie für die Gemeinderäte, sigen 7 Genossen.

An Flugblättern kamen während der Land- und Reichstagswahlen etwas über 2 1/2 Millionen Exemplare im Lande zur Verbreitung; nach den Wahlen noch 30 000 Exemplare, ferner 15 000 Stück Broschüren. — Der Bericht klagt über die mangelnde Regsamkeit der Genossen auf dem Gebiete der Frauen- und Jugendbewegung,

jedenfalls sehr lehrreichen Werk, bei Aufwendung eines ansehnlichen Kapitals (über 40 000 M.), sieben Jahre gearbeitet.

Kostbarkeiten des Pariser Zoo. Dazu bemerkt Aimé de Piermont: Der teuerste „Pensionär“ ist ein gewaltiges Nilpferd, das man für die hübsche Summe von 42 000 Fr. erworben hat. Ungefähr ebenso viel kostet ein afrikanisches Nashorn. Die jungen Elefanten des Gartens gelten pro Stück 6—8000 Fr., die Tiger 3000, die Löwen je 4000 Fr. Die größte Walfischlänge, die der Garten besitzt, kam auf 1000 Fr. zu stehen, ein paar kleinere, aber doch stattliche Exemplare auf 4—600 Fr.; ein Skodolil wird mit circa 100 Fr. bewertet. Im übrigen sind die Preise je nach dem Alter und dem mehr oder weniger seltenen Vorkommen der Tiere sowie nach dem Alter und der Schönheit außerordentlich verschieden. Der Zoo erhält selbstredend aus den zahlreichen französischen Kolonien reiche Geschenke an dort einheimischen Tieren und Pflanzen. Denn der „Jardin des Plantes“ verdient seinen Namen doch insofern, als er auch eine stattliche exotische Flora in seinen Mauern beherbergt; ein Teil davon wird in einigen geräumigen Treibhäusern verwahrt. Wer den Garten besucht, möge nicht versäumen, dem seitwärts in unmittelbarer Nähe gelegenen Paläontologischen Museum eine Besuche abzustatten. Dieses enthält in seinen gut beleuchteten Räumen eine prächtige Sammlung vorhistorischer Tierstelette, darunter als Unika das majestätische über vier Meter hohe „Megatherium Cuvieri“ und das Riesentier des „Elefanten von Durfort“. Diese Prachtstücke, die brillant erhalten sind, stammen aus der Sammlung Gazola, wurden von dem General Bonaparte im Jahre 1797 angekauft und dem Staate zum Geschenk gemacht.

Notizen.

— Das Deutsche Opernhaus in Charlottenburg wird voraussichtlich am 4. November eröffnet werden. Die Spielzeit soll rund acht Monate umfassen. Das Abonnement erstreckt sich auf sämtliche Werkstage, mit Ausnahme der Sonntage und drei Feiertage. Es ist pro Platz im 3. Rang um 50 Pf., im 2. Rang um 1 M., auf den anderen Plätzen um 1,20 M. billiger als die Kassenpreise.

— „Ewigkeitswerke deutscher Kirchenmusik“. Diesen neuen Vortragszyklus mit Erläuterungen durch Wegand und am Klavier lüdt Dr. L. Hirschberg an der Humboldt-Akademie an. Es sollen dabei die Meisterwerke geistlicher Musik von Bach bis Brahms zur Darstellung gelangen, darunter auch „Das Liebesmahl der Apostel“ von Richard Wagner. Der Vortrag findet Mittwoch 11—1 im Architektenhaus, Wilhelmstr. 92/93, statt. Beginn: 9. Oktober.

— Jakob Meyerbeer — Verehrer — pflegte ihn Heinrich Heine spöttisch zu nennen — der Schöpfer von Opern großen Stils („Gugotenik“, „Prophet“ usw.), hat in Spa ein Denkmal erhalten.

Kleines feuilleton.

Drei Möbelmesser. In den Ausstellungshallen am Zoo, in der Philharmonie und im Clou: die Tischler, die Tapezierer und die Möbelindustriellen. Wir sind das nun schon so oder so ähnlich seit einigen Jahren gewohnt. Sind es auch zufrieden. Denn: wir spüren Fortschritte. Ohne Zweifel, sie sind alle vorangekommen; sie haben sich durch die Künstler, die Ausstellungen und die Zeitchriften beraten lassen. So lernten sie, die Unvernünftigkeiten von vorgestern meiden: die wüsten Stilmischungen, die Holzschmähungen, den Ornamentenschwulst. Wir sind sozusagen: über den Berg. Das Wüßte ist tot, das Ausschelbte ist es, der Säulentrumeau ist es, das Pancellosa ist es. Alle diese Monstren starben. Requiem, Hurra! Das Möbel wurde wieder brauchbar; man bekehrte sich zum Kiepert vor dem Holz, den Textilien und den anderen Rohstoffen. Man wagt es nicht mehr, sie zu vergehewaltigen; man gewährt ihnen die gebührende Herrschaft. Man ehrt auch wieder die Technik, die solide, überlegende, die formdeutende. Was aber am augenfälligsten ist: man fragt nicht mehr die Vorlagenwerke — was ist Mode; sondern endlich wieder den Konsumenten — was brauchst du. Es ist ein schlimmes Urteil über die Vergangenheit, daß wir uns freuen, schon darum: weil nun die Stühle wieder sichtbar sind, die Schränke einen Raum umfassen, und die Betten Behaglichkeit verhießen. Nun gut, wir loben die Gegenwart und sind vergnügt für uns selber, daß das allgemeine Niveau der Produktion von Möbeln, Vorhängen und dem, was sonst zur Wohnungseinrichtung gehört, konsequent und dauernd steigt. Wobei noch besonders vermerkt sein will, daß solche Aufwärtsentwicklung auch den schlichten und einfachsten Stücken zugute kommt. Allenthalben treffen wir Fabrikanten und Händler, die sich (zum Beispiel) um ein gutes und billiges Arbeitermöbel mühen. Wird es für led geachtet werden, wenn ich sage: in einem großen Teil solcher Versuche zeigt sich der fördernde Antrieb der Kommission für vorbildliche Arbeitermöbel im Berliner Gewerkschaftshaus.

Die Musterwohnung der Kommission mit den Typen von Behrens und Wandschwanen ist übrigens jetzt wieder dreimal wöchentlich geöffnet: am Mittwoch, Freitag und Sonnabend, je von 8—9. R. Br.

Wagners „Parfissal“ — nicht für die Arbeiter? Hierzu schreibt uns Genosse Joseph Wloch: Hermann Vahr sucht zur Verbilligung des von ihm gewünschten „Parfissal“-Schulges (wie der „Vorwärts“ im „Kleinen Feuilleton“ am 20. August berichtet) unter anderem auch den Einwand zu entkräften, daß durch die Vernetzung der Monopolstellung Wagners die Arbeiter dauernd ausgeschlossen bleiben würden: Er meint, die Arbeiter hörten ja auch sonst nichts Gutes:

„Das Volk hat noch nicht einmal Gelegenheit gehabt, den „Fidelio“, den „Freischütz“ und „Cyranothe“, „Clou und Mozart zu hören, und so scheint es mir unmaßstäblich, daß man sich gerade mit dem „Parfissal“ so beissen wird.“

Ueber die Steigerung der Abonnentenzahl der beiden Parteiblätter, denen die Wahlbewegung sehr zu statten kam, werden Zahlenangaben nicht gemacht.

Von den 80 216,62 M. Jahreseinnahmen sind nur 8858,58 M. Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen in den Wahlkreisen, davon 1043,10 M. aus dem einzigen Kreise Mülhausen. Die Zuschüsse der Gesamtpartei zu den Land- und Reichstagswahlen betragen 68 372,19 Mark. Die Landtagswahlen haben 27 145,88 M. gekostet, die Reichstagswahlen 40 890,85 M.

Die Mitgliederzahl der Parteiorganisation steht immer noch in keinem Verhältnis zu den äußeren Erfolgen, aber sie weist immerhin eine erfreuliche Steigerung auf: 6478 gegen 4899 im Vorjahre. In den letzten drei Jahren hat sich die Zahl der Organisierten mehr als verdoppelt. Die Zahl der organisierten Frauen beträgt 319.

Aus den Organisationen.

Die Generalversammlung des Wahlkreises Höchst-Altingen-Homburg tagte am Sonntag in Rödelheim. Außer dem Vorstande und dem Reichstagsabgeordneten Wälchle waren 55 Orte durch 90 Delegierte vertreten.

Nach dem vom Parteisekretär Walter gegebenen Jahresbericht hatte die Partei im letzten Jahre sehr gute Fortschritte gemacht. Die Organisation zählte am Jahresabschluss in 67 Orten 4704 Mitglieder, gegen das Vorjahr 910 Mitglieder mehr. Die „Volksstimme“ hatte 6212 Abonnenten; sozialdemokratische Gemeindevertreter und Stadtverordnete waren in 89 Orten 108 vorhanden, sowie ein Magistratsmitglied. Die Jahresabrechnung schließt in Einnahme und Ausgabe mit 38 757,25 M. ab, der Kassenbestand beträgt 8787 M. Zur Reichstagswahl gingen an freiwilligen Beiträgen 9358,71 M. ein. Die Reichstagswahl kostete 12 946,54 M. An den Parteivorstand wurden abgeführt 2963,18 M., an den Bezirksvorstand 1900,04 M. Der Bildungsausschuss schließt in Einnahme und Ausgabe mit 3756,30 M. ab. Woll- und Wählervereinigungen fanden im Berichtsjahre 239 statt. Veröffentlicht wurden 15 Flugblätter in einer Auflage von 414 000 Exemplaren sowie 15 000 Kalender (Landboten). Bei der Reichstagswahl wurden für unsere Genossen Wälchle 21 279 Stimmen abgegeben, gegen 1907 eine Zunahme von 4901 Stimmen.

Ueber den Parteitag in Chemnitz sprach Sieling. Beschlossen wurde, den Organisationsentwurf abzulehnen und für eine Vermehrung der Bezirks- zum Parteivorstand einzutreten. Der monatliche Beitrag wurde auf 40 Pf. erhöht. Dann wurde noch beschlossen, den Wahlkreis in Bezirke einzuteilen und Bezirksvertrauensmänner zu ernennen. Die Wahl eines Delegierten erfolgte durch Urabstimmung.

In drei schleswig-holsteinischen Wahlkreisen, die eine fast ausschließlich ländliche Struktur haben, hielten am letzten Sonntag die Wahlkreisorganisationen ihre Generalversammlungen ab, nämlich im dritten (Schleswig-Ederstedt), im fünften (Tscholde-Steinburg) und im neunten (Wismar-Oldenburg). Im dritten Wahlkreis hat sich die Zahl der Mitglieder von 971 auf 1349 erhöht. Im Kreis gibt es elf sozialdemokratische Gemeindevertreter. Ein erfreuliches Zeichen in der Zeit des aufwachen Imperialismus ist es, daß in dem Wahlbezirk Bries, in dem hauptsächlich die Arbeiter der marineschiffbauischen Torpedowerkstatt Friedrichsort wohnen, am 12. Januar 99 Proz. der Wähler an der Wahlurne erschienen — ein in Deutschland wohl einzig dastehender Fall — und die sozialdemokratische Stimmenzahl sich von 315 auf 546 erhöhte. Ein weiterer erfreulicher Erfolg ist es, daß sich in dem Dänischer Meeres- genannter Wählerbezirk zwischen Ederstedt und Nord-Östsee-Kanal eine blühende Zählstelle des Landarbeiterverbandes von 140 Mitgliedern entwickelt hat. Hier fand auch zum ersten Male am Abend des 1. Mai eine Manifestation auf dem Lande statt, an der sich 300 Personen beteiligten. — Die Generalversammlung beschäftigte sich auch mit der Aenderung des Organisationsstatuts der Gesamtpartei, faßte aber keinen Beschluß.

Im fünften Wahlkreis stieg die Zahl der Mitglieder von 2079 auf 2608. In den Stadtgemeinden und Landgemeinden des Kreises sind drei sozialdemokratische Stadtverordnete und 24 Gemeindevertreter tätig. Bemerkenswert ist, daß auf der zum Kreis gehörenden Insel Helgoland eine Parteiorganisation mit 98 Mitgliedern besteht. Der Parteisekretär Lemmow ist als Parteisekretär für Stettin gewählt worden, an seine Stelle wurde Genosse F. Ullrich-Hamburg als Parteisekretär für den fünften Kreis gewählt. — Der fünfte Kreis gehört zu den Kreisen, in denen nach dem Stichwahlabkommen mit der fortschrittlichen Volkspartei der sozialdemokratische Wahlkampf gedämpft werden sollte. Die Kreisleitung tat darüber hinaus noch ein übriges und proklamierte Stimmeneinhaltung, welche Parole von den sozialdemokratischen Wählern auch strikte befolgt wurde. Die Delegierten der Generalversammlung erklärten sich mit dieser Haltung des Kreisvorstandes einverstanden. Genosse Paul Müller in Rarshorst bei Berlin hat gleich nach der Wahl die Reichstagskandidatur niedergelegt. Die Generalversammlung wählte den Genossen Winemann-Oremon zum Kandidaten. Zur Aenderung des Organisationsstatuts der Gesamtpartei faßte die Generalversammlung keine Beschlüsse, ein Antrag, den Beitrag für männliche Mitglieder auf 10 Pf. wöchentlich und für weibliche auf 5 Pf. wöchentlich festzusetzen, wurde abgelehnt.

Der 9. Wahlkreis ist schon einmal sozialdemokratisch vertreten gewesen, im Jahre 1875 durch den Lassalleaner Reimer. Der Kreis besteht fast ausschließlich aus Gutsbezirken. Nach Reimers Wahl hat ein ungeheurer Terrorismus der Großagrarier eingesetzt, der noch heute andauert und die sozialdemokratische Agitation im Kreise sehr erschwert. Die Mitgliederzahl stieg auch nur von 500 auf 594. Die Generalversammlung sprach sich für die Erhöhung des Mindestbeitrages für männliche Mitglieder nach den Vorschlägen der Reorganisationskommission, aber gegen die Erhöhung der Beiträge der weiblichen Mitglieder aus. Weiter beschloß die Generalversammlung, zur Heranbildung von Kräften zur Landagitation mehr als bisher durch Instruktionen- bzw. Wandervorträge zu tun.

Ein neues Glied der Internationale.

Chile, das sich über 4200 Kilometer lang an der Westküste Südamerikas hinzieht, hat neben überwiegendem Großlandwirtschaftsbetriebe einen bedeutenden Bergbau auf Salpeter und Kupfer, Schmelzwerke und beträchtlichen Hafenerkehr. Der wirtschaftliche Klassenkampf ist sehr heftig. Im vorigen Jahre gab es zehn große Streiks, von denen neun erfolgreich ausgingen, einer mißglückte. Der größte Kampf war ein Generalkrieg in Punta Arenas, einem Hafenplatz im äußersten Süden, der acht Tage dauerte und zum vollen Siege führte. Jetzt hat die Arbeiterchaft, die bisher mit der bürgerlichen Demokratie ging, begonnen, sich als sozialistische Partei zu konstituieren. In Iquique, der bedeutenden nördlichen Hafenstadt, hat die demokratische Gruppe unter Führung des früheren Abgeordneten Lecobart, eines Schriftsetzers, ein sozialistisches Programm beschlossen und sich konstituiert. In der ganzen Provinz Tarapaca haben sich die Arbeiter angegeschlossen.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Ausgehobener Freispruch.

Genosse Wagner, Redakteur der „Vergarbeiterzeitung“, hatte wegen eines Artikels, der einigen schamlosen Steigern der Mansfelder Gewerkschaft unehrliche Handlungen nachsagte, eine Anklage erhalten, aber am 5. August vor dem Schöffengericht seine Freisprechung erzielt. Gegen das Urteil wurde von den Klägern Berufung eingelegt. Inzwischen sind einzelne Zeugen unter den Wirkungen des Mansfelder Terrorsystems in ihren Aussagen schwankend geworden, und so wurde Genosse Wagner in der Berufungsverhandlung von der Obersten Strafkammer wegen Beleidigung eines Steigers zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt.

Aus Industrie und Handel.

Die Landwirtschaft als „nationale“ Erwerbsquelle.

Nach der Theorie unserer Agrarier bildet die Landwirtschaft den Jungbrom „völkischer“ Eigentum, die beste Stütze nationaler Selbständigkeit. Wie schwach es mit diesen Phrasen in Wirklichkeit bestellt ist, geht aus einer Zusammenstellung der amtlichen „Statist. Korrespondenz“ hervor. Danach wurden bei der Berufszählung im Jahre 1907 in der Gruppe Landwirtschaft, Gärtnerei und Tierzucht in Preußen 196 963 Ausländer festgestellt. Die Bauindustrie mit der nächsthöchsten Zahl von Ausländern beschäftigt erst 59 819 Fremde. Dann folgt Bergbau, Hütten- und Salinenwesen mit 65 520, die Industrie der Steine und Erden mit 29 211, die Textilindustrie mit 15 338, die Metallverarbeitung mit 12 194, das Bekleidungs- und Lederhandwerk mit 9458 ausländischen Arbeitern. Sie alle zusammen zählen erst 191 500 Ausländer gegen die 196 963 in der Landwirtschaft, wozu noch etwa 1000 aus der Forstwirtschaft und Fischerei hinzukommen. Würde z. B. in Kriegzeiten die Einwanderung von Ausländern verboten und die in Preußen-Deutschland befindlichen Fremden auch nur zum Teil von einem ausländischen Staate zurückgerufen, so wäre Deutschland unfähig, seine landwirtschaftlichen Arbeiten ausführen zu lassen. Mit der Selbständigkeit der deutschen Landwirtschaft zur Nahrungsmittelversorgung in Kriegzeiten wird aber gerade immer die Notwendigkeit des agrarischen Zollschutzes begründet. Die Zahlen der ausländischen Arbeiter in der Landwirtschaft lehren, daß die Millionen, die Jahr für Jahr in Friedenszeiten den Agrariern geschenkt werden, auch in dieser Hinsicht ein unnützes Opfer sind. Auch der Einwand, die Nahrungsmittel lägen in Vorräten fest, kann nicht stichhalten. Infolge unseres famosen Einfuhrschutzes verläßt ein großer Teil unserer Ernten sehr bald das Inland und erst im Laufe des ganzen Jahres werden die notwendigen Mengen wieder eingeführt. Bei Weizen und Gerste übertrifft ja außerdem schon heute die Einfuhr die Ausfuhr ganz erheblich, um den notwendigen Bedarf decken zu können.

Genossenschaftsmolkereien in Dänemark.

In Dänemark sind in den letzten dreißig Jahren auf wirtschaftlichem Gebiete große Umwälzungen vor sich gegangen. Auch auf dem Gebiete der Milchgewinnung und -verwertung sind neue Wege beschritten worden. Wo früher jeder einzelne für sich Butter produzierte, ist längst die Genossenschaftsmolkerei an seine Stelle getreten. Der Handbetrieb wurde durch den genossenschaftlichen Maschinenbetrieb verdrängt. Der wirtschaftliche Gewinn erfuhr dadurch eine Steigerung. Reinlichkeit und Qualität des Produkts sind durch genossenschaftliche Kontrolle viel eher gesichert als früher. In sorgfältig gereinigten Häusern gelangt die Milch an die Molkerei. Fremdländische Häuser beherbergen moderne maschinelle Einrichtungen. Zentrifuge, Pasteurierungsapparate, Knet- und Buttermaschinen ermöglichen eine rationellere Betriebsweise, als es die Handarbeit in früheren Zeiten gewähren konnte. Gewissenhafte Reinigung der Geräte und die Verpflichtung der Angestellten, auf peinlichste Sauberkeit zu achten, geben in hygienischer Hinsicht die notwendige Garantie für die Güte des hergestellten Produkts und verschaffen dänischer Butter das Ansehen, das sie mit Recht genießt. Forcht man nach den Ursachen, durch welche die genossenschaftliche Milchproduktion ins Leben gerufen wurde, fragt man, wie man in Dänemark zur Errichtung der Genossenschaftsmolkereien kam, so ist darauf zu antworten, daß die unzulänglichen und ungleichmäßigen Resultate der Kleinproduktion der kleinen Landwirte zur Anwendung des Genossenschaftsprinzips brachten. Schon im Jahre 1882 gründeten westfälische Bauern die erste Genossenschaftsmolkerei in Hjedding in Dänemark. Zunächst sollte Butter hergestellt werden. Die entnommene Milch und die Buttermilch gingen an die Genossenschaftsmitglieder zurück, wodurch diese ein sehr wertvolles Futter für die Schweine gewannen. Der Ausbreitung der Genossenschaftsidee auf dem Gebiete der Molkereiwirtschaft stellten sich zunächst große Schwierigkeiten entgegen. Heute kann man sagen, daß immer mehr Bauern sich der Genossenschaft anschließen. So werden die Milchlieferanten zu Molkereibesitzern. Der erzielte Gewinn verbleibt den Genossenschaftsmitgliedern. In den dänischen Genossenschaftsmolkereien überwiegt das Kleinbäuerliche Element. 40 Proz. aller dänischen Küstler beherbergen ein bis drei Stück und 60 Proz. unter neun Stück Vieh. Im ganzen beträgt die Zahl der Milchkuhe in Dänemark ungefähr 1 282 800, wovon die Milch von 900 000 Kühen in die Genossenschaftsmolkereien geliefert wird. Von dem Gesamtwert des Landes fallen 88 Proz. auf Wirtschaften, die Genossenschaftsmolkereien angegliedert sind. Zählt man die Sammelmolkereien mit, so werden 92 Proz. aller in Dänemark vorhandenen Kühe in Wirtschaften gehalten, die an Genossenschafts- oder Sammelmolkereien beteiligt sind. Das in Genossenschaftsmolkereien festgelegte Kapital, berechnet nach dem Stande der Feuerversicherung, betrug im Jahre 1910 rund 29 849 Kronen per Molkerei.

90 Proz. aller in dänischen Genossenschaftsmolkereien erzeugten Produkte gehen nach England, wo besonders die englische Groß-einkaufsgesellschaft einen guten Abnehmer darstellt. Und mit den dänischen Genossenschaftsmolkereiprodukten den Weltmarkt zu erobern, bedurfte es selbstverständlich großer Fortschritte in der Qualität und auch in der Quantität. Hier haben die Molkereigenossenschaften durch Anregung, Belehrung und technische Verbesserungen im Produktionsbetriebe außerordentliches geleistet. Durch die seit dem Jahre 1895 aufstehenden Kontrollvereine, die durch angestellte Beamte monatlich zweimal die angeschlossenen Gutswirtschaften kontrollieren und die entnommenen Milchproben besonders auf ihren Fettgehalt prüfen lassen, erfuhr die Qualität dänischer Molkereiprodukte eine bemerkenswerte Steigerung. Anregungen zu Verbesserungen in der Fütterungsmethode und zur Ausschaltung ungeeigneter Tiere führten eine unmittelbare Erhöhung der Leistungsfähigkeit der betreffenden Betriebe herbei. Während 1029 Molkereigenossenschaften mit 150 000 Mitgliedern im Jahre 1900 einen Umsatz von 113 Millionen erzielten, belief sich der Umsatz von 1163 Molkereigenossenschaften mit 165 000 Mitgliedern im Jahre 1910 auf 175 Millionen Kronen.

Soziales.

Das konstitutionelle Fabrikwesen in den britischen Produktivgenossenschaften.

In England besteht eine besondere Vereinigung (Labour Co-partnership Association), die sich die Verfolgung folgenden Programms zur Aufgabe gemacht hat: „Eine wirtschaftliche Organisation herbeizuführen, die auf den Grundgedanken der Gleichberechtigung aller Beteiligten beruht, d. h. durch welche alle beteiligten Menschen Anteil am Gewinn, am Kapital, an der Leitung und Verantwortlichkeit haben sollen.“ Die Verwirklichung dieser bei uns gewöhnlich als konstitutionelles Fabrikwesen bezeichneten Forderung erstrebt die „Arbeiter-Teilhaberschaft-Vereinigung“ in genossenschaftlichen Produktionsbetrieben und in Privatbetrieben. Eine Arbeit von Dr. Huber (Kapital- und Verwaltungsverteilung der Arbeiter in den britischen Produktivgenossenschaften, Stuttgart 1912, Kohlhammer) vertritt die Ausdehnung dieses in dem scharf-moderatischen Deutschland praktisch so gut wie unbekanntem Systems festzustellen. Leider bezieht sich seine Untersuchung noch auf das Jahr 1909 und behandelt ausführlich nur 50 Betriebe mit 82 Fabrikanten (14 849 Arbeiter).

Im Jahre 1909 bestanden in Großbritannien 163 Betriebe von Produktivgenossenschaften. Die Zahl der Mitglieder betrug 48 061, die der Arbeiter 89 709. Das Kapital (einschließlich Obligationen und Reserven) belief sich auf 129 Millionen Frank. Einem Gewinn von 11,958 Millionen stand nur ein Verlust von 0,148 Millionen Frank gegenüber. Die Kapitalanteile verzinsten sich mit 5,18 Proz. Am Gewinn waren die Arbeiter mit 4,89 Proz. der

Löhne, die Kunden (Konsumgenossenschaften) mit 4,74 Proz. der Bezüge beteiligt. Dem Bildungsfonds wurden 71 700 Frank überweisen, für wohltätige Zwecke 406 900 Frank. Die Arbeitszeit beträgt im Durchschnitt wöchentlich 51 1/4 Stunden; an Ferien wurden 8 1/4 Tage im Jahr gewährt. In diesen Zahlen sind die Produktivgenossenschaften, die nur Gewinnbeteiligung gewähren, mit einbegriffen. Anteil auch an der Verwaltung besaßen die Arbeiter in England und Schottland: bei je 16 Textil- und Schuhwarenfabriken, bei 9 Betrieben der Metallgewerbe, 7 Holzverarbeitungs-fabriken, 7 Genossenschaften des Baugewerbes, 12 Buchdruckereien und Buchbindereien und in 9 sonstigen Betrieben. Dings kommen für Schottland die 33 Produktivabteilungen der „Großeinkaufsgenossenschaft in Glasgow“. In den Betrieben der englischen Groß-einkaufsgenossenschaft in Manchester erhielten die Arbeiter dagegen nur Ruderbeteiligungen als Mitglieder des Konsumvereins.

Von der Mehrzahl der Betriebe wird berichtet, daß dort die Löhne höher, die Arbeitszeiten kürzer, die Maschinen- und Materialbehaltnisse sorgfältiger, der Arbeiterwechsel geringer, das Verhältnis mit der (selbsterwählten) Leitung günstiger wäre als in Privatunternehmungen. Interessant ist, daß mehrere Co-partnership-Betriebe aus Privatfabriken hervorgegangen, und zwar taten das einzelne Besten, um sich das Risiko abzumalgen. Die Mehrzahl dieser Co-partnership-Genossenschaften finden ihren Absatz bei Konsumvereinen, soweit sie nicht sogar unmittelbar an solche an-gliedert sind.

Der feinen Arbeitern den Lohn nicht gibt . . .

Eine Anzahl von Angestellten klagten gestern vor dem Gewerbegericht gegen den Bauunternehmer Max Lamprecht aus Vorkingwalde auf Zahlung des rückständigen Lohnes. Der Beklagte hatte im Frühjahr dieses Jahres das Restaurant Apollo-Bierpalast, Friedrichstraße 211, übernommen. Das Geschäft ging aber nicht und erforderte bedeutende Zuschüsse. Um sich vor seinen Gläubigern zu retten, schloß der Beklagte mit seinem gänzlich mittellosen Vater Gustav Lamprecht am 10. Juni einen Kaufvertrag ab, wonach das Geschäft mit sämtlichen Aktiven und Passiven in die Hände des letzteren überging. Unter Lamprecht sen. ging das Restaurant aber immer noch mehr zurück und schloß infolgedessen am 20. Juli seine Pforten. Als das Personal am 21. Juli morgens den Betrieb betrat, war das Rest leer. Mit ihren Lohnforderungen waren die Angestellten die ganze Zeit hingehalten worden. Es war ihnen auch nicht gelündigt worden, sondern während der ganzen Zeit wurden sie von ihrer Arbeit freigestellt zu gehen, abgehalten. — Vor Gericht bestritt der Beklagte seine Passivlegitimation und berief sich auf den Kaufvertrag. Er lehnte es auch ab, die rückständigen Löhne zu zahlen. Nur für eine Angeklagte, die schon während seiner Inhaberezeit im Geschäft tätig, aber von dem Besitzwechsel nicht unterrichtet worden war, erklärte er sich auf Vorhaltung des Vorsitzenden zur Zahlung bereit. Der als Zeuge vernommene Vater des Beklagten gab die Erklärung ab, daß er Vater des Lokals gewesen sei und sich als Schuldner bekenne. — Die klagenden Parteien erhielten daraufhin ein Anerkennungsurteil zugesprochen, können damit aber nicht viel anfangen, denn bei Lamprecht sen. ist nach seiner eigenen Aussage nichts zu holen. Es ist deshalb zu hoffen, daß Herr Max Lamprecht nachträglich doch noch wenigstens seine moralische Verpflichtung zur Lohnzahlung anerkennt. Ein Lieferant kann es schließlich verschmerzen, wenn er mal kein Geld bekommt; ein Arbeiter aber, der nur auf seinen großen Verdienst angewiesen ist, kann durch einen so hohen Lohnausfall leicht ins Elend geraten.

Gerichts-Zeitung.

Die Anklagen gegen Streikführer entstehen,

geigte wieder einmal eine Verhandlung, die vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte stattfand, wo sich drei Arbeiter wegen der verübtesten Vergehen zu verantworten hatten. Beleidigung, Bedrohung, Nötigung und wer weiß was sonst noch alles wurde den betreffenden Sündern zur Last gelegt.

Anlässlich des Streiks bei der Automobilgesellschaft waren die Angeklagten Vethge, Eisemann und Pantke mit dem bei der obengenannten Gesellschaft beschäftigten Arbeiter Tirocz zusammengetroffen, als dieser auf seinem Fahrrad gerade den Betrieb verlassen wollte. Die Angeklagten sollten nun den Tirocz beleidigen, bedrohen und nötigen haben, vom Rade abzusteigen und mit ins Streikkollekt zu gehen. Vor Gericht erklärte dieser als Zeuge, daß von den geschilderten Vorgängen so gut wie nichts wahr sei. Abgesehen von einer Äußerung Vethges sei nichts vorgefallen, vor allem sei ihm nicht das geringste zugesagt worden, vielmehr hätten die Angeklagten ruhig und friedlich auf ihn eingeschrien. Pantke, als Leiter des Streiks, habe nur gesagt: „Du wirst doch nicht zum Streikbrecher werden!“ Er, Zeuge, sei auch ganz freiwillig vom Rade heruntergestiegen und mit ins Streikkollekt gegangen.

Diese Aussage hatte natürlich allgemeines Ersauern im Gefolge, und der Verteidiger der beiden Angeklagten Eisemann und Pantke, Rechtsanwalt Roth, konnte unter diesen Umständen auf weitere Zeugen verzichten. Aber er stellte nunmehr an den Zeugen die nur allzu sehr berechnete Frage, wie es komme, daß er hier so äußerst günstig für die Angeklagten aussage, während doch der Inhalt der Anklageschrift mit diesen feinen Auslagen so seltsam kontrastierte. Darauf antwortete der Zeuge, ein Meister des Betriebes habe zugehört, daß die Angeklagten auf ihn einredeten und habe ihn dann ausgefragt. Daraufhin habe der Meister ihn, den Zeugen, gleich mit zur Polizei genommen. Dort seien seine Aussagen protokolliert, worauf er das Protokoll unterschrieben habe. Rechtsanwalt Roth nahm die Gelegenheit beim Schopfe, in überzeugender und wirkungsvoller Weise an der Hand dieses typischen Falles zu zeigen, wie in der Regel Streikanklagen zustande kommen, er beantragte angehörs dieser Sachlage nicht nur Freisprechung der Angeklagten, sondern auch Übernahme der Verteidigungskosten auf die Staatskasse. Der Vertreter der Anklage beantragte, Vethge zu 10 M. Geldstrafe zu verurteilen, gegen die beiden anderen Angeklagten Freisprechung.

Das Gericht erkannte dem Antrag gemäß und legte die Kosten der Verteidigung der Staatskasse auf.

Zur Reform der Zrenschkege.

Ein Kampf um die Geschäftsfähigkeit, der über ein Jahr lang die deutschen und österreichischen Gerichte beschäftigt hat, und dessen Entwicklungsgeschichte für die in Aussicht stehende Reform des Zrenschkege wertvolle Anregungen bietet, hat vor kurzem seinen Abschluß gefunden. Der Kaufmann Losenthal, ein österreichischer Staatsangehöriger, war nach Beendigung seiner Militärdienst nach China ausgewandert, gelangte dort durch Armeelieferungen während des Bogeraufstandes und durch einen größeren Gewinn in der Lotterie zu einem ansehnlichen Vermögen. Darauf ließ er sich nach seiner Rückkehr aus China in Berlin nieder, wo er sich mit der Tochter des Kaufmanns Heinrich Koffe verheiratete. Bald nach der Eheschließung begann für ihn ein harter Kampf. Sein Schwiegervater zog es vor, anstatt ihm die in Aussicht gestellte Mitgift auszuzahlen, bei ihm gegen das Versprechen baldiger Rückzahlung ein Darlehen von 20 000 Mark aufzunehmen, welches er jedoch am Fälligkeitstage nicht zurückzahlte. Dies führte zu heftigen Auseinandersetzungen und schweren Zerwürfnissen. Da die fortgesetzten Erregungen auf 2 nicht ohne Einwirkung geblieben waren, ging er auf Anraten seines Schwagers freiwillig in ein Sanatorium um sich zu erholen. Der Leiter des Sanatoriums in Salsaltensee brachte ihn auf Veranlassung der Ehefrau sofort in die geschlossene Abteilung, aus der er erst auf sein wiederholtes dringendes Verlangen nach 6 Wochen entlassen

wurde und zwar gegen den Willen der Ehefrau, die eine längere Einsperrung wünschte. Nunmehr begann für den „Entlassenen“ eine Periode der völligen Rechtslosigkeit. Der Schwiegervater erklärte unter Hinweis auf den Aufenthalt des L. in einer geschlossenen Irrenanstalt, sein Schwiegersohn sei geisteskrank und habe überhaupt kein Recht. Seine Ehefrau verschaffte sich von dem Anstaltsleiter ein Attest, mit dem sie bei dem Amtsgericht Charlottenburg die Einleitung einer vorläufigen Vormundschaft erwirkte, durch die sie in der Lage war, die Guthaben ihres Mannes bei zwei hiesigen Großbanken sperren zu lassen. Der Prozessvollmächtigte des L., Rechtsanwalt Dr. Ehrenfried, erwirkte jedoch die Zurückweisung des Entmündigungsantrages und die Aufhebung der einstweiligen Vormundschaft über seinen Klienten, der es inzwischen vorgezogen hatte, in seine Heimat zu flüchten, um den Verfolgungen seiner Ehefrau zu entgehen. Kaum hatte L. dort festen Wohnsitz genommen, als die von einer wahren „Entmündigungswut“ befallene Ehefrau auch hier die Einleitung des Entmündigungsverfahrens beantragte. Auf Betreiben der Ehefrau hielten die Berliner Banken unter Hinweis auf dieses neue Entmündigungsverfahren ihre Weigerung, die Depots an L. auszugeben, aufrecht. In dem von L. gegen seinen Schwiegervater angestrengten Prozess auf Rückzahlung des Darlehens wurde vom Rechtsanwalt Dr. Werthauer unter Hinweis auf das schwebende Entmündigungsverfahren der Einwand erhoben, daß L. geisteskrank, also nicht geschäftsfähig sei. Der Prozess mußte deshalb bis zur Erledigung dieses Verfahrens ausgesetzt werden. Das Bezirksgericht in Droschitz wies den Antrag der Ehefrau auf Entmündigung ab, ebenso auch das Kreisgericht in Samber und schließlich auch auf den Rekurs der Ehefrau hin das Oberlandesgericht in Lemberg. Erst jetzt wurden die Banken zur Auszahlung der Depots verurteilt, ebenso auch der Schwiegervater des L. zur Rückzahlung des Darlehens.

Der Fall lehrt zunächst, daß die sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich übliche Einleitung des vorwiegend inquisitorischen, geheimen, schriftlichen Entmündigungsverfahrens auf Grund einseitiger Angaben von Interessenten, ohne Anhörung des Antraggegners, die Gefahr einer dauernden oder zeitweiligen Entredung des zu Entmündigenden in sich schließt. Der Fall lehrt ferner, wie der Einwand mangelnder Prozessfähigkeit, den der Gesetzgeber als Schutzmittel der Parteien gegen die Rechte sinnloser Prozesse gedacht hat, als Schutzmittel gegen die Verwirklichung begründeter Rechte mißbraucht wird. Diesen Mißständen kann nur gesteuert werden, wenn das bisherige Verfahren durch ein kontradiktorisches Verfahren beim Landgericht mit mündlicher Verhandlung ersetzt wird. Die Verschleppung und Vereitelung begründeter Rechtsansprüche durch unbegründete Erhebung des Einwandes der mangelnden Prozessfähigkeit würde am besten durch eine Bestimmung verhindert, die dem Gericht die Befugnis beilegt, einen Prozesspfeiler als gesetzlichen Vertreter zur Weiterführung des Prozesses zu bestellen.

Krankenkassenbetrüger.

Gewisse Unternehmer, welche die Krankenkassenbeiträge wohl ihren Angestellten und Arbeitern vom Lohne abzählen, nicht aber an die Krankenkasse selbst abführen, werden in letzter Zeit vor den Strafrichtern zitiert, aber immer noch viel zu milde bestraft. Unter der Anklage des Vergehens gegen das Krankenkassenversicherungsgesetz hatte sich der Bauunternehmer Wilsch, St. 13, zu verantworten. Der wegen des gleichen Vergehens schon einmal mit einer Geldstrafe vorbestrafte Angeklagte hatte den von ihm beschäftigten Personen insgesamt circa 180 Mark Krankenkassenbeiträge abgezogen, dieses Geld aber dann für sich verbraucht. Ein Zivilprozeß, in dem auf Rückzahlung der Beiträge geklagt wurde, war aussichtslos. — Vor Gericht be-

hauptete der Angeklagte, daß er die Abführung des Betrages an die Kasse lediglich vergessen (!) habe. Da diese „Vergesslichkeit“ jedoch bis zum heutigen Tage gedauert und der Angeklagte bis jetzt in keiner Weise seinen Verpflichtungen nachgekommen ist, erkannte das Gericht auch mit Rücksicht auf die Vorstrafe wegen des gleichen Vergehens auf 1 Monat Gefängnis.

Die Disteln des Amtrates.

Aus Halle wird uns geschrieben: Am Sonntag, den 5. Mai, morgens zwischen 4 und 5 Uhr, waren sechs dem Proletariat angehörende Personen, Arbeiter und Arbeiterfrauen auf ein Feldstück des wohlbegüterten Amtrates und Amtsvorstehers Osterland in Salzfurth gegangen, um für ihr Vieh Disteln zu pflücken. Die Aemter hatten tatsächlich nur Disteln gepflückt und glaubten damit dem Amtsvorsteher keinen Schaden zuzufügen, wenn sie sein Feld von dem Unkraut befreiten. Anfang Mai war auf dem Felde auch weiter nichts zu ernten. Die Remesse wollte es aber anders und sandte den sechs Personen Strafmandate von je 15 M. wegen Entwendung von „Feldfrüchten“. Natürlich waren die Strafmandate nicht von dem Amtrat und Amtsvorsteher selbst, sondern von seinem Stellvertreter gesandt worden. Ob der Stellvertreter mit dem Amtsvorsteher über die Höhe der Strafen gesprochen hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Gegen diese Strafverfügungen erhoben die „Beschuldigten“ bei dem Witterfelder Schöffengericht Einspruch, und zwar mit dem fast unglaublichen „Erfolge“, daß die Strafen auf je 20 M. erhöht wurden.

Man bedenke, 120 M. für entwundene Disteln —ardon— Feldfrüchte. Nunmehr verließen sich die Bedauernswerten mit einem Verteidiger und brachten den Fall vor die Berufungsinstanz, Straflammer Halle. Um weitere Kosten zu ersparen, war von den sechs „Angeschlagenen“ nur die Arbeiterfrau Anna Tannert vor Gericht erschienen. Auf den Einwurf, weshalb die Angeklagten denn schon so sehr früh auf das Feld gegangen wären, erklärte der Verteidiger, die Leute hätten an dem Sonntage nach getaner Arbeit zur Kirche gehen wollen. Im übrigen wurde seitens des Verteidigers geltend gemacht, daß die Distel im Sinne des Gesetzes kein Bodenerzeugnis und deshalb keine Feldfrucht sei.

In der Berufungsinstanz erklärte Frau Tannert, der die bittere Not aus den Augen schaute, unter Tränen, wie könne man von ihr bloß verlangen, daß sie für ein paar wertlose Disteln 20 M. bezahlen solle. Bisher wären die Bauern froh gewesen, wenn ihr Feld von Disteln, Brennesseln und dergleichen Unkraut befreit worden wäre. Und dann sei das Feld, auf dem sie das Unkraut ausgejätet hätten, ein Brachfeld gewesen. Der Schäfer habe gesagt, es wüßte nichts darauf, und es wäre nicht einmal geeignet, die Schafe darauf zu hüten. Glaube man nicht etwa, daß arme Leute in aller Herrgottsfrühe aus Wollust auf das Feld gingen, um Disteln und Brennesseln zu rupfen. Wer da weiß, was es hieße Disteln und Brennesseln anzuzufassen, der kann nur folgern, daß die Not dazu treibe. — Der Herr Amtsvorsteher verteidigte sein Distelrecht so gut er konnte, und meinte, der Acker auf dem die Disteln wüchsen, sei kein Brachfeld, sondern eine Wiese gewesen. — Um hierüber „weitere Aufklärung“ zu schaffen, wurde der Distelprozeß auch noch verlagert.

Wie viel Menschen werden sich wegen der Disteln des Amtrates noch die Köpfe zerbrechen. Wahrlich ein schönes Zeichen einer „gründlichen“ Rechtspflege und ein noch besseres Zeichen unserer „modernen“ Eigentumbegriffe.

Vergehen gegen das feindliche Leben.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde vor der 2. Kammerstrafkammer des Landgerichts II gegen eine „weisse Frau“, die sich zahlreicher Verbrechen gegen den § 218 des Str.-G.-B. schuldig gemacht hatte, verhandelt. Es war dies eine Frau Pauline Wulla aus Köpenick, die in Gemeinschaft mit einer Frau Drobbe lange Zeit hindurch ihr Handwerk ausgeübt hatte. Mitangeklagt waren sechs Frauen, die zu den ständigen „Kundinnen“ der Wulla gehört hatten. — Das Gericht erkannte nach längerer Verhandlung gegen die Angeklagte Wulla auf ein Jahr und fünf Monate Gefängnis und gegen die Frau Drobbe auf fünf Monate Gefängnis. Die mitangeklagten Frauen wurden zu Gefängnisstrafen von sieben Wochen bis zu vier Monaten verurteilt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, beim vier Treppen — P a r t i k u l —, wochentags von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Zuschuss und eine Post als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abnehmerentscheidung beizufügen ist, werden nicht beantwortet. Stille Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

W. J. Reutskan. Leider ja. — **W. 100.** Gefängnisstrafe von längerer Zeitdauer, Zuchthausstrafe, Bestrafung innerhalb der letzten zwölf Monate wegen wiederholten Weiteins oder wiederholter Landstreichererei, Unterstützungsbedürftigkeit vor Ablauf eines Jahres, nachdem am Orte der Verurteilung ein Kind der Mutter geboren ist. — **W. 71.** Ehefrau die Hälfte des Gesamtvermögens, die Kinder zu gleichen Teilen die andere Hälfte. — **W. 11.** Düsseldorf. Solange als die Mutter bedürftig und der Sohn zahlungsunfähig ist. — **W. 4.** Sehen Sie sich mit der Kaiserhausverwaltung. — **W. 120.** Etwas 4 M. pro Woche sind beschlagnahmefähig. Sie sind zur Leistung des Offenbarungseides nicht verpflichtet, wohl aber auf Zahlung hin Ihr Sohn. — **W. 1000.** Mit dem 30. Dezember 1912. — **W. 1876.** 1. Immerhalb zwei Jahren mindestens 20 Marken einer beliebigen Lohnklasse. 2. Aus dem Adressbuch, II. Teil, ersichtlich. — **W. 15.** 1. Diejenige Person, die im Besitz der Kaufmannschaft ist, ist zur Ausfertigung der Kaufmannschaftsurkunde verpflichtet. 2. a) In die Genossenschaft. b) Binnen 6 Monaten, vom 31. Dezember ab gerechnet. — **W. 55.** 1. Ja, durch Klage. 2. Nach Klageerhebung. 3. Durch Klage. 4. Durch Klage. 5. Durch Klage. 6. Durch Klage. 7. Durch Klage. 8. Durch Klage. 9. Durch Klage. 10. Durch Klage. 11. Durch Klage. 12. Durch Klage. 13. Durch Klage. 14. Durch Klage. 15. Durch Klage. 16. Durch Klage. 17. Durch Klage. 18. Durch Klage. 19. Durch Klage. 20. Durch Klage. 21. Durch Klage. 22. Durch Klage. 23. Durch Klage. 24. Durch Klage. 25. Durch Klage. 26. Durch Klage. 27. Durch Klage. 28. Durch Klage. 29. Durch Klage. 30. Durch Klage. 31. Durch Klage. 32. Durch Klage. 33. Durch Klage. 34. Durch Klage. 35. Durch Klage. 36. Durch Klage. 37. Durch Klage. 38. Durch Klage. 39. Durch Klage. 40. Durch Klage. 41. Durch Klage. 42. Durch Klage. 43. Durch Klage. 44. Durch Klage. 45. Durch Klage. 46. Durch Klage. 47. Durch Klage. 48. Durch Klage. 49. Durch Klage. 50. Durch Klage. 51. Durch Klage. 52. Durch Klage. 53. Durch Klage. 54. Durch Klage. 55. Durch Klage. 56. Durch Klage. 57. Durch Klage. 58. Durch Klage. 59. Durch Klage. 60. Durch Klage. 61. Durch Klage. 62. Durch Klage. 63. Durch Klage. 64. Durch Klage. 65. Durch Klage. 66. Durch Klage. 67. Durch Klage. 68. Durch Klage. 69. Durch Klage. 70. Durch Klage. 71. Durch Klage. 72. Durch Klage. 73. Durch Klage. 74. Durch Klage. 75. Durch Klage. 76. Durch Klage. 77. Durch Klage. 78. Durch Klage. 79. Durch Klage. 80. Durch Klage. 81. Durch Klage. 82. Durch Klage. 83. Durch Klage. 84. Durch Klage. 85. Durch Klage. 86. Durch Klage. 87. Durch Klage. 88. Durch Klage. 89. Durch Klage. 90. Durch Klage. 91. Durch Klage. 92. Durch Klage. 93. Durch Klage. 94. Durch Klage. 95. Durch Klage. 96. Durch Klage. 97. Durch Klage. 98. Durch Klage. 99. Durch Klage. 100. Durch Klage. 101. Durch Klage. 102. Durch Klage. 103. Durch Klage. 104. Durch Klage. 105. Durch Klage. 106. Durch Klage. 107. Durch Klage. 108. Durch Klage. 109. Durch Klage. 110. Durch Klage. 111. Durch Klage. 112. Durch Klage. 113. Durch Klage. 114. Durch Klage. 115. Durch Klage. 116. Durch Klage. 117. Durch Klage. 118. Durch Klage. 119. Durch Klage. 120. Durch Klage. 121. Durch Klage. 122. Durch Klage. 123. Durch Klage. 124. Durch Klage. 125. Durch Klage. 126. Durch Klage. 127. Durch Klage. 128. Durch Klage. 129. Durch Klage. 130. Durch Klage. 131. Durch Klage. 132. Durch Klage. 133. Durch Klage. 134. Durch Klage. 135. Durch Klage. 136. Durch Klage. 137. Durch Klage. 138. Durch Klage. 139. Durch Klage. 140. Durch Klage. 141. Durch Klage. 142. Durch Klage. 143. Durch Klage. 144. Durch Klage. 145. Durch Klage. 146. Durch Klage. 147. Durch Klage. 148. Durch Klage. 149. Durch Klage. 150. Durch Klage. 151. Durch Klage. 152. Durch Klage. 153. Durch Klage. 154. Durch Klage. 155. Durch Klage. 156. Durch Klage. 157. Durch Klage. 158. Durch Klage. 159. Durch Klage. 160. Durch Klage. 161. Durch Klage. 162. Durch Klage. 163. Durch Klage. 164. Durch Klage. 165. Durch Klage. 166. Durch Klage. 167. Durch Klage. 168. Durch Klage. 169. Durch Klage. 170. Durch Klage. 171. Durch Klage. 172. Durch Klage. 173. Durch Klage. 174. Durch Klage. 175. Durch Klage. 176. Durch Klage. 177. Durch Klage. 178. Durch Klage. 179. Durch Klage. 180. Durch Klage. 181. Durch Klage. 182. Durch Klage. 183. Durch Klage. 184. Durch Klage. 185. Durch Klage. 186. Durch Klage. 187. Durch Klage. 188. Durch Klage. 189. Durch Klage. 190. Durch Klage. 191. Durch Klage. 192. Durch Klage. 193. Durch Klage. 194. Durch Klage. 195. Durch Klage. 196. Durch Klage. 197. Durch Klage. 198. Durch Klage. 199. Durch Klage. 200. Durch Klage. 201. Durch Klage. 202. Durch Klage. 203. Durch Klage. 204. Durch Klage. 205. Durch Klage. 206. Durch Klage. 207. Durch Klage. 208. Durch Klage. 209. Durch Klage. 210. Durch Klage. 211. Durch Klage. 212. Durch Klage. 213. Durch Klage. 214. Durch Klage. 215. Durch Klage. 216. Durch Klage. 217. Durch Klage. 218. Durch Klage. 219. Durch Klage. 220. Durch Klage. 221. Durch Klage. 222. Durch Klage. 223. Durch Klage. 224. Durch Klage. 225. Durch Klage. 226. Durch Klage. 227. Durch Klage. 228. Durch Klage. 229. Durch Klage. 230. Durch Klage. 231. Durch Klage. 232. Durch Klage. 233. Durch Klage. 234. Durch Klage. 235. Durch Klage. 236. Durch Klage. 237. Durch Klage. 238. Durch Klage. 239. Durch Klage. 240. Durch Klage. 241. Durch Klage. 242. Durch Klage. 243. Durch Klage. 244. Durch Klage. 245. Durch Klage. 246. Durch Klage. 247. Durch Klage. 248. Durch Klage. 249. Durch Klage. 250. Durch Klage. 251. Durch Klage. 252. Durch Klage. 253. Durch Klage. 254. Durch Klage. 255. Durch Klage. 256. Durch Klage. 257. Durch Klage. 258. Durch Klage. 259. Durch Klage. 260. Durch Klage. 261. Durch Klage. 262. Durch Klage. 263. Durch Klage. 264. Durch Klage. 265. Durch Klage. 266. Durch Klage. 267. Durch Klage. 268. Durch Klage. 269. Durch Klage. 270. Durch Klage. 271. Durch Klage. 272. Durch Klage. 273. Durch Klage. 274. Durch Klage. 275. Durch Klage. 276. Durch Klage. 277. Durch Klage. 278. Durch Klage. 279. Durch Klage. 280. Durch Klage. 281. Durch Klage. 282. Durch Klage. 283. Durch Klage. 284. Durch Klage. 285. Durch Klage. 286. Durch Klage. 287. Durch Klage. 288. Durch Klage. 289. Durch Klage. 290. Durch Klage. 291. Durch Klage. 292. Durch Klage. 293. Durch Klage. 294. Durch Klage. 295. Durch Klage. 296. Durch Klage. 297. Durch Klage. 298. Durch Klage. 299. Durch Klage. 300. Durch Klage. 301. Durch Klage. 302. Durch Klage. 303. Durch Klage. 304. Durch Klage. 305. Durch Klage. 306. Durch Klage. 307. Durch Klage. 308. Durch Klage. 309. Durch Klage. 310. Durch Klage. 311. Durch Klage. 312. Durch Klage. 313. Durch Klage. 314. Durch Klage. 315. Durch Klage. 316. Durch Klage. 317. Durch Klage. 318. Durch Klage. 319. Durch Klage. 320. Durch Klage. 321. Durch Klage. 322. Durch Klage. 323. Durch Klage. 324. Durch Klage. 325. Durch Klage. 326. Durch Klage. 327. Durch Klage. 328. Durch Klage. 329. Durch Klage. 330. Durch Klage. 331. Durch Klage. 332. Durch Klage. 333. Durch Klage. 334. Durch Klage. 335. Durch Klage. 336. Durch Klage. 337. Durch Klage. 338. Durch Klage. 339. Durch Klage. 340. Durch Klage. 341. Durch Klage. 342. Durch Klage. 343. Durch Klage. 344. Durch Klage. 345. Durch Klage. 346. Durch Klage. 347. Durch Klage. 348. Durch Klage. 349. Durch Klage. 350. Durch Klage. 351. Durch Klage. 352. Durch Klage. 353. Durch Klage. 354. Durch Klage. 355. Durch Klage. 356. Durch Klage. 357. Durch Klage. 358. Durch Klage. 359. Durch Klage. 360. Durch Klage. 361. Durch Klage. 362. Durch Klage. 363. Durch Klage. 364. Durch Klage. 365. Durch Klage. 366. Durch Klage. 367. Durch Klage. 368. Durch Klage. 369. Durch Klage. 370. Durch Klage. 371. Durch Klage. 372. Durch Klage. 373. Durch Klage. 374. Durch Klage. 375. Durch Klage. 376. Durch Klage. 377. Durch Klage. 378. Durch Klage. 379. Durch Klage. 380. Durch Klage. 381. Durch Klage. 382. Durch Klage. 383. Durch Klage. 384. Durch Klage. 385. Durch Klage. 386. Durch Klage. 387. Durch Klage. 388. Durch Klage. 389. Durch Klage. 390. Durch Klage. 391. Durch Klage. 392. Durch Klage. 393. Durch Klage. 394. Durch Klage. 395. Durch Klage. 396. Durch Klage. 397. Durch Klage. 398. Durch Klage. 399. Durch Klage. 400. Durch Klage. 401. Durch Klage. 402. Durch Klage. 403. Durch Klage. 404. Durch Klage. 405. Durch Klage. 406. Durch Klage. 407. Durch Klage. 408. Durch Klage. 409. Durch Klage. 410. Durch Klage. 411. Durch Klage. 412. Durch Klage. 413. Durch Klage. 414. Durch Klage. 415. Durch Klage. 416. Durch Klage. 417. Durch Klage. 418. Durch Klage. 419. Durch Klage. 420. Durch Klage. 421. Durch Klage. 422. Durch Klage. 423. Durch Klage. 424. Durch Klage. 425. Durch Klage. 426. Durch Klage. 427. Durch Klage. 428. Durch Klage. 429. Durch Klage. 430. Durch Klage. 431. Durch Klage. 432. Durch Klage. 433. Durch Klage. 434. Durch Klage. 435. Durch Klage. 436. Durch Klage. 437. Durch Klage. 438. Durch Klage. 439. Durch Klage. 440. Durch Klage. 441. Durch Klage. 442. Durch Klage. 443. Durch Klage. 444. Durch Klage. 445. Durch Klage. 446. Durch Klage. 447. Durch Klage. 448. Durch Klage. 449. Durch Klage. 450. Durch Klage. 451. Durch Klage. 452. Durch Klage. 453. Durch Klage. 454. Durch Klage. 455. Durch Klage. 456. Durch Klage. 457. Durch Klage. 458. Durch Klage. 459. Durch Klage. 460. Durch Klage. 461. Durch Klage. 462. Durch Klage. 463. Durch Klage. 464. Durch Klage. 465. Durch Klage. 466. Durch Klage. 467. Durch Klage. 468. Durch Klage. 469. Durch Klage. 470. Durch Klage. 471. Durch Klage. 472. Durch Klage. 473. Durch Klage. 474. Durch Klage. 475. Durch Klage. 476. Durch Klage. 477. Durch Klage. 478. Durch Klage. 479. Durch Klage. 480. Durch Klage. 481. Durch Klage. 482. Durch Klage. 483. Durch Klage. 484. Durch Klage. 485. Durch Klage. 486. Durch Klage. 487. Durch Klage. 488. Durch Klage. 489. Durch Klage. 490. Durch Klage. 491. Durch Klage. 492. Durch Klage. 493. Durch Klage. 494. Durch Klage. 495. Durch Klage. 496. Durch Klage. 497. Durch Klage. 498. Durch Klage. 499. Durch Klage. 500. Durch Klage. 501. Durch Klage. 502. Durch Klage. 503. Durch Klage. 504. Durch Klage. 505. Durch Klage. 506. Durch Klage. 507. Durch Klage. 508. Durch Klage. 509. Durch Klage. 510. Durch Klage. 511. Durch Klage. 512. Durch Klage. 513. Durch Klage. 514. Durch Klage. 515. Durch Klage. 516. Durch Klage. 517. Durch Klage. 518. Durch Klage. 519. Durch Klage. 520. Durch Klage. 521. Durch Klage. 522. Durch Klage. 523. Durch Klage. 524. Durch Klage. 525. Durch Klage. 526. Durch Klage. 527. Durch Klage. 528. Durch Klage. 529. Durch Klage. 530. Durch Klage. 531. Durch Klage. 532. Durch Klage. 533. Durch Klage. 534. Durch Klage. 535. Durch Klage. 536. Durch Klage. 537. Durch Klage. 538. Durch Klage. 539. Durch Klage. 540. Durch Klage. 541. Durch Klage. 542. Durch Klage. 543. Durch Klage. 544. Durch Klage. 545. Durch Klage. 546. Durch Klage. 547. Durch Klage. 548. Durch Klage. 549. Durch Klage. 550. Durch Klage. 551. Durch Klage. 552. Durch Klage. 553. Durch Klage. 554. Durch Klage. 555. Durch Klage. 556. Durch Klage. 557. Durch Klage. 558. Durch Klage. 559. Durch Klage. 560. Durch Klage. 561. Durch Klage. 562. Durch Klage. 563. Durch Klage. 564. Durch Klage. 565. Durch Klage. 566. Durch Klage. 567. Durch Klage. 568. Durch Klage. 569. Durch Klage. 570. Durch Klage. 571. Durch Klage. 572. Durch Klage. 573. Durch Klage. 574. Durch Klage. 575. Durch Klage. 576. Durch Klage. 577. Durch Klage. 578. Durch Klage. 579. Durch Klage. 580. Durch Klage. 581. Durch Klage. 582. Durch Klage. 583. Durch Klage. 584. Durch Klage. 585. Durch Klage. 586. Durch Klage. 587. Durch Klage. 588. Durch Klage. 589. Durch Klage. 590. Durch Klage. 591. Durch Klage. 592. Durch Klage. 593. Durch Klage. 594. Durch Klage. 595. Durch Klage. 596. Durch Klage. 597. Durch Klage. 598. Durch Klage. 599. Durch Klage. 600. Durch Klage. 601. Durch Klage. 602. Durch Klage. 603. Durch Klage. 604. Durch Klage. 605. Durch Klage. 606. Durch Klage. 607. Durch Klage. 608. Durch Klage. 609. Durch Klage. 610. Durch Klage. 611. Durch Klage. 612. Durch Klage. 613. Durch Klage. 614. Durch Klage. 615. Durch Klage. 616. Durch Klage. 617. Durch Klage. 618. Durch Klage. 619. Durch Klage. 620. Durch Klage. 621. Durch Klage. 622. Durch Klage. 623. Durch Klage. 624. Durch Klage. 625. Durch Klage. 626. Durch Klage. 627. Durch Klage. 628. Durch Klage. 629. Durch Klage. 630. Durch Klage. 631. Durch Klage. 632. Durch Klage. 633. Durch Klage. 634. Durch Klage. 635. Durch Klage. 636. Durch Klage. 637. Durch Klage. 638. Durch Klage. 639. Durch Klage. 640. Durch Klage. 641. Durch Klage. 642. Durch Klage. 643. Durch Klage. 644. Durch Klage. 645. Durch Klage. 646. Durch Klage. 647. Durch Klage. 648. Durch Klage. 649. Durch Klage. 650. Durch Klage. 651. Durch Klage. 652. Durch Klage. 653. Durch Klage. 654. Durch Klage. 655. Durch Klage. 656. Durch Klage. 657. Durch Klage. 658. Durch Klage. 659. Durch Klage. 660. Durch Klage. 661. Durch Klage. 662. Durch Klage. 663. Durch Klage. 664. Durch Klage. 665. Durch Klage. 666. Durch Klage. 667. Durch Klage. 668. Durch Klage. 669. Durch Klage. 670. Durch Klage. 671. Durch Klage. 672. Durch Klage. 673. Durch Klage. 674. Durch Klage. 675. Durch Klage. 676. Durch Klage. 677. Durch Klage. 678. Durch Klage. 679. Durch Klage. 680. Durch Klage. 681. Durch Klage. 682. Durch Klage. 683. Durch Klage. 684. Durch Klage. 685. Durch Klage. 686. Durch Klage. 687. Durch Klage. 688. Durch Klage. 689. Durch Klage. 690. Durch Klage. 691. Durch Klage. 692. Durch Klage. 693. Durch Klage. 694. Durch Klage. 695. Durch Klage. 696. Durch Klage. 697. Durch Klage. 698. Durch Klage. 699. Durch Klage. 700. Durch Klage. 701. Durch Klage. 702. Durch Klage. 703. Durch Klage. 704. Durch Klage. 705. Durch Klage. 706. Durch Klage. 707. Durch Klage. 708. Durch Klage. 709. Durch Klage. 710. Durch Klage. 711. Durch Klage. 712. Durch Klage. 713. Durch Klage. 714. Durch Klage. 715. Durch Klage. 716. Durch Klage. 717. Durch Klage. 718. Durch Klage. 719. Durch Klage. 720. Durch Klage. 721. Durch Klage. 722. Durch Klage. 723. Durch Klage. 724. Durch Klage. 725. Durch Klage. 726. Durch Klage. 727. Durch Klage. 728. Durch Klage. 729. Durch Klage. 730. Durch Klage. 731. Durch Klage. 732. Durch Klage. 733. Durch Klage. 734. Durch Klage. 735. Durch Klage. 736. Durch Klage. 737. Durch Klage. 738. Durch Klage. 739. Durch Klage. 740. Durch Klage. 741. Durch Klage. 742. Durch Klage. 743. Durch Klage. 744. Durch Klage. 745. Durch Klage. 746. Durch Klage. 747. Durch Klage. 748. Durch Klage. 749. Durch Klage. 750. Durch Klage. 751. Durch Klage. 752. Durch Klage. 753. Durch Klage. 754. Durch Klage. 755. Durch Klage. 756. Durch Klage. 757. Durch Klage. 758. Durch Klage. 759. Durch Klage. 760. Durch Klage. 761. Durch Klage. 762. Durch Klage. 763. Durch Klage. 764. Durch Klage. 765. Durch Klage. 766. Durch Klage. 767. Durch Klage. 768. Durch Klage. 769. Durch Klage. 770. Durch Klage. 771. Durch Klage. 772. Durch Klage. 773. Durch Klage. 774. Durch Klage. 775. Durch Klage. 776. Durch Klage. 777. Durch Klage. 778. Durch Klage. 779. Durch Klage. 780. Durch Klage. 781. Durch Klage. 782. Durch Klage. 783. Durch Klage. 784. Durch Klage. 785. Durch Klage. 786. Durch Klage. 787. Durch Klage. 788. Durch Klage. 789. Durch Klage. 790. Durch Klage. 791. Durch Klage. 792. Durch Klage. 793. Durch Klage. 794. Durch Klage. 795. Durch Klage. 796. Durch Klage. 797. Durch Klage. 798. Durch Klage. 799. Durch Klage. 800. Durch Klage. 801. Durch Klage. 802. Durch Klage. 803. Durch Klage. 804. Durch Klage. 805. Durch Klage. 806. Durch Klage. 807. Durch Klage. 808. Durch Klage. 809. Durch Klage. 810. Durch Klage. 811. Durch Klage. 812. Durch Klage. 813. Durch Klage. 814. Durch Klage. 815. Durch Klage. 816. Durch Klage. 817. Durch Klage. 818. Durch Klage. 819. Durch Klage. 820. Durch Klage. 821. Durch Klage. 822. Durch Klage. 823. Durch Klage. 824. Durch Klage. 825. Durch Klage. 826. Durch Klage. 827. Durch Klage. 828. Durch Klage. 829. Durch Klage. 830. Durch Klage. 831. Durch Klage. 832. Durch Klage. 833. Durch Klage. 834. Durch Klage. 835. Durch Klage. 836. Durch Klage. 837. Durch Klage. 838. Durch Klage. 839. Durch Klage. 840. Durch Klage. 841. Durch Klage. 842. Durch Klage. 843. Durch Klage. 844. Durch Klage. 845. Durch Klage. 846. Durch Klage. 847. Durch Klage. 848. Durch Klage. 849. Durch Klage. 850. Durch Klage. 851. Durch Klage. 852. Durch Klage. 853. Durch Klage. 854. Durch Klage. 855. Durch Klage. 856. Durch Klage. 857. Durch Klage. 858. Durch Klage. 859. Durch Klage. 860. Durch Klage. 861. Durch Klage. 862. Durch Klage. 863. Durch Klage. 864. Durch Klage. 865. Durch Klage. 866. Durch Klage. 867. Durch Klage. 868. Durch Klage. 869. Durch Klage. 870. Durch Klage. 871. Durch Klage. 872. Durch Klage. 873. Durch Klage. 874. Durch Klage. 875. Durch Klage. 876. Durch Klage. 877. Durch Klage. 878. Durch Klage. 879. Durch Klage. 880. Durch Klage. 881. Durch Klage. 882. Durch Klage. 883. Durch Klage. 884. Durch Klage. 885. Durch Klage. 886. Durch Klage. 887. Durch Klage. 888. Durch Klage. 889. Durch Klage. 890. Durch Klage. 891. Durch Klage. 892. Durch Klage. 893. Durch Klage. 894. Durch Klage. 895. Durch Klage. 896. Durch Klage. 897. Durch Klage. 898. Durch Klage. 899. Durch Klage. 900. Durch Klage. 901. Durch Klage. 902. Durch Klage. 903. Durch Klage. 904. Durch Klage. 905. Durch Klage. 906. Durch Klage. 907. Durch Klage. 908. Durch Klage. 909. Durch Klage. 910. Durch Klage. 911. Durch Klage. 912. Durch Klage. 913. Durch Klage. 914. Durch Klage. 915. Durch Klage. 916. Durch Klage. 917. Durch Klage. 918. Durch Klage. 919. Durch Klage. 920. Durch Klage. 921. Durch Klage. 922. Durch Klage. 923. Durch Klage. 924. Durch Klage. 925. Durch Klage. 926. Durch Klage. 927. Durch Klage. 928. Durch Klage. 929. Durch Klage. 930. Durch Klage. 931. Durch Klage. 932. Durch Klage. 933. Durch Klage. 934. Durch Klage. 935. Durch Klage. 936. Durch Klage. 937. Durch Klage. 938. Durch Klage. 939. Durch Klage. 940. Durch Klage. 941. Durch Klage. 942. Durch Klage. 943. Durch Klage. 944. Durch Klage. 945. Durch Klage. 946. Durch Klage. 947. Durch Klage. 948. Durch Klage. 949. Durch Klage. 950. Durch Klage. 951. Durch Klage. 952. Durch Klage. 953. Durch Klage. 954. Durch Klage. 955. Durch Klage. 956. Durch Klage. 957. Durch Klage. 958. Durch Klage. 959. Durch Klage. 960. Durch Klage. 961. Durch Klage. 962. Durch Klage. 963. Durch Klage. 964. Durch Klage. 965. Durch Klage. 966. Durch Klage. 967. Durch Klage. 968. Durch Klage. 969. Durch Klage. 970. Durch Klage. 971. Durch Klage. 972. Durch Klage. 973. Durch Klage. 974. Durch Klage. 975. Durch Klage. 976. Durch Klage. 977. Durch Klage. 978. Durch Klage. 979. Durch Klage. 980. Durch Klage. 981. Durch Klage. 982. Durch Klage. 983. Durch Klage. 984. Durch Klage. 985. Durch Klage. 986. Durch Klage. 987. Durch Klage. 988. Durch Klage. 989. Durch Klage. 990. Durch Klage. 991. Durch Klage. 992. Durch Klage. 993. Durch Klage. 994. Durch Klage. 995. Durch Klage. 996. Durch Klage. 997. Durch Klage. 998. Durch Klage. 999. Durch Klage. 1000. Durch Klage. 1001. Durch Klage. 1002. Durch Klage. 1003. Durch Klage. 1004. Durch Klage. 1005. Durch Klage. 1006. Durch Klage. 1007. Durch Klage. 1008. Durch Klage. 1009. Durch Klage. 1010. Durch Klage. 1011. Durch Klage. 1012. Durch Klage. 1013. Durch Klage. 1014. Durch Klage. 1015. Durch Klage. 1016. Durch Klage. 1017. Durch Klage. 1018. Durch Klage. 1019. Durch Klage. 1020. Durch Klage. 1021. Durch Klage. 1022. Durch Klage. 1023. Durch Klage. 1024. Durch Klage. 1025. Durch Klage. 1026. Durch Klage. 1027. Durch Klage. 1028. Durch Klage. 1029. Durch Klage. 1030. Durch Klage. 1031. Durch Klage. 1032. Durch Klage. 1033. Durch Klage. 1034. Durch Klage. 1035. Durch Klage. 1036. Durch Klage. 1037. Durch Klage. 1038. Durch Klage. 1039. Durch Klage. 1040. Durch Klage. 1041. Durch Klage. 1042. Durch Klage. 1043. Durch Klage. 1044. Durch Klage. 1045. Durch Klage. 1046. Durch Klage. 1047.

Kinderschutz-Kommission!

Freitag, 23. August, abends 8 1/2 Uhr, in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21:

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht von der Tätigkeit der Kinderschutz-Kommission. Berichterstatter: H. Barenthin. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Für zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Kontrollleurinnen und Helferinnen ersucht
Der Aussch. v. A.: Martha Demming.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro: Hof III, Amt Norden, Nr. 1239. Charlottenstraße 3. Amt Norden, Nr. 1987

Morgen Donnerstag, den 22. August, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

der Klempner

in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21.

Tagesordnung: 1. Vortrag über „Banarbeiterfragen im Klempnergewerbe“. Referent: Genosse Heineke, Vorsitzender der Banarbeiter-Kommission. 2. Unsere Bautenkontrolle. 3. Diskussion. 4. Branchenangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. 122/30

Morgen Donnerstag, den 22. August, abends 8 Uhr:

Versammlung

der Autogenschweißer, Brenner und Schneider im Lokal von Hoffmann, Dragonerstr. 15.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Jakob über „Die Tarifverträge im Deutschen Metallarbeiter-Verband“. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Oranienburg. Achtung!

Morgen Donnerstag, den 22. August, abends 8 Uhr, im Lokale von Adolf Frahm, Schützenstr. 35:

Oeffentliche Gewerkschafts-Versammlung.

Referent: Genosse Eugen Brückner-Berlin. Tagesordnung: 1. Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung. 2. Hat die Arbeiterschaft im heutigen Staate Gleichberechtigung. 3. Freie Diskussion. Um vollständiges Erscheinen der Genossen und Genossinnen bittet Die Gewerkschaftskommission.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)

Bezirksversammlungen:

1. Bezirk: Mittwoch, den 21. August, beim Kollegen Piotrowsky, Weißingstr. 14.
 2. Bezirk: Donnerstag, den 22. August, beim Kollegen Wolfgramm, Adlerstr. 6/7.
 3. Bezirk: Mittwoch, den 21. August, beim Kollegen Karl Uhlig in Reinickendorf, Schönholz, Restaurant „Kassianenwäldchen“ (Ramlow). Vorher: Gemütliches Beisammensein, Regelmäßig um 11 Uhr der Strahndamm 36 und 37 zu erreichen. Bis Gesundbrunnen alle 20 Minuten.
 4. Bezirk: Mittwoch, den 21. August, beim Kollegen Werfowitsch, Andreasstr. 25.
 5. Bezirk: Mittwoch, den 21. August, beim Kollegen Rieder, Steinwegstr. 36a.
 6. Bezirk: Mittwoch, den 21. August, beim Kollegen Lange, Köpenicker Str. 47.
- Sämtlich nachmittags 5 Uhr.
Die Ortsverwaltung.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz 10-2 5-7. Sonntags 10-12 2-4

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

- Berlin C. A. Galmisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
W. G. Schmidt, Kirchbäckstr. 14.
O. R. Hagedorn, Petersburger Platz 4. Gustav Vogel, Köpenicker Str. 82. R. Wengels, Gr. Frankfurter Str. 120.
NO. 2. Zucht, Mannheimschtr. 12. J. Reul, Barnimstr. 42.
N. 23. Baumann, Rheinsberger Str. 67. F. Frapp, Ballhausstr. 6.
Karl Mars, Greifswalder Str. 27. J. Gönisch, Nazaretschtr. 49.
G. Vogel, Lortzingstr. 37. A. Tieg, Invalidenstr. 124.
2. Dehond, Hübelpflanzl. 24.
NW. Karl Anders, Salzweidestr. 8.
SW. G. Werner, Oranienstr. 72. Daehn, Hagenberger Str. 27.
S. St. Preis, Pringelstr. 31. F. Lehmann, Rotbuler Damm 8.
SO. Paul Böhm, Lantier Platz 14/15. P. Horich, Engelauer 15.
Adlershof. Karl Schwarze, Hoffmannstr. 9.
Baumschulenweg. G. Hornig, Marienbaderstr. 13. L. Borsigwalde. Paul Kienast, Kaulstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Zehner, Seidenbinder Str. 1. Friedrichshagen. Ernst Werkmann, Köpenicker Str. 18.
Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal. Pielde, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
Karlshorst. Richard Küter, Ködelstr. 9. II.
Köpenick. Emil Wihler, Riecherstr. 6. Laden.
Lichtenberg. Otto Zeisel, Gartenbergstr. 1.
Nieder-Schöneweide. Gebr. Brüder Str. 6.
Nowawes. Wilhelm Japke, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide. Alfred Baber, Wilhelmshofstr. 17 II.
Pankow. Otto Rühmann, Mühlentstr. 30.
Reinickendorf. W. Gursch, Brodingstr. 56. Laden.
Rixdorf. M. Heurich, Redarstr. 2. Conrad, Hermannstr. 50.
C. Rohr, Siegfriedstr. 29/29.
Rummelsburg. A. Rosentanz, III-Borsigweg 55.
Schöneberg. Wilhelm Bämler, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
Spandau. Köppen, Sreitelstr. 64.
Steglitz. G. Bernsee, Wiesenstr. 5.
Tempelhof. Joh. Krohn, Borussenstr. 62.
Treptow. Robert Gramenz, Kieboldstr. 412. Laden.
Weißensee. Fuhrmann, Sedanstr. 105. Schiller, König-Charlotten 37a.
Wilmsdorf. Paul Schubert, Büchelnau 27.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Stellmacher.

Donnerstag, den 22. August, abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Straße 11-12:

Versammlung

der in den Innungsbetrieben beschäftigten Stellmacher.

Tagesordnung: Welche Lehre ziehen die Kollegen aus der Lohnbewegung in den Wagenfabriken? 87/18

Stock- und Zelluloid-Arbeiter!

Donnerstag, den 22. August, abends 5 1/2 Uhr, in den Ritterfälen (Zuh. Bericht), Ritterstr. 75:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: Fortsetzung von der letzten Branchenversammlung.

Verband der Hausarztvereine Bezirk Osten.

Donnerstag, den 22. August, abends 8 1/2 Uhr, in den Communis-Festsälen, Memeler Str. 67:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: 1. Wie schätzt der Arbeiter Leben und Gesundheit seiner Familie? Referent: Genosse Dr. Moses. - 2. Diskussion. - 3. Aufnahme neuer Mitglieder.

Wer es gut meint mit seiner Familie, wer ein wirklicher Familienvater im wahren Sinne des Wortes ist, besuche diese Versammlung.

Mitglieder werden aufgenommen beim 1. Vorsitzenden Karl Kober, Kopernikusstr. 9. Cauergebäude I. Sprechstunden abends 8-9 außer Sonnabends und Sonntags. 294/19*

ELJEN



Auf Teilzahlung!

Ohne Anzahlung! Kein Kassieror. Teppiche, Gardinen, Stores, Portieren, Stopp-, Plüsch- und Divandeecken.

Matzner, Gutfeldstraße 41, Bildergeschäft. Karten od. Besuch erbet.

Idealbrikett der Zukunft



7" Riesenformat, frei Gellass jeder Etage, M. 8,25 pro 1000, ersten Senftenberger Marken voll gleichwertig.

Michel-Vertrieb

Neukölln, Bergstraße 110. Telefon 1310.

Haben Sie Stoff?

Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, welche auch Zustan von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Preussendamm 8, II. (Stadth. Bldg.)

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 21. August 1912.

Anfang 4 1/2 Uhr.

Ballett. Die Ballettschule.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Prater. Die Besessenen.

Anfang 8 Uhr.

Deutsches. Judentum.

Urania. Der Bierwaldstätter See und der El. Gottfried.

Befling. Rosenmontag.

Königsgräber Straße. Die fünf Frankfurter.

Weiden. Die schöne Helena.

Neues. Der liebe Augustin.

Berliner. Große Rosinen.

Schiller O. Das Konzert.

Carlton. Charlotteburg. Hohe Politik.

Lustspielhaus. Ein Königreich u. d. D.

Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Die feuchte Ennane.

Thalia. Autolieschen.

Herrnsfeld. Die man Männer bessert. Die Original-Klabrias-Partie.

Trianon. Die Briefstache. Ein peinlicher Zwischenfall. Der Dieb.

Metropol. Schwindelmeier u. Co. Apollo. Spezialitäten.

Vassage. Spezialitäten.

Reichshallen. Stettiner Sänger.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Schauspielhaus. Schwedler Schäfer. Der verkaufte Gatte. Ein wenig Knuff.

Rose. Die goldene Eva.

Golles Caprice. Parisiana. Ensemble.

Walhalla. Nur nicht drängeln.

Anfang 8 30 Uhr.

Suisen. Der verlassene Neidhof.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Steines. Der Unverschämte. Der Arzt seiner Ehre. Lottichens Geburtstag.

Nammerpiele. Mein Freund Teddy.

Königsstadt-Kasino. Spezialitäten.

Anfang 10 Uhr.

Admiralpalast. Glöbauer: Duonne.

Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Schiller-Theater O. Wallner-Theater.

Mittwoch, abends 8 Uhr:

Das Konzert.

Morgen und folgende Tage: Das Konzert.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Mittwoch, abends 8 Uhr:

Hohe Politik.

Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.

Morgen und folgende Tage: Hohe Politik.

Berliner Theater.

Abends 8 Uhr:

Große Rosinen.

Theater in der Königsgräber Straße

Abends 8 Uhr:

Die 5 Frankfurter.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr:

Der liebe Augustin.

Operette von Leo Fall.

Theater des Westens.

8 Uhr:

Die schöne Helena.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.

Die goldne Eva.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Auf der Gartenbühne:

Juhu! Es ist erreicht! Gr. Revue.

Metropol-Theater.

Schwindelmeier & Comp.

Phant.-musik. Komödie in 3 Akt. aus d. Engl. völlig frei bearb. von F. Freund.

Punkt von R. Nelson, u. a. Länge von 2 1/2 Std. In Szene gef. v. Dir. Schult.

Anfang 8 Uhr. Stauden gestattet.

Apollo Theater

Ab 8 Uhr

10 gr. komische Attraktionen.

10 Uhr

Der Wunderpapagei

Lora

als

Lieder- und Coupletänger.

Neue Welt

Amerikanischer Vergnügungspark.

Heute Mittwoch:

Letztes Pracht-Kinder-Erntedankfest.

Festzug, Festspiel, Verlosung. Hauptgew.: 2 goldene Uhren. Sensationell! Maeri Solito! führt täglich 7 und 10 1/2 Uhr seine wilde Raubtiergruppe von 9 Löwen und 2 Königstigern vor. - Fütterung der Raubtiere 4 Uhr. - Morgen Donnerstag: Pracht-Elitetag. Zum letztenmal: Beschließung von Port Arthur.

2000

LOGISCHER GARTEN

Täglich:

Großes Militär-Doppel-Konzert.

Eintritt 1 Mark.

von abends 6 Uhr ab 50 Pf.

Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Passage-Panoptikum

Prinz

ATOM

Das kleinste menschliche Lebewesen.

Das Wunder aller Wunder.

Lebend! Ohne Extra-Entree!

Herrnsfeld Theater

Wie man Männer bessert!

Die Original-Klabrias-Partie

Beide Stücke mit Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.

Anfang 8 Uhr.

Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse.)

Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr. „Die Briefstache.“

„Ein peinlicher Zwischenfall.“

„Der Dieb.“

Passage-Theater.

Wiedereröffnung

Sonnabend, den 31. August.

Gastspiel der sieben Spaßmacher

in ihrer Revue

„Da tut sich was.“

Königsstadt-Kasino.

Gde Holzmarkt u. Alexanderstr.

Täglich: Variété u. Theater im herrlichen Naturgarten.

8 Glanznummern

und „So leben wir“.

Gefangenschaft in 2 Bildern.

Tägl. Kaffeezeit bis 6 Uhr.

Voigt-Theater.

Gesundbrunnen Badstraße 58

Mittwoch, 21. August 1912:

Elitetag!

Die Ballettschule.

Tanz

bei großem Orchester.

Kasseneröffnung 10 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

Casino-Theater

Wiedereröffnung der 12. Spielaison.

Sonnabend, 24. August:

Ein lustiges Stück a. d. Berl. Leben

Der Großfürst.

Vorverkauf für die ersten 7 Tage

von 11-2 an der Theaterkasse.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.

Neu!

Die Nacht der Töne.

Beste v. Reichshallen.

Anfang 8 Uhr.

Sonntags 7 1/2 Uhr.

Partei-Angelegenheiten.

Nieder-Schönweide. Zur Gemeindevorstandswahl am Freitag findet heute Mittwoch, abends 7 Uhr, eine Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus statt.

Mariensfelde. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Schuster, Kirchstr. 68, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Die Organisation der Warenhäuser. Referent: Genosse Zeugner. Bericht von der Kreisgeneralversammlung.

Teltow. Mittwoch, den 21. August, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von R. Bonow die Mitgliederversammlung des Wahlvereins mit äußerst wichtiger Tagesordnung statt.

Berliner Nachrichten.

Am Großschiffahrtskanal.

Die neue Wasserstraße Berlin-Stettin, an deren Bau seit Jahren emsig gearbeitet wird, naht ihrer Vollendung. Wenn nicht unvorhergesehene Verzögerungen eintreten, dürfte dieselbe im nächsten Frühjahr dem Verkehr übergeben werden. Die interessanteste Strecke der neuen Schiffahrtsstraße liegt nördlich von Eberswalde zwischen Britz und Wiepe. Hier überquert der Kanal die Stettiner Bahn, überschreitet weiter östlich auf mächtig hohem Damm das Ragöser Tal und senkt sich dann durch die große Treppenschleife in die Niederung des Oderbruches.

Ein Besuch dieser Stellen ist gerade jetzt — wo man noch ungehindert Zutritt hat und auch noch einen guten Einblick in die ganze Bauanlage gewinnen kann — äußerst lohnend.

Mit dem Stettiner Frühzuge (ab 5.59 Uhr von Berlin) fahren wir nach Eberswalde. Wir lassen die Stadt rechts und folgen gleich über die Bahnbrücke der Straße nach Heegermühle. Hinter den letzten Häusern wenden wir uns zum Südufer des Finowkanals, der bisherigen Verbindungswasserstraße zwischen Oder und Havel. Bald kommen wir zu einer Brücke, die uns hinüber zum alten Kupferhammer führt. Dahinter gehen wir einen Weg nördlich waldein. Schon nach einem halben Stündchen taucht eine breite Lichtung vor uns auf, in der sich der neue Kanal mit seinen langgestreckten Erdwällen hinzieht.

Einen hübschen Ueberblick gewinnen wir hier von der Brücke. Schur gerade zieht sich die noch trockene, lange Furche der neuen Wasserstraße durch den düsteren Nieserwald bis in bläulich-hämmernde Fernen — hin und wieder von den kühngeschwungenen Eisengerüsten schlanker Brücken überspannt. Bald wird dieses jetzt noch tote Einerlei eine silberblitzende Wasserfläche beleben, auf der rauchende Dampfer mit Ketten von Lastfähnen hinziehen.

Bei näherem Zuschauen gewahren wir ein Stückchen östlich vor uns das Mauerwerk der Vahnüberführung, der wir nun zuschreiten. Gerade rasselte ein Zug heran.

Durchweg in Beton ausgeführt, macht die Brücke einen recht gefälligen und stabilen Eindruck. Zwei Durchlässe für je zwei Gleise geben dem Vahnverkehr Raum. — Entzückenderweise wurde hier auf die Dichte der Kanalsohle besondere Sorgfalt verwandt. Die Zementwandung des Kanalbettes ist mit einer dicken Bleischiefer überkleidet, die wiederum durch eine Eichenholzverschalung geschützt ist. So dürfte sie wohl dem Druck der Wassermassen, deren Standhöhe hier wie auch anderwärts 2,80—3,00 Meter betragen wird, genügend standhalten.

Wandern wir von hier an der Uferböschung östlich weiter, so kommen wir nach einem Viertelstündchen zur großen Brücke der Chorin-Angermünder Chaussee und dann auch bald zum Aquädukt im Ragöser Tal. — Auf 28 Meter hohem Damm durchquert hier der Kanal die schluchtartige Talengebiet. Kleine Erdmassen mussten herangeschafft werden, um diesen mächtigen Wall aufzuführen. Auf diesem aufgeschütteten Grunde bot natürlich die Abdichtung des Kanalbettes gewisse Schwierigkeiten. Man hat hier Wände und Sohle mit Tonschlämme bis zu 1 Meter Dicke ausgestampft und glaubt damit genügend gesichert zu sein.

Hier von der Dammhöhe bietet sich ein entzückender Blick über die waldige Tiefe des Talgrundes, in der zuweilen das schmale Silberband des Bächleins aufblitzt.

Gehen wir weiter östlich am Kanale hin, so gelangen wir bald zu einem Wasserperltore und dann zur großen Schleusenanlage, die sich in einer Länge von annähernd einem Kilometer hinzieht. Wir betreten hier einen Schauplatz rühmlichster Arbeit. — Wenn der Höhenrand am Oderbruch noch von früher in der Erinnerung ist, dürfte ihn heute kaum wiedererkennen. Wie eine gewaltige Wunde legt sich die ganze Schleusenanlage in den Berg, jetzt noch rings von Erdwällen und Schutthalde umgürtet.

Die Schiffe werden hier künftig 36 Meter von der Höhe zu Tal herabgelassen oder umgekehrt werden sie von unten ebenso hoch emporgehoben. In vier Stufen von je 9 Meter Steigung wird dieser Höhenunterschied überwunden. Jede von den treppentartig gelagerten Schleusentammern hat eine Länge von 67 Metern und eine Breite von 10 Metern. Um den Wasserverbrauch beim Schließen etwas zu verringern, sind an den Seiten besondere Wassersparbeden angelegt. Etwa vier Stunden werden die Schiffe beim Durchwandern der ganzen Schleufe verbringen.

Interessante Einblicke in die ganze Bauanlage —, bei der man mit äußerst schwierigen Verhältnissen zu kämpfen hatte, — werden auch in uns die Auffassung, daß wir hier vor einem Meisterwerk neuzeitlicher Ingenieurkunst stehen. — Noch einmal lassen wir den Blick über die reizende Oderlandschaft schweifen, die sich mit ihren grünen Wiesen, bunten Feldern und blauen Höhen weithin gegen Osten ausbreitet — — alsdann wandern wir nach Nieder-Finow hinüber und treten von dort die Heimreise an.

Der neue Oberbürgermeister Wermuth beschäftigt gestern zu seiner Information einige Bureau. Alsdann begab sich das Stadtoberhaupt, dessen Einführung in sein Amt am 5. September vor sich gehen soll, nach dem Stadthaus, um sich auch hier über einiges zu orientieren. Auch für heute sind Besichtigungen städtischer Anlagen von Herrn Wermuth in Aussicht genommen.

Wegen der drohenden Austrocknung des Schlachtensees haben die Bewohner von Zehlendorf-West und Schlachtensee jetzt eine mit 800 Unterschriften bedeckte Eingabe an den Minister für Landwirtschaft,

an den Zweverband Groß-Berlin und an den Magistrat von Berlin gerichtet, in der u. a. ausgeführt wird: „Durch die neu errichteten Pumpstationen des Charlottenburger Wasserwerks sei der Spiegel des Schlachtensees und der Krummen Lanke in den letzten zwei Jahren um ein Bedeutendes gesunken, so daß zu befürchten ist, daß im Laufe der Jahre die Seen, wenn nicht ganz austrocknen, so doch zum größten Teil ihrer landschaftlichen Schönheiten beraubt werden. Wenn man bedenkt, daß nicht allein die beiden Kolonien Zehlendorf-West und Schlachtensee der Nähe der Seen ihre Entleerung verdanken, sondern auch, daß zahllose Schwärme der Berliner Bürgerschaft an Sonn- und Festtagen zu den Seen hinausströmen, um sich an den lieblichen Ufern zu erfrischen, so sei es fast wie ein Verbrechen an den Naturschönheiten der Umgebung Berlins zu bezeichnen, wenn man die Seen eingehen ließe. Die Petenten wünschen daher, daß die Charlottenburger Wasserwerke angehalten werden, entweder die einzelnen Seen untereinander und mit der Havel durch einen Kanal zu verbinden oder die Regenabwässer der Kolonie Zehlendorf in die Seen zu leiten oder durch künstliche Pumpstationen den Seen wieder Wasser zuzuführen, damit sie das alte Niveau, das etwa zwei Meter höher war, wieder erreichen. Die Charlottenburger Wasserwerke haben zwar versprochen, den gefährdeten Seen durch Aufpumpen die alte Höhe wiederzugeben; bisher ist aber von ihrer Seite nichts geschehen. Im Gegenteil, da die Werke die Brunnenanlagen immer weiter ausdehnen, und eben wieder ein neues Pumpwerk erbaut werden soll, wächst die Gefahr der Austrocknung rapide. Hoffentlich führen diese beachtenswerten Petitionen zu einem Erfolg.“

Auf der Suche nach dem Messerstecher. Der geisteskrank gewordene Arbeiter Gustav Harnau, der dringend verdächtig war, das Attentat verübt zu haben, und der bis jetzt vergeblich gesucht wurde, hat sich gestern vormittag auf dem Polizeirevier in der Ebelingstraße selbst gestellt. Er wurde von dort nach dem Polizeipräsidium gebracht, wo er eingehend über seinen Aufenthalt in den letzten Tagen vernommen wurde. Durch die Aussagen, die sofort nachgeprüft wurden, erscheint es ausgeschlossen, daß Harnau noch als Täter für die Rauerer Mordtat in Frage kommt. Er gehört zu einer Sorte von „Geisteskranken“, die sich über ihr Tun und Lassen meist vollkommen klar sind. Um die Narbe auf dem Hinterkopf deutlicher sichtbar zu machen und so das Mitleid der Leute zu erregen, denen er seine Lebensgeschichte aufzählt, hat er die Stelle auskratzen lassen. Harnau dürfte wahrscheinlich wieder einer Irrenanstalt überwiesen werden. Auch der Verdacht, der sich gegen verschiedene auf Grund von Anzeigen fiktivierte Personen, zum größten Teil Geisteskranke, gerichtet hatte, bestätigte sich nicht. Bei der geistigen Gegenüberstellung der Festgenommenen mit mehreren Personen, die den Attentäter gesehen haben, konnte festgestellt werden, daß die Beschuldigungen zu unrecht erfolgt waren.

Verlegung einer Straßenbahnlinie. Die Straßenbahn ist genötigt, wegen städtischer Tiefbauarbeiten in der Andreasstraße und auf dem Grünen Weg die Linie 6 vom 21. August an für etwa 2 Wochen nicht durch die Holzmarkt-, Breslauer und Andreasstraße, sondern durch die Holzmarkt-, Markusstraße und den Grünen Weg zu leiten.

Aus dem Fenster gekürzt ist vorgestern nachmittag das drei Jahre alte Söhnchen Kudi des Arbeiters Wöhning vom Kottbuser Ufer 2a. Das Kind spielte mit seinem sieben Jahre alten Brüdchen in dem im dritten Stock des Seitenflügels belegenen Zimmer. Dabei kletterte es auf das Fensterbrett und fiel plötzlich, obwohl eine ungefähre 30 Zentimeter hohe Fensterbrüstung vorhanden ist, auf den gepflasterten Hof hinab. Hier blieb es mit schweren inneren und äußeren Verletzungen liegen. Ein Arzt von der Hiltzstraße am Gödlicher Bahnhof konnte nur noch den Tod des Kindes feststellen. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Wegen eines umfangreichen Dachstuhlbrandes wurde gestern nachmittag gegen 3 Uhr die Berliner Feuerwehr nach der Unionstr. 6 gerufen. Bei ihrem Eintreffen stand der Dachstuhl des Hauses in großer Ausdehnung in Flammen. Das Feuer drohte auf die unteren Etagen und die Nachbargrundstücke überzugreifen. Das von einer großen Anzahl von Mietern bewohnte Haus war äußerst gefährdet, und man mußte aus sieben Schlauchleitungen unausgesetzt Wasser geben, bis es gelang, die Flammen auf ihren Herd zu beschränken. Der Dachstuhl des Hauses ist total zerstört. Der Hausrat der Mieter, die Bodenverschläge usw. wurden ein Raub der Flammen. Die Entstehungsurache konnte nicht mit Sicherheit festgestellt werden, doch vermutet man Brandstiftung.

In die Spree gesprungen und ertrunken ist vorgestern nachmittag an der Lutherbrücke ein ungefähr 40 Jahre alter Mann. Vorübergehende, die sahen, wie sich der Lebensmüde über das Brückengeländer schwang, machten sich gleich an seine Rettung. Es gelang ihnen aber erst den Mann nach zehn Minuten zu landen. Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg mehr. Die Leiche wurde darauf beschlagnahmt und dem Schauhaufe zugeführt. Allem Anschein nach ist der Tote ein 45 Jahre alter Wilhelm E. aus der Pariser Straße zu Wilmersdorf. Bestimmt konnte seine Persönlichkeit jedoch noch nicht festgestellt werden.

Ein Messerstecher ist gestern vormittag in der Prenzlauer Straße aufgetreten. Dort wurde das fünf Jahre alte Töchterchen Margarete der Eheleute Schulz aus der Prenzlauer Str. 19, als es im Hausflur spielte, von einem unbekannten Manne in die linke Wange gestochen. Die Schnittwunde ist ungefähr 5 Zentimeter lang. Gleich nach der Tat verschwand der Unhold und entkam auch, ehe auf die Hilferufe des Kindes Erwachsene herbeikamen. Eine nähere Beschreibung des Messerstechers konnte daher nicht gegeben werden.

Straßenbahnunfälle. Beim Abfahren von einem fahrenden Straßenbahnwagen ist vorgestern Frau Johanna F. aus der Annenstraße schwer zu Schaden gekommen. Sie verließ vor dem Hause Prinzenstr. 62 einen Motorwagen der Linie 29 und kam dabei so unglücklich zu Fall, daß sie eine Gehirnerschütterung und eine Kopfwunde erlitt.

Am Oranienplatz fuhr abends gegen 1/8 Uhr der 16jährige Otto L. aus der Reumannsgasse auf einem Zweirad gegen den Motorwagen eines Juges der Straßenbahnlinie 69B und wurde umgestoßen. Der Verunglückte trug Durchschlägen der linken Seite, der linken Schulter und beider Arme, sowie erhebliche Hautabwühlungen am Kopfe davon und fand im Krankenhaus am Urban Aufnahme.

Todesfall eines Berliner von der Dreitorpforte. Der Privatsekretär Dittmar des zur Sommerfrische in Partentiden weilenden Dr. Wöhm aus Berlin ist, wie gemeldet wird, am Besipfel der Dreitorpforte durch Abwurf tödlich verunglückt. Die Leiche wurde am Leineweiser Platz gefunden.

„Vollst“rankenkassen.

Unter dieser Ueberschrift brachten wir in Nr. 188 vom 14. August eine Abhandlung, die sich mit dem Geschäftsgebaren sogenannter Vollstankenkassen beschäftigte.

Hierzu sendet uns die Dt. Kranken- und Sterbeversicherungsanstalt zu Berlin eine längere Erklärung, den Fall 2. betreffend.

In dieser Zuschrift wird der von uns geschilderte Sachverhalt durchaus zugegeben, denn es heißt: „daß wir... von dem Rechte einer vertrauensärztlichen Nachuntersuchung, die vollständig unparteiisch, also ohne jeden Einfluß unsererseits ist, Gebrauch machen“. Mehr haben wir auch nicht behauptet, als wir schreiben: der behandelnde

Arzt des Fräul. L. (nicht Frau, wie es in der Zuschrift heißt) habe dieselbe infolge Blutmangels und Herzschwäche krank und erwerbsunfähig erklärt, während der Vertrauensarzt Fräulein L. für erwerbsfähig hielt.

Rum erklärt die Kranken- und Sterbeversicherungsanstalt, daß Fräulein L. selbst dem Arzt gegenüber zugegeben habe, daß sie eventuell noch ihre häuslichen Arbeiten verrichten könne. Da sich Fräulein L. zurzeit in einer Heilanstalt befindet, können wir nicht nachprüfen, ob diese Äußerung wirklich gefallen. Selbst aber diese Äußerung zugegeben, wird doch damit nichts bewiesen, denn nicht das ist der Gradmesser der Erwerbsunfähigkeit, ob jemand noch häusliche Arbeiten verrichten kann, sondern ob er ohne Gefahr der Verschlimmerung seines Leidens seine bisherigen Arbeiten verrichten kann.

Das wird von der Kranken- und Sterbeversicherungsanstalt zu Berlin außer acht gelassen. Rum schlägt sich die Krankenversicherungsanstalt in ihrer Zuschrift noch darauf, daß sie dem Frä. L. am 6. Juli durch Schreiben Mitteilung gemacht habe, daß es gegen die Feststellung des Vertrauensarztes die Entscheidung eines anderen Arztes herbeiführen könne.

Auch hier müssen wir uns an den Sachverhalt halten. Frä. L. erkrankte am 28. Juni, die Woche war am 1. Juli abgelaufen. Der Vertrauensarzt hatte Frä. L. zum 30. Juni erwerbsfähig „gesprochen“. Die Kasse wollte nur für 4 Tage Unterstützung zahlen, die Annahme wurde verweigert. Mit Datum vom 1. Juli erhielt Frä. L. Mitteilung, daß durch die vertrauensärztliche Untersuchung festgestellt sei, daß sie nicht mehr vollständig (!) erwerbsunfähig sei. (Als wenn das Krankenversicherungsgesetz halbe oder viertel oder dreiviertel Erwerbsunfähigkeit kennt.)

Daraufhin ließ sich Frä. L. am 3. Juli von einem dritten Arzt untersuchen, der sie gleichfalls für vollständig arbeitsunfähig hielt.

Allerdings hat die Krankenversicherungsanstalt Frä. L. durch Karte vom 5. Juli darauf aufmerksam gemacht, daß die Entscheidung eines dritten Arztes herbeigeführt werden kann. Diese Benachrichtigung erfolgte aber zu spät. Denn der erste Brief datierte vom 1. Juli. Dieser war maßgebend und nicht die Karte vom 5. Juli. Als nun einige Tage später das Mitglied Frä. L. das ärztliche Gutachten eines anderen Arztes einreichte, wurde es trotzdem abgewiesen, hiergegen haben wir uns gewandt.

Von Anfang und Entgegenkommen, wie in der Zuschrift behauptet wird, kann in diesem Fall nicht geredet werden.

Der Wintergarten hat seine Saison mit einem vollständig neuen Programm eröffnet. Starkes Interesse rief vor allen Dingen der japanische Schreibe Künstler Dajihama hervor. Derselbe schreibt mit beiden Händen zugleich verschiedene Worte, und zwar so, daß die Buchstaben auf den Kopf gestellt sind. Maria la Bella, eine Kasilianerin, führt allein und mit zwei Partnern in natürlicher Annuit und Leidenschaftlichkeit ihre heimischen Tänze auf. Und die amerikanische Operettensängerin Mary de Souza beweist, daß sie leicht und mit Sicherheit ihre Piecen bis in die höchsten Töne zu singen vermag. Neben vortrefflichen Artisten verdienen noch die Tanz-Ophele Ellen Teis, die Phantasietänze Roeto, die Lauch, Spring- und Schwimmläufe der vier Korins sowie die humoristischen Vorträge des amerikanischen Quartetts Gotthans Comody lobende Anerkennung.

Eine Warnung beim Abschluß von Mietverträgen über Räume in neuerbauten oder umgebauten Häusern für eine Zeit, zu welcher die von der Ausfertigung des Rohbaubauabnahmeprotokolls abgelaufene Frist von 6 Monaten für die Gebrauchsabnahmeprüfung noch nicht verstrichen ist, erklärt der Polizeipräsident. Die Polizeibehörden dürfen vor Ablauf dieser Frist das Beziehen von Wohnungen nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht dulden. Die Polizeireviere sind angewiesen, nach wie vor auf Anfragen aus dem Publikum über den vorausschicklichen Termin der Bezugsbarkeit von Wohnungen in neuen oder umgebauten Häusern Auskunft zu erteilen.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Vermisst. Seit 16. August hat sich der 8 Jahre alte Schüler Paul Herbst aus dem elterlichen Hause Hohenhausenstr. 37 entfernt und seitdem kein Lebenszeichen von sich gegeben. Er war bei seinem Fortgehen bekleidet mit blauer Jacke, blau und weiß gestreifter Hose, schwarzen Schuhen und Strümpfen. Zweckdienliche Nachrichten nimmt jedes Polizeibureau entgegen.

Wilmersdorf.

Selbstmordversuch. Aus Liebesgram hat gestern abend das 18jährige Dienstmädchen Lina Miegke, das im Hause Prager Platz 96 in Stellung war, ihrem Leben ein Ende zu machen versucht. Der Dienstherr, ein Milchhändler, hatte mit seiner Familie einen Ausflug gemacht, von dem er erst abends gegen 11 Uhr zurückkehrte. Als er seine Wohnung betrat, drang ihm ein scharfer Gasgeruch entgegen. Er forschte nach und fand das Mädchen in ihrem Zimmer leblos auf ihrem Bette liegend. Die Miegke hatte die Gasöhne in ihrem Zimmer geöffnet und war bereits seit längerer Zeit bewusstlos. Ein hinzugerufener Arzt brachte die Lebensmüde mit Hilfe eines Sauerstoffapparates wieder zum Bewußtsein und ließ sie dann in das Groß-Lichterfelder Kreiskrankenhaus überführen, wo sie jedoch in hoffnungslosem Zustande damieliegt.

Steglitz.

Die Grunewaldbahn ist nun endlich, mit der üblichen Verspätung, in ihrer ganzen Länge dem Verkehr übergeben worden. Damit ist nicht nur eine neue Verkehrsgelegenheit im Orte selbst geschaffen, sondern auch der Grunewald ist dadurch wieder für einen großen Teil unserer Mitbürger und die Bewohner von Rantwitz „näher gerückt“. Von der Siemensbrücke an der Rantwitzer Grenze kann man nunmehr für 15 Pf. in 21 Minuten bis an den Rand des Grunewaldes fahren. Familienräter seien darauf aufmerksam gemacht, daß jede mit Fahrkarten versehene Person (ausgenommen Zeitkarteninhaber) das Recht hat, ein Kind unter zehn Jahren umsonst mitzunehmen, ferner, daß zwei Kinder auf einen Fahrkarteinhaber befördert werden. Zehnprozentige Ermäßigungen sind Siemensbrücke-Kaiser-Wilhelm-Straße und Bahnhof Steglitz-Grunewald. An Zeitkarten werden ausgeben: Monatskarten, Studententickets, Schülerkarten und Arbeiterwochenkarten; letztere kosten 50 Pf. für die Teilstrecken und 90 Pf. für die ganze Strecke. Gegen einen entsprechenden Aufschlag werden auch Zeitkarten mit Uebergangsberechtigung auf die Kreisbahn Groß-Lichterfelde-Steglitz-Rantwitz-Südende (am Bahnhof Steglitz umsteigen!) ausgeben. Arbeiterwochenkarten z. B. Grunewald-Händjergplatz und Grunewald-Händjergplatz zum Preise von 90 Pf. Ebenso können Wochenkarten der Kreisbahn, die am Bahnhof Steglitz enden, gegen einen Aufschlag von 30 Pf. bis Kaiser-Wilhelm-Straße ausgedehnt werden. Arbeiter-Wochenkarten werden außer im Betriebsbureau in Lichterfelde, Berliner Str. 1, auch im Steglitzer Rathaus ausgeben.

Bei der Vermehrung des Wagenparkes hat die Gemeinde erfreulicherweise dem im Wagenbau gemachten Fortschritten gehuldet und einen neuen Wagentyp eingeführt, der nicht nur durch seine Größe (11 Meter Länge) und sein schmales Äußeres imponiert, sondern der auch dem Fahrer und den Passagieren auf den Perrons durch eine Abzugstreppe Schutz gegen Regen und Wind gewährt. Die neuen Wagen haben 24 Sitz- und 20 Stehplätze.

Lichterberg.

Die Kassen der Polizei. Der Kampf unserer Polizei gegen die rote Farbe hat wieder einmal einen Massenaufmarsch verursacht.

Mitglieder des Arbeiterabfahrerbundes unternehmen am jedem Sonntag Radtouren in die Umgebung. Auch am letzten Sonntag hatte man sich zu einem Ausflug versammelt, wobei einige Bundesmitglieder das „Verbrechen“ begangen hatten, eine rote Schärpe anzulegen. Als die Radfahrer die Eisenbahnbrücke überfahren, stellten sich ihnen drei Schupleute entgegen, sie forderten den an der Spitze der Gruppe fahrenden Genossen auf, vom Rade zu steigen und ihnen nach der Wache zu folgen. Sofort gab es natürlich einen Menschenauflauf, alles folgte neugierig zur Wache. Dort wurden die Personalien des Genossen festgestellt und ihm ein Strafmandat wegen — Veranlassung eines öffentlichen Aufzuges angedroht. Weiter wurde er aufgefordert, die rote Schärpe abzunehmen; als dies geschehen, konnten die Radfahrer ihre Tour fortsetzen und die drohende „rote Gefahr“ war beseitigt. — Diese Radelstichpolitik wird bewirken, daß am nächsten Sonntag sich die doppelte Zahl Radfahrer am Ausflug beteiligt.

Ober-Schönweide.

Die Schäden des Alkoholismus werden in einer Ausstellung demonstriert, welche vom Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke in der Aula des hiesigen Realgymnasiums veranstaltet wird. Die Ausstellung, die auch von der Gemeinde subventioniert worden ist, wird am Sonntag, den 25. August, vormittags 11 Uhr, eröffnet.

Röpenitz.

Mutter und Kind tot aufgefunden. Der in der Elisabethstr. 25 wohnhafte Arbeiter Strahl hatte den Arzt Dr. Lehmann zu seinem erkrankten Kind gerufen. Als Dr. L. an das Bett des Kindes herantrat, fand er die Kleine tot vor. Der Ehemann hat dann den Arzt, sich auch einmal seine Frau, die über Kopfschmerzen geklagt habe, anzusehen. Kaum hatte Dr. L. seinen Blick der auf dem Bett liegenden Frau zugewandt, so sah er, daß auch hier der Tod ein Opfer gefunden hatte, doch vermochte er über die Todesursache nichts festzustellen. Beide Leichen wurden von der Polizei beschlagnahmt.

Auf der Straße vom Tode überrascht wurde der 76 Jahre alte Arbeitsunfähige Kiele aus der Dorotheenstr. 8. Er fiel in der Müggelheimer Straße um und verstarb nach kurzer Zeit.

Zegel.

In der letzten Mitgliederversammlung hielt Genosse Brühl-Bichtenberg einen mit großem Interesse entgegengenommenen Vortrag über die Entwicklung der Parteiorganisation und den bevorstehenden Parteitag. Redner schilderte die Entwicklung der Partei nach dem Fall des Schandgesetzes. Besonders eingehend behandelte der Referent die verschiedenen Vorschläge zur Reorganisation des Parteivorstandes und bezeichnete die von der Reorganisationskommission empfohlene Schaffung eines Parteiausschusses für die beste Lösung der schwierigen Frage. Die beantragte Beitragserhöhung sei angesichts der steigenden Ausgaben der Partei unbedingt notwendig. Um dem immer schädlicher wirkenden Imperialismus wirksam entgegenzutreten, sei ein festerer internationaler Zusammenschluß der Organisationen anzustreben. Die Reiseleiter werde zwar auch diesmal wieder den Parteitag beschleunigen, doch könne die angestrebte Reform derselben nur Sache des internationalen Kongresses sein. — In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner im Sinne des Referenten aus, sie wünschten vor allen eine baldige Umgestaltung der Reiseleiter. — Der Vorstand gab noch bekannt, daß am Dienstag, 20. August, im Restaurant Müller, Berlinerstraße, ein Kursus für Stenographie, System Stolze-Schrey, stattfindet.

Oranienburg.

Das Opfer eines Unglücksfalles wurde gestern die Frau eines Hauptmannes. Sie wollte in Lehnitz in der Nähe von Oranienburg zur Sommerfrische und unternahm gestern einen Spazierritt. Als sich das Pferd plötzlich bäumte, wurde die Reiterin abgeschleudert und blieb am Baum hängen. Das Pferd, das jetzt scheute, trabte weiter und die Frau wurde eine ganze Strecke mitgeschleift. Sie wurde im Gesicht und an beiden Armen furchbar zugerichtet und mußte in einem Krankenautomobil nach Oranienburg gebracht werden. Ein Arzt stellte noch schwere innere Verletzungen fest.

Notwales.

Der Fischmarkt, der an den Sonnabendnachmittagen in der Priesterstraße, Ecke Friedrichstraße abgehalten wird und sich in der kurzen Zeit des Bestehens die Gunst des Publikums erworben hat, soll jetzt, vielfachen Wünschen entsprechend, eine Stunde früher, also bereits um 2 Uhr beginnen.

Aus aller Welt.

Eine Gewalttat der Kriegsfreunde.

Unser sächsischer Korrespondent schreibt uns: Der Brutalität der Herrscher des heutigen Krieges ist soeben in Chiust in Kostana ein Sozialist, der Genosse Morellini, zum Opfer gefallen. In Chiust feierten die Rationalisten mit dem üblichen Aufwand von Musik und Fahnen die Rückkehr eines Offiziers vom Kriegsschauplatz. Einige Sozialisten wohnten dem Empfange bei, natürlich ohne sich an der Demonstration zu beteiligen. Als die Demonstranten ihrer gewahr wurden, belästigten

sie unsere Genossen und gingen so weit, handgreiflich gegen sie zu werden. Natürlich setzten sich die unseren zur Wehr, und das wurde ihnen zum Unglück: wenn nämlich die Karabinier ruhig zugehört hätten, wie man die Sozialisten mißhandelte, so konnten sie es natürlich nicht dulden, daß die Mißhandelten sich wehrten. Die Karabinier zogen blank und hieben auf die Sozialisten ein, wobei dem Genossen Morellini ein Lungenflügel durchbohrt wurde. Er starb gleich nach der Einlieferung ins Krankenhaus. Es lebe der Krieg!

Schon wieder eine neue Schlagwetterexplosion.

Oberhausen, Rheinl., den 20. August. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Heute nachmittags ereignete sich auf Jehu Neumühl bei Oberhausen eine Schlagwetterexplosion. 3 Tote und 2 Schwerverletzte sind zutage gefördert worden.

Ein Mord.

Ein mysteriöser Leichenfund im Forst bei Grafenbrück in der Nähe von Eberstwalde hat jetzt seine Aufklärung gefunden. Der frühere Besitzer der Grafenbrücker Mühle, der 50-jährige Fritz Barfelow, der seit einiger Zeit in Panlow bei seinem Sohn wohnte, wurde vor wenigen Tagen mit durchschossenem Kopf an einem Baume hängend in der Nähe des Finowkanals im Walde aufgefunden. Durch die Obduktion der Leiche wurde konstatiert, daß ein Selbstmord ausgeschlossen erscheint. Die Schußverletzungen, die in der rechten Schläfe und am Hinterkopf des Toten vorhanden sind, waren so schwerer Natur, daß es dem Schwerverletzten unmöglich war, sich nach einem Baum zu schleppen und zu erhängen. Ebenso ist die Schußverletzung am Hinterkopf unmöglich von Barfelow selbst herbeigeführt worden. Dazu kommt, daß Barfelow trotz seiner kritischen Lage stets vergnügt war und niemals Selbstmordgedanken äußerte. Ferner ist der Revolver, eine ältere Waffe, nicht Eigentum des Erschossenen gewesen. Nach alledem kann nur ein Mord vorliegen. Barfelow, der sich einige Tage besuchsweise auf der Mühle, die früher sein Eigentum war, aufgehalten hatte, war abends von dort fortgegangen, um wieder nach Berlin zurückzufahren. Beim Durchschreiten des Waldes nach Eberstwalde zu muß er dann hinterwärts durch zwei Schüsse niedergestreckt worden sein. Der Täter hat dann die Leiche an einem Baume aufgehängt und so einen Selbstmord vorgegaukelt. Neben der blutdurchtränkten Jacke Barfelows, die etwa zehn Schritt vom Baum entfernt auf dem Boden lag, befand sich der Revolver, den der Täter zweifellos absichtlich hat liegen lassen. Die Nachforschungen nach dem Urheber des Verbrechens waren bisher erfolglos. Bei der Leiche wurden keine Wertgegenstände und kein bares Geld vorgefunden. Anscheinend hat der Täter den Toten ausgeraubt. Es werden Polizeiquando auf die Spur des Mörders gesetzt werden.

Der unwillige Kaiser.

Während seines Besuches in Frankfurt a. M. beschäftigte Wilhelm II. auch den Osthafen. Wie die „F. R.“ melden, erwähnte Oberbürgermeister Adikes bei der Befichtigung auch die bei dem Bau des Hafens gemachten Funde aus der Steinzeit und insbesondere die aus glattgeschliffenen Kieselsteinen hergestellte Halskette. Adikes äußerte gegenüber dem Kaiser in humoristischer Weise noch Zweifel, ob die Kette von einer vorzeitlichen Dame oder von einem Würgermeister getragen worden sei, worauf der Kaiser mit einer Anspielung auf die gestohlene Kölner Kaiserkrone meinte: „Na, dann hat er sie jedenfalls besser aufbewahrt!“ Dann äußerte der Kaiser, daß man sich wegen der Stiftung einer neuen Kaiserkrone an ihn gewandt habe; er denke jedoch nicht daran, für den gestohlenen Preis aufzukommen.

Hoffentlich sind die unbekannteren Spitzbuben lokal genug, um mehr den Bestohlenen die Kaiserkrone zurückzubringen.

Ein Mitglied der Reichsduma ermordet.

Das Mitglied der Reichsduma Adolat Alaskar Shtiganow, ein angesehenener muslimischer Abgeordneter, ist heute früh in der Wohnung eines russischen Generals von einem Verwandten desselben aus unbekannter Ursache ermordet worden.

Explosion in einem Feuerwerkslaboratorium.

Aus dem in der Nähe von Madrid gelegenen Rio Pontevendra wird von einer schweren Explosion berichtet, die den größten Teil der dortigen Feuerwerksfabrik von Manuel Vaamonde zerstörte. Die Katastrophe ist auf eine höchst eigenartige Ursache zurückzuführen. Der Haushund des Besitzers fand eine mit Pulver gefüllte Kalebete und spielte längere Zeit unbeobachtet mit dieser herum. Plötzlich blickte er in die Kalebete hinein, die sofort explodierte. Der Hund wurde sofort in Stücke gerissen und auch die Fabrik, die große Mengen von Feuerwerkskörpern erhielt, lag in die Luft. Das ganze Gebäude ist vernichtet worden. Der Besitzer, seine Frau und

fünf andere Personen haben gefährliche Verletzungen erlitten.

Kleine Notizen.

Du sollst nicht töten. Der Kaufmännische Hermann Krühl, der am 24. August 1911 seine Frau in Kiebitz ermordete, ist gestern früh in Jüterburg hingerichtet worden.

Arbeitererfika. Im städtischen Elektrizitätswerk in Trier wurden gestern drei Arbeiter von einem einströmenden acht Meter hohen Gerüst begraden. Alle sind verletzt worden, einer lebensgefährlich.

Totschlag. In dem Markflecken Simbach bei Nürnberg wurde der verheiratete Gattin Königsbauer bei der Schlichtung eines Streites von dem Bäcker Lederfinger mit einer Eisenstange erschlagen. Der Täter wurde verhaftet.

Polnische Wachen. Eine aus drei polnischen Schmittern bestehende Einbrecherbande, die in der letzten Zeit in fast allen Städten von Mecklenburg-Schwerin Einbruchsdiebstähle verübt hat und die ihnen entgegenstehenden Bestohlenen mit Erschießen bedrohte, wurde durch die Gendarmen in Lübben verhaftet. Es gelang zunächst zwei Einbrecher festzunehmen, während der dritte entkam und dann den Versuch machte, die Gendarmen zu erschlagen. Glücklicherweise gingen seine Schüsse aber fehl, dagegen wurde er durch einen Schrotschuß verwundet und festgenommen.

Folgen des Alkohols. Einen entsetzlichen Ausgang nahm in dem in der Nähe von Gleiwitz gelegenen Ratiborsdorf eine Hochzeitfeier. Wahrscheinlich infolge zu starken Alkoholgenusses brach unter den Gästen ein Streit aus, der bald in Tätlichkeiten ausartete, wobei das Messer eine große Rolle spielte. Im Verlauf des Kampfes wurde der Arbeiter Rodlofel erschossen. Sein Körper war durch Messerstiche entsetzlich zugerichtet. Die der Täterschaft verdächtigen Personen wurden verhaftet.

Die Rache des Gepeinigten. In der Barfahauer Vorstadt Potowohl überfiel ein Kommerzialrat, der ins Strafbattillon verlegt worden war, seinen Bataillonschef Fürst Zumanow in der Wohnung und verwundete ihn, seine Frau und seinen Burdich schwer. Der Täter selbst wurde von der Schildwache erschossen.

Leser- und Diskutierklub „Südost“. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Reichardt, Südlicher Str. 53: Vortrag. Gäste willkommen.

Deutscher Arbeiter-Arbeiterbund. Bezirksversammlung am Mittwoch, den 21. August, Rednerstr. 29 I, für Eiden und Remßen; Vortrag: Unser Programm. Diskussion.

Bezirk Norden: Freitag, den 23. August, Danziger Str. 93, Vortrag: Amerikanische Revolution. Diskussion.

Bezirk Osten: Freitag, den 23. August, Andreas-Heßle, Andreasstraße 21: Vortrag. — Gäste überall willkommen!

Marktbericht von Berlin am 19. August 1912, nach Ermittlung des lönlgl. Preisprüfungsamts. Markthallenpreise (Reinhandel) 100 Kilogramm Weizen, gelbe, zum Roden 30,00—30,00. Speldeböden, weiße, 30,00—30,00. Weizen 40,00—40,00. Kartoffeln (Reinbbl.) 7,00—12,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,80—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50—1,90. Schweinefleisch 1,50—2,40. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,70—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,60—4,00. 1 Kilogramm Karotten 1,80—2,40. Kala 1,60—3,20. Sander 1,40—3,60. Hechte 1,60—3,00. Barsche 1,60—2,40. Schleie 1,60—3,20. Biele 0,80—1,60. 60 Stück Krebsje 2,00—4,00.

Witterungsübersicht vom 20. August 1912.

Stationen	Barometer Luft man Luft man	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. u. d. Luft, u. d. d. Luft, u. d. d.	Stationen	Barometer Luft man Luft man	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. u. d. Luft, u. d. d. Luft, u. d. d.
Stolmenbe.	757	SD	3	bedeckt	18	Opavanda	765	ND	2	heiter	13
Damburg	757	SD	3	bedeckt	17	Petersburg	764	SD	1	heiter	13
Berlin	758	S	1	bedeckt	18	Salib	752	S	5	wolkig	13
Frankfurt	759	S	2	Dunst	16	Werdern	749	D	2	Dunst	12
München	760	S	1	wolkig	16	Paris	758	SE	4	bedeckt	15
Wien	760	D	1	wolkig	17						

Wetterprognose für Mittwoch, den 21. August 1912.

Mild, zeitweise aufklarend bei mäßigen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 19. 8.		am 18. 8.		Wasserstand	am 19. 8.		am 18. 8.	
	om	cm	om	cm		om	cm	om	cm
Remel, Mühl	107	+12			Saale, Großh.	60	-2		
Bregel, Inhaburg	88	-4			Saale, Spandau	14	0		
Wischel, Horn	114	-20			Saale, Rathenow	2	+7		
Ober, Ratibor	124	-7			Spree, Spremberg	70	0		
Krosen	123	-4			Deetow	79	0		
Frankfurt	131	-6			Weser, Minden	102	-3		
Barthe, Schrimm	-8	0			Weser, Minden	172	-6		
Randenberg	-28	0			Rhein, Wargmilchbau	690	-22		
Rege, Borsdamm	-15	+2			Raub	377	-10		
Elbe, Zeimlich	98	-19			Raub	366	-3		
Dresden	-86	-12			Redar, Gellbromm	123	-2		
Barby	163	+8			Rhein, Hanau	122	-2		
Magdeburg	125	0			Weser, Trier	73	-2		

+) + bedeutet Hoch, - Fall. — *) Unterpegel. — *) um 8 Uhr abends höchster Wasserstand 371 cm.



Persil das selbsttätige Waschmittel

gibt schöne lichte Lauge, ist frei von minderwertigen Beimischungen, insbesondere von Chlor und sonstigen scharfen Stoffen, deshalb **garantiert unschädlich.** Billig im Gebrauch! Erhältlich nur in Original-Paketen, niemals lose. HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Nischige Fabrikanen auch der allbeliebten Henkel's Bleich-Soda.

Verkaufsstellen durch Plakate erkenntlich. Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: Joh. Schmalor, Berlin N. 4, Tockstraße 11.

